

Preußische Allgemeine

Nr. 5 · 5. Februar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Preußische Schatzkammer

Nach langer Sanierungszeit ist die Staatsbibliothek Unter den Linden wiedereröffnet. Während das Haus in neuem Glanz erstrahlt, fehlen noch immer wertvolle Bestände Seite 5



Essay Cora Stephan über das Spiel mit bösen und guten Zahlen Seite 3



Geschichte Der vergessene Japanologe Philipp Franz von Siebold Seite 11

AUFGEFALLEN

Gegenwind aus Magdeburg

Aus Sachsen-Anhalts Hauptstadt wird die Corona-Politik lautstark kritisiert. Allerdings nicht von den „üblichen Verdächtigen“, sondern von Vertretern der Parteien, die in Berlin die Große Koalition bilden. Lutz Trümper, Sozialdemokrat und seit 2001 Oberbürgermeister von Magdeburg, zeigte sich schon länger skeptisch. Zuletzt ließ er bezüglich der „15-Kilometer-Regelung“ wissen, dass er nichts davon halte, angesichts der Zahl der positiv Getesteten allen anderen zu verbieten, die Stadt zu verlassen. Die Maßnahmen halte er für „nicht administrierbar und auch nicht kontrollierbar“. Man müsse „die Kraft auf das konzentrieren, was man ändern kann“. Für ihn habe Bedeutung, „Altenheime zu schützen und die Schulen aufzumachen“.

Deutlicher in der Tonlage äußerte sich nun Michael Hoffmann, Magdeburger Stadtratsvorsitzender der CDU. Zum Gebaren der Regierung schrieb er auf „Facebook“: „Jetzt reicht es aber endgültig. Das erinnert mich doch nun ganz ganz schlimm an das kommunistische System. War da aus dem ZK der SED noch irgendein Mittel über? FREIHEIT statt Merkel.“ Auf demselben Forum hatte der CDU-Politiker bereits Äußerungen des Virologen Christian Drosten kommentiert. Diesem „Typen glaube ich kein einziges Wort mehr. Zudem ist der vom Zentralkomitee Merkel gesteuert“. Auf Nachfrage des „Spiegel“ räumte Hoffmann zwar ein, seine Formulierungen seien „etwas überspitzt“ gewesen, bekräftigte aber zugleich, Merkel und Drosten verbreiteten „Angst und Schrecken“.

Erik Lommatzsch

POLITIK

Sehnsucht nach einer neuen bürgerlichen Kraft

Eine aktuelle INSA-Umfrage zeigt: Jeder vierte Deutsche könnte sich vorstellen, eine neue Partei zwischen Union und AfD zu wählen

VON HANS HECKEL

Die Umfragewerte aller Parteien sind seit Monaten nahezu eingefroren, was den Anschein großer Stabilität im politischen Gefüge der Republik erweckt. Doch erfahrene Kenner der politischen Szenerie warnen schon länger: Sobald sich die konkrete Anspannung (wie jetzt durch Corona) wieder löst, kann alles sehr schnell und drastisch in Bewegung geraten. Bis dahin sei schwer zu ermesen, was sich unter der Decke der Krisenstarre zusammenbraut. Eine INSA-Umfrage im Auftrag des Magazins „Tichys Einblick“ gibt Anhaltspunkte. Sie offenbart eine breite Gruppe im bürgerlichen Lager, die bislang von keiner klassischen „Sonntagsfrage“ erfasst werden kann.

INSA erfragte, wie groß das Wählerpotential für eine neue bürgerliche Partei zwischen Union und AfD wäre. Das Ergebnis lässt aufhorchen: Danach können sich 25 Prozent der Befragten vorstellen, eine solche Partei zu wählen. Sieben Prozent gaben an, eine solche Formation sogar „ganz sicher“ anzukreuzen, die übrigen 18 Prozent antworteten mit „ja, vielleicht“.

Je zwölf Prozent der Unions- und der AfD-Wähler sowie elf Prozent der FDP-Anhänger wollen eine solche Partei ganz sicher wählen. Wiederum 46 Prozent der AfD-, 34 Prozent der FDP- und 20 Prozent der Unionswähler gaben an, eine solche

Partei „vielleicht“ zu unterstützen. Interessant ist, dass auch 14 Prozent der Linkspartei- und neun Prozent der Grünen-Anhänger mit diesem Gedanken spielen.

Was bedeutet dies für die derzeitigen Parteien? In der Masse würde laut der Umfrage die Union am stärksten verlieren. Zwölf Prozent von ihrer Wählerschaft sind schließlich weit mehr als der gleiche Prozentsatz von AfD- oder FDP-Wählern. Für die FDP könnte eine solche neue Formation indes weitaus schneller die parlamentarische Existenz gefährden als bei den Schwarzen oder den Blauen. Der frei-demokratische Wählersockel ist nicht nur der kleinste, er ist auch deutlich schwankungsanfälliger als der von CDU/CSU oder AfD. Die AfD wiederum müsste um ihre bisherige Stellung im politischen Spektrum fürchten, da sie von vielen ihrer Anhänger vor allem dafür gewählt wird, dass man sie als einzige echte Opposition rechts der Mitte wahrnimmt.

Konsequenzen für die Parteien

Die Union vertraut derzeit darauf, dass viele ihrer unzufriedenen Wähler den Absprung zur AfD nicht riskieren, weil ihnen die „Alternative“ als zu rechts oder zu schillernd erscheint. Ein Gefühl, das durch den unablässigen Mediendruck, die zuletzt stark intensivierte Verfassungsschutzarbeit gegen die AfD sowie zudem durch eigene Ungeschicklichkeiten und Auswüchse in der Partei unterstützt wur-

de und dafür gesorgt hat, dass die AfD rund ein Drittel ihrer zeitweiligen Anhänger wieder einbüßte.

Angesichts einer neuen Formation könnte es für die Union mit dieser Bequemlichkeit an ihrer rechten Flanke vorbei sein. Das gilt auch für die FDP, der es in jüngster Zeit gelang, mit nur wenigen Spitzen gegen die Regierung schon wieder Boden gut zu machen. So „billig“ wären solche Erfolge nicht mehr zu haben, wenn man sich gegen eine neue Kraft zwischen Union und AfD profilieren müsste.

Das grünlinke Lager, das die Medien bekanntlich weithin dominiert, dürfte mit den üblichen „Kampf gegen Rechts“-Klischees auf eine solche Partei losgehen, wie man es von Anfang an gegen die AfD oder jüngst auch die Kritiker der Lockdown-Maßnahmen unternommen hat. Wie weit solche Kampagnen dann noch verfangen, bliebe jedoch abzuwarten.

Unter den Altersklassen findet die Idee einer neuen bürgerlichen Kraft in der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen den größten Zuspruch. Demnach hat sich die Unzufriedenheit gerade bei jenen eingefressen, die mitten im Leben stehen und „den Karren ziehen“. Für die etablierten Parteien wird viel davon abhängen, wie sich die Politik durch den Lockdown und dessen Nachwehen manövriert. Jedes weitere Versagen wie bei den „November“-Hilfen oder beim Impfen wird die Absetzbewegung der Bürger verstärken.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Frankreichs Präsident Macron auf den Spuren Donald Trumps Seite 7

Kultur

Die verheerenden Folgen der Lockdown-Ausfälle für die Kulturwelt Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Schneemassen und Frost haben das ganze Land fest im Griff Seite 13

Reise

Cortina d'Ampezzo vor der Alpinen Skiweltmeisterschaft Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Zehn Jahre „Arabischer Frühling“ Wie in Windeseile breitete sich 2011 in vielen arabischen Staaten eine Protestbewegung gegen die damaligen Herrscher aus – Was blieb vom Kampf der Jugend um Veränderung?

Enttäuschte Hoffnungen

Ein Jahrzehnt nach der „Arabellion“ wird die Region noch immer durch Konflikte erschüttert und kommt nicht zur Ruhe

IM GESPRÄCH MIT
JÖRG ARMBRUSTER

Jörg Armbruster, 1947 in Tübingen geboren, arbeitete über zehn Jahre lang als ARD-Auslandskorrespondent im arabischen Raum. Vom ARD-Studio in Kairo aus war er in 15 arabischen Ländern unterwegs. So wurde er auch Zeuge des sogenannten Arabischen Frühlings, des Massenaufstands gegen die autoritären Regime. 2011 berichtete er über den Rücktritt des ägyptischen Herrschers Hosni Mubarak und den Jubel der Menschen. Vor anderthalb Jahren bereiste er die Region erneut und sprach mit Oppositionellen darüber, was von dem Aufbruch geblieben ist. In seinem Buch „Die Erben der Revolution. Was bleibt vom Arabischen Frühling?“ geht er Ursache und Wirkung der Ereignisse auf den Grund.

Herr Armbruster, vor zehn Jahren wurden Sie Zeuge der „Arabischen Revolution“ in Kairo. Als ARD-Auslandskorrespondent waren sie live dabei, als Hosni Mubarak seinen Rücktritt erklärte. Sie schreiben in Ihrem Buch, dass die Ursachen für die Ereignisse ab 2011 weit in die Vergangenheit zurückreichen. Können Sie kurz schildern, was der Nährboden und schließlich der Auslöser für die Unruhen war?

Jörg Armbruster: Zweifellos hat die weitverbreitete Korruption in den Ländern ganz entscheidend zu dem Aufstand beigetragen. Außerdem die Perspektivlosigkeit der Jugend in den meisten arabischen Ländern. Gut ausgebildet, aber keinen Job, das war fast die Regel. Hinzu kamen Unterdrückung und Repression. Alles Faktoren, die es schon sehr lange gibt in diesen Ländern. Die Opposition hatte sich schon lange vorher organisiert, erst im Kleinen und heimlich, dann immer offener trotz der Repression. Es waren also sehr junge Menschen, die den Mut hatten, der Obrigkeit die Stirn zu bieten.

Sie schildern die Lage in Ägypten, im Sudan und in Tunesien. Kann man diese Länder überhaupt vergleichen und die „Arabellion“ pauschal als Aufstand der Unterdrückten in muslimischen Ländern betrachten?

Man kann die Länder sicherlich nur bedingt miteinander vergleichen. Doch Repression, Unterdrückung, Folter gab es in allen drei Ländern wie auch in Ländern wie Libyen, Syrien oder Saudi-Arabien. Diese „Gemeinsamkeiten“ haben letztendlich zu den Aufständen der Unterdrückten geführt.

Sie schreiben, dass Frauen, die sich nicht länger von einer von Männern beherrschten, Scharia-konformen Gesellschaft bevormunden lassen wollten, eine große Rolle bei der Vorbereitung zur Rebellion gespielt haben. Ging es dabei um eine Befreiung der Frau nach westlichem Vorbild oder müssen wir von einem ganz anderen Frauenbild ausgehen?

Ich weiß nicht, was Sie unter einer Scharia-konformen Gesellschaft verstehen. Die Scharia spielt in den meisten arabischen Ländern überhaupt keine Rolle. Ägypten hatte auch unter Mubarak eine Verfassung ganz ohne Scharia, genauso Tunesien oder Syrien. Eine Rolle spielen eher die patriarchalischen Gesellschaften, die aber nichts mit Islam oder gar Scharia zu tun haben. Die Frauen wollten frei und



Februar 2011: Männer und Frauen singen, tanzen und schwenken die Nationalflagge auf dem Tahrirplatz in Kairo

Foto: pa

selbstständig sein, ob nach westlichem Vorbild oder einem anderen, ist sicherlich von Land zu Land und Frau zu Frau verschieden.

Um auf das Beispiel Ägypten zurückzukommen, das in Ihrem Buch einen großen Raum einnimmt. Nach dem Sturz Mubaraks übernahmen mit Mohammed Mursi an der Spitze die Muslimbrüder die Macht und sorgten für eine Radikalisierung der Gesellschaft. Welche Rolle spielt der radikale Islam für den Misserfolg der Revolution?

Mursi wurde sehr knapp in den ersten freien Wahlen des Landes gewählt, die ägyptische Gesellschaft in irgendeiner Form zu radikalieren war nicht sein Programm. Selbst wenn er es gewollt hätte, hätte er viel zu wenig Zeit dazu gehabt. Er war sicherlich ein ungeschickt hantierender Politiker. Vielleicht wollte er tatsächlich so etwas wie eine von Religionsdoktrinen geleitete Gesellschaft,

die aber von einer Mehrheit der Ägypter abgelehnt wurde. Entscheidend zu seinem Scheitern hat der Widerstand des Militärs, der Gerichte, der Polizei und der Verwaltung beigetragen und am Ende natürlich der Putsch. Gegen diesen alten Machtapparat hatte er keine Chance.

Welche Fehler hat der Westen gemacht im Umgang mit dem Mursi-Regime? Immerhin sind die Muslimbrüder seit fast 100 Jahren eine durchgehend gefestigte politische Formation. Hätte man stärker das Gespräch suchen müssen?

Ob Gespräche genutzt hätten, bezweifle ich. Der Westen hatte allerdings vom ersten Tag an dem neuen Präsidenten misstraut und ihm Kredite verweigert, mit denen er vielleicht die Wirtschaft hätte stabilisieren können. Außerdem wollte die alte ägyptische Elite ihn loswerden. Der Westen hätte vermutlich

den Putsch kaum verhindern können, wenn er gewollt hätte. Aber ob er das wirklich gewollt hatte, kann man bezweifeln.

Sie kreiden der EU-Politik an, dass sie zwar die Demokratisierung in den arabischen Ländern pro forma unterstützt, aber durch falsche Prioritätensetzung die Konflikte in der Region befeuert hätten anstatt der eher schwachen demokratisch gesinnten Opposition zu helfen. Besonders kritisieren Sie die Waffenlieferungen der Bundesregierung trotz der Kenntnis von Folter und Menschenrechtsverletzungen unter dem heutigen Staatsoberhaupt al-Sisi. Wie sollten die USA, EU und insbesondere Deutschland sich Ihrer Meinung nach verhalten?

Keine Waffen liefern und al-Sisi nicht zum angesehenen Partner machen. Keine Waffen gilt auch für die übrigen Länder des Nahen Ostens.

Ist eine Demokratie nach westlichem Vorbild in einem muslimischen Land überhaupt vorstellbar? Welche Voraussetzungen bräuchte es, um dorthin zu kommen?

Natürlich ist das möglich. Auch im Westen gibt es ganz unterschiedliche Demokratie-Modelle. Jedes Land und jede Gesellschaft muss die Chance haben, eigene Demokratien also offene Gesellschaften zu entwickeln. Vor zehn Jahren haben das die arabischen Menschen versucht und sind bis auf Tunesien gescheitert, weil die Widerstände der alten Eliten zu groß waren. Mit Religion hat das alles nichts zu tun. Auch die Kirchen in Deutschland waren anfangs keine glühenden Vorkämpfer für Demokratie. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass solche Versuche nicht behindert werden. Weder von innen noch von außen.

Zehn Jahre nach der „Arabischen Revolution“ haben Sie einige der Gesprächspartner aus Ihrer Zeit als Korrespondent der ARD in Kairo wiedergetroffen. Die meisten von ihnen hatten Gefängnis, Demoralisierung und Folter über sich ergehen lassen müssen. Wie hat sie diese Erfahrung verändert?

Einige sind verbittert, andere verhärtet, ohne die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufzugeben. Niemand, den ich ge-

FOTO: CHRISTINA KÖRZENBERG



„Keine Waffen liefern und al-Sisi nicht zum angesehenen Partner machen“

Jörg Armbruster
Fernsehjournalist

sprochen habe, bereut die Erhebung auf dem Tahrirplatz.

Welche Hoffnung auf eine bessere Zukunft gibt es für Ägypten, den Sudan und Tunesien?

Die Jugend hat viel gelernt in den letzten Jahren. Die Zeit vor zehn Jahren hat bei vielen tiefe Spuren hinterlassen. Als Antwort habe ich häufig bekommen: „Wir wissen, was wir falsch gemacht haben. Diese Fehler machen wir beim nächsten Mal nicht mehr.“ Sie wissen aber auch, dass eine solche Entwicklung sehr lange dauern kann. Man darf aber nicht vergessen: Auch Deutschland hat sehr lange gebraucht, ehe es eine stabile Demokratie bekommen hat.

Das Interview führte
Manuela Rosenthal-Kappi

Nach dem arabischen Frühling

Mit Massenprotesten begann im Dezember 2010 in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens der „Arabischer Frühling“. Seine Folgen für die Länder:

TUNESIEN

Sturz von Präsident Ben Ali (Januar 2011), Wirtschaft kam nicht aus Krise, Zulauf für Extremisten, seit März 2014 regieren politisch unabhängige Experten

LIBYEN

Sturz von Muammar al-Gaddafi (Sommer 2011), heute Machtkampf zwischen islamistischen Milizen und nationalistischen Kräften

dpa-21777



ÄGYPTEN

Präsident Hosni Mubarak gestürzt (Februar 2011), nach Wahlen wurde Muslimbruder Mohammed Mursi Präsident, im Juli 2013 von Armee abgesetzt, Ex-General al-Sisi wird Präsident, verfolgt Muslimbruderschaft

SYRIEN

Aufstand gegen Präsident Baschar al-Assad (März 2011), seitdem Bürgerkrieg mit mehr als 140 000 Toten und 2,5 Millionen Flüchtlingen

JEMEN

Präsident Salih tritt nach Neuwahlen zurück (November 2011), seitdem gewannen aufständische Gruppen an Einfluss, immer wieder Anschläge und Kämpfe

Quelle: dpa



Jörg Armbruster: „Die Erben der Revolution. Was bleibt vom Arabischen Frühling?“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 304 Seiten, 25 Euro

Böse Zahlen, gute Zahlen

Während der Verweis auf mathematische Fakten bis vor Kurzem noch als kalt und menschlich schäbig galt, wird gegenwärtig mit abstrakten und unreflektierten Daten ständig Politik gemacht

VON CORA STEPHAN

Nackte Zahlen und kalte Fakten: Wer glaubt, damit argumentieren zu dürfen, ist menschlich schäbig. Das mussten sich jedenfalls Thilo Sarrazin und seine Leser entgegenhalten lassen, als 2010 sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ erschien. Zur Erinnerung: Angela Merkel verwarf das Werk umgehend, ohne es gelesen zu haben, als „nicht hilfreich“. In Talkshows, in denen das Buch Thema war, obwohl es ebenfalls keiner der Beteiligten gelesen haben dürfte, bezichtigte man den Autor, „gefühlskalt“ und „zahlengläubig“ zu sein (Renata Künast). „Gewalt“ sei das, assistierte Michel Friedman den weiblichen Vertretern menschlicher Wärme, das Buch reduziere „Menschen zu Zahlen“, man müsse „ein Leben“ gegen die Statistik setzen. Überhaupt: Statistiken und Analysen – alles Teufelszeug! Aygül Özkan, damalige Sozialministerin aus Niedersachsen, bekannte kühn, das brauche sie alles nicht, sie kenne ihre Menschen ja. Eine Journalistin krönte die Debatte mit der hübschen Charakterisierung, das, was Thilo Sarrazin mit unbestechlicher Präzision ausbreite, sei „Zahlen-Kot“.

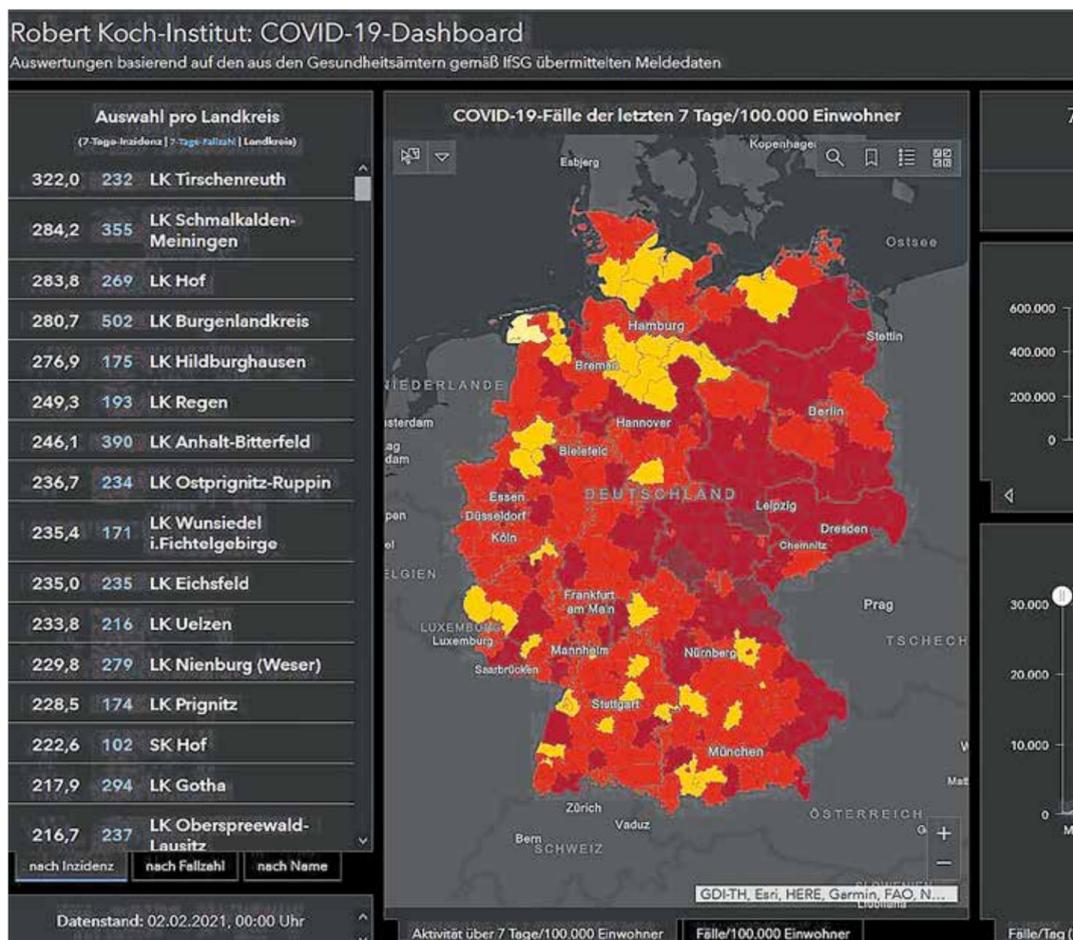
Die Debatte, schien mir damals, war der Höhepunkt des seit Ende der 70er Jahre grassierenden Betroffenheitskults, des Subjektivismus, auch „Sprechen in der ersten Person“ genannt. Manch Macho, darunter der spätere grüne Außenminister Joschka Fischer, bekannte sich („endlich!“, applaudierten viele Frauen) zu seinen Gefühlen und sagte dem geistigen Zuschnitt jener weißen Männer adieu, die noch meinten, an so etwas wie „Objektivität“ festhalten zu dürfen.

Abkehr von der Aufklärung

Heute sind wir zwar viele Schritte weiter, doch der Höhepunkt liegt, so ist zu befürchten, noch vor uns. Die Kämpfer gegen den „systemischen Rassismus“ des von toxischen Weißen geprägten Westens empfehlen, alles abzuräumen, was wir der europäischen Aufklärung zu verdanken haben. „Westliche“ Bildungsinhalte gelten als rassistisch, sexistisch, transphob oder islamophob, ja, es sei ein Fall von „epistemischer Gewalt“, wenn sie Menschen mit einem nicht-westlichen Abstammungsmerkmal an Bildungseinrichtungen aufzuzwingen würden. Und genau zu diesen Bildungsinhalten gehört ganz zweifellos jene „Scheinobjektivität“ von Zahlen und Statistiken – überhaupt: rechnen zu können! Insofern ist Thilo Sarrazin der Prototyp des toxischen weißen Mannes. Doch damit soll endlich Schluss sein! Weibliche, ach was: menschliche Wärme gebietet, nicht immer nachzurechnen, wenn es um das Gute, wenn es um „die Menschen“ (die Gattung, die Frauen, die Natur, das Klima) geht.

Unmenschlich war demnach die Frage einer Abgeordneten (auch noch der AfD) in Thüringen angesichts eines nicht ganz billigen Programms zur „Akzeptanz und Gleichstellung aller Lebensweisen“, wie viele Fälle von Diskriminierung einer wie großen Bevölkerungsgruppe dieses Programm denn nötig machten. Die Zeiten seien gottlob vorbei, in denen Homosexuelle sich hätten registrieren lassen müssen, scholl ihr prompt entgegen. Wie groß die von Diskriminierung betroffene Gruppe der „Diversen“ sei, wurde erst gar nicht gefragt, bevor man Behördenformulare und Bildungspläne „diversitysensibel“ änderte oder gar dritte Toiletten schon für Grundschulkindern forderte. Mittlerweile könnte man ahnen, dass nicht 160.000 unter 83 Millionen „betroffen“ sind, sondern womöglich noch nicht einmal 1.600, von denen viele gar keinen Wert auf „Diversitysensibilität“ legen.

In einer noch nicht allzu weit zurückliegenden Vergangenheit glaubte man, jedes



Infografiken mit begrenztem Aussagewert: Die täglichen Corona-Schautafeln sehen dramatisch aus, sagen jedoch wenig über die tatsächliche Lage im Lande aus

Foto: Screenshot RKI

Land und jede Regierung brauche Zahlen und Daten, um zu wissen, was man hat und was man braucht. Gerade „soziale Wärme“ braucht Bilanzen, sie will schließlich finanziert werden. Doch was gab es für einen Aufstand, als zu diesem Behufe die Bundesregierung 1987 eine Volkszählung veranstaltete! Das Ergebnis aber war ganz und gar nicht unerheblich. Man zählte eine Million Erwerbstätige mehr und eine Million Wohnungen weniger.

Doch das Gegenrechnen von Einnahmen und Ausgaben ist in Zeiten, in denen das Geld wie Kamelle aus dem Fenster geworfen wird, um das Volk bei Laune zu halten, ganz und gar unzeitgemäß geworden. Geld ist irgendwie vorhanden, und seit die „Zinsknechtschaft“ abgeschafft ist, kostet Schuldenmachen nichts mehr. Gut so – menschliche Wärme rechnet eben nicht! Da darf man ruhig mal klatschen!

Wenn Zahlen Angst schüren

Doch diesem bemerkenswerten Desinteresse an Zahlen tritt mittlerweile ihre neue Wertschätzung an die Seite. Beim Geld wird nicht nachgerechnet, doch unsere täglichen Corona-Zahlen gib uns heute und immerdar. Die Zahlen steigen, explodieren, erreichen einen neuen Höchststand, jeden Tag gibt es neue Meldungen, wir lernen Karten und Grafiken lesen, als ob es nie eine Kritik an der männlichen Vorliebe für kalte nackte Ziffern gegeben hätte. Es wird regelrecht mit Zahlenkot geschmissen, so dass sich jeder einfühlsame Mensch hinter seiner Mundnasenschutzmaske wegduckt.

Wer in der Schule nicht gelernt hat, diese Zahlen und Statistiken zu interpretieren, ist der Angst vor ihnen überlassen. Dabei können Zahlen gar nicht explodieren. Schon diese Aussage ist absurd. Vor allem aber: Was genau wird gezählt? Es ist ja kein geringer Unterschied, ob sich die an sich unschuldigen Ziffern etwa auf die Zahl derjenigen beziehen, bei denen ein PCR-Test positiv anschlägt – selbst die WHO weist mittlerweile darauf hin, dass der Test für sich genommen unzuverlässig ist, auf ihm basieren jedoch alle politischen „Maßnahmen“ – oder ob die Zahl

derjenigen gemeint sind, die von einem Covid-19-Virus infiziert wurden. Oder auf die Zahl derjenigen, die infiziert und infektiös sind. Oder auf die Zahl derjenigen, die an diesem Virus erkrankt sind. Oder auf die Zahl derjenigen, die behandlungsbedürftig sind, im Krankenhaus oder auf einer Intensivstation liegen. Oder auf diejenigen, die an oder mit Covid-19 gestorben sind. Selbst die Zahl der an einem Tag womöglich an oder mit diesem Virus Gestorbenen sagt nichts aus, wenn man sie nicht in Relation zum Durchschnitt der üblicherweise täglich Sterbenden setzt. Und so weiter und sofort.

Kein Raum für besonnene Analysen

In den Medien wird auf solche Feinheiten selten Rücksicht genommen, noch immer gilt als „Relativierer“, wer der Panik eine ruhige Analyse entgegenhält, dabei sind das mittlerweile nicht wenige – darunter Ärzte, Virologen, Statistiker, Immunologen. Dabei sind die allermeisten Todesopfer Menschen in hohem Lebensalter mit Vorerkrankungen, die in Alters- oder Pflegeheimen sterben. 89 Prozent aller bisher registrierten Corona-Toten waren über 70 Jahre alt, 70 Prozent zählten zu den über 80-Jährigen. Auch die Patienten in den deutschen Intensivstationen zählen zu mehr als zwei Dritteln zu dieser Gruppe.

Sie aber wurden weder in diesem noch in dem vorangegangenen Winter wirksam geschützt, das ist der wahre Skandal. Stets fehlte es an Schutzkleidung oder an Tests für die Mobilien, das Pflegepersonal.

Ihnen aber hilft es überhaupt nicht, dass das ganze Land nun schon seit beinahe einem Jahr im Lockdown und in Panik gehalten wird. Haben wir es wirklich mit einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ zu tun, die es rechtfertigen könnte, Grundrechte einfach außer Kraft zu setzen – und zwar noch nicht einmal nach Debatte und Beschluss im Bundestag, sondern qua Anordnung in einer Kungelrunde von Kanzlerin und Ministerpräsidenten, die keinerlei verfassungsrechtlichen Status besitzt?

Merke: Zahlen sind gut, wenn sie Angst auslösen. Kalt und unmenschlich aber ist, sie

Viele „Ich mach was mit Medien“-Menschen, insbesondere die weiblichen der jüngeren Generation, geben sich gar nicht erst die Mühe, sachlich aufzuklären – womöglich, weil sie das gar nicht mehr können

aufzuschlüsseln. Die Reaktionen darauf ähneln sich: Der eine oder andere widerspricht, weil er jemanden kennt, der jemanden kennt, der schon in jungen Jahren an Covid-19 gestorben ist. Auch nur ein Toter ist zu viel, assistiert der Nächste. Man muss doch etwas tun, sollen wir sie vielleicht sterben lassen? Und spätestens jetzt führt jemand die „Bilder von Bergamo“ an.

Das ist der Punkt, an dem man sich dringend einen toxischen weißen Mann egal welchen Alters wünscht, der in aller Ruhe und sachlich erläutert, warum es gerade in Krisensituationen nötig ist, das subjektive Empfinden durch eine möglichst objektive Analyse dessen, was Sache ist, zu ersetzen. Doch in vielen öffentlichen Debatten geht es schon längst nicht mehr um Erkenntnisgewinn, sondern um die richtige Moral.

Bilder sind Momentaufnahmen, doch sie dringen über die Netzhaut direkt ins Gefühl. Angela Merkel wusste, wovon sie sprach, als sie 2015 die deutschen Grenzen gegen den Migrantenstrom nicht zu schließen wagte – sie fürchtete die Bilder. Was das über die Qualität ihres politischen Handelns aussagt, mag man sich kaum ausmalen.

„Einzelfälle“ und „Generalverdacht“

Doch so funktioniert die Medienöffentlichkeit: mit Bildern. Und mit dem Auflösen eines Einzelfalls zu einem allgemeingültigen Befund. Man nennt das „Storytelling“ – der „Spiegel“ war stets Meister in dieser Disziplin. Man nehme ein berührendes Schicksal, beschreibe es entsprechend gefühlvoll und ordne es ins große Ganze ein, sodass der Leser sich betroffen fühlt: Seht her! Das geht uns alle an! (Warum hier ein Einzelfall fürs Ganze sprechen soll, während man jedes Mal, wenn ein Zugewanderter eine Straftat begeht, vor einem „Generalverdacht“ warnt, ist ein irritierender Widerspruch. Aber das merkt mancher einer mit „Haltung“ schon gar nicht mehr.)

Ein in seiner Eindringlichkeit beinahe obszöner Bericht über das Leben und Sterben eines intubierten Menschen auf der Intensivstation appelliert an all unsere menschlichen Regungen. Die Botschaft auch hier wieder: Schlimm! Jetzt ist unser aller Solidarität gefragt! In der derzeitigen Panikpandemie funktioniert das hervorragend. Aus „Solidarität“ müssen alle eine Maske tragen, Abstand halten, dürfen sich nicht mit mehreren „Haushaltsfremden“ treffen, und keine Versammlungen abhalten. Außer den geöffneten Lebensmittelgeschäften gibt es kaum noch einen Ort, an dem Menschen einander begegnen oder sich gar aufrührerisch zusammenschließen könnten. Schlimmstenfalls bleiben sie mit ihren Ängsten vor den „explodierenden“ Zahlen (und vorm Fernsehbildschirm) allein. Viele „Ich mach was mit Medien“-Menschen, insbesondere die weiblichen der jüngeren Generation, geben sich gar nicht erst die Mühe, sachlich aufzuklären – womöglich, weil sie das gar nicht mehr können.

Das ist der Moment, in dem man sich toxische Männlichkeit wünscht (über die ja auch Frauen verfügen), um der Panik Zahlen und Fakten entgegenzusetzen. Denn schon längst sind jene unterwegs, die frei nach dem Motto, man solle keine Krise ungenutzt vorbeigehen lassen, laut darüber nachdenken, wie man, was bei Covid-19 so prima funktioniert hat, auch für andere Zwecke einsetzen kann.

● **Dr. Cora Stephan** ist Schriftstellerin und Publizistin. Sie schreibt für zahlreiche Tages- und Wochenzeitungen sowie Online-Medien. 2011 erschien „Angela Merkel. Ein Irrtum“ (Knaus), 2016 und 2020 die zeithistorischen Romane „Ab heute heiße ich Margo“ und „Margos Töchter“ (beide Kiepenheuer & Witsch). In Kürze erscheint „Lob des Normalen: Willkommen in der Wirklichkeit oder vom Glück des Bewährten“ (FinanzBuch Verlag). www.cora-stephan.de

● MELDUNGEN

Kretschmer knickt ein

Dresden – Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat sich in einer Videoschaltkonferenz am 11. Januar mit seinem niederschlesischen Amtskollegen Marschall Cezary Przybylski über die Corona-Testpflicht für polnische Berufspendler unterhalten. Kretschmer äußerte Verständnis für die Sorgen der polnischen Betroffenen und versicherte, die Maßnahmen seien keinesfalls als Diskriminierung zu verstehen. Sachsen Corona-Verordnung sieht vor, dass sich polnische und tschechische Pendler einmal pro Woche auf das Coronavirus testen lassen müssen. Ursprünglich wollte die Landesregierung, dass die Tests zweimal pro Woche erfolgen. Nachdem von Unternehmen starke Kritik gekommen war, steuerte die Regierung um. Als Reaktion auf Kritik aus Niederschlesien erklärte sich das Kabinett auch bereit, den Pendlern einen Zuschuss zu den Testungen zu zahlen und auch tschechische und polnische Tests anzuerkennen. N.H.

„Tagesspiegel“ will gendern

Berlin – Nachdem bereits einige Radio- und Fernsehprogramme Nachrichten und einzelne Beiträge in „geschlechtergerechter Sprache“ senden, teilte im Januar auch die Redaktion der Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ mit, sie habe „Leitlinien für geschlechtergerechte Sprache“ aufgestellt. In den Leitlinien stellt die Redaktion den Autoren die Verwendung verschiedener Formen für die meisten Texte frei. Die Redaktion kündigte zudem an, das generische Maskulinum weiterhin in „schnellen“ Texten und Textteilen wie Nachrichten oder Überschriften verwenden zu wollen. Der „Tagesspiegel“ geht mit diesen Leitlinien einen relativ undogmatischen Weg bei der Einführung einer „geschlechtergerechten Sprache“. In der ausdrücklich von der Redaktion angeregten Diskussion fielen die Reaktionen bei einer Mehrheit der Leser dennoch negativ aus. Auffällig viele Leser äußerten, sie würden generell auf die Lektüre „gegendert“ Texte verzichten. N.H.

Per Lkw nach Deutschland

Halle – Selbst bei eisiger Kälte werden Asylsucher heimlich in Lastkraftwagen über die Balkanroute nach Deutschland geschleust. Die Bundespolizei in Sachsen-Anhalt hat im vergangenen Halbjahr 70 Personen entdeckt, die aus Rumänien oder Bulgarien kommend, illegal in die Bundesrepublik eingereist waren. Ein Eritreer war höchst riskant an Bord eines türkischen Lkw mitgefahren, versteckt unter dem Laderaum zwischen Rädern und Straße. Die Lkw-Fahrer bemerkten ihre blinden Passagiere meist erst, wenn sie in der Nähe von Halle Rast machen. Zuvor waren die aus Syrien, Pakistan, Ägypten oder Afghanistan stammenden Asylsucher oft monatelang auf dem Balkan unterwegs. Dabei verdienen Schleuserbanden bis zu 17.000 Euro pro Asylsucher. Die illegal Eingereisten werden in Erstaufnahmelager gebracht und angezeigt. Sie können dann Asylanträge stellen. Afghanen haben zu 65 Prozent Aussicht auf Erfolg. MRK

DEUTSCH-TEST FÜR ZUWANDERER

Immer mehr fallen durch

Im ersten Halbjahr 2020 bestanden nur noch 59 Prozent der Integrationskurs-Teilnehmer die Prüfung

VON BODO BOST

Wenn sich Integrationsexperten bei etwas einig sind, dann bei der Bedeutung der Sprachkompetenz für Arbeitsplatz und Integration. Die Sprache sei sozusagen der Schlüssel zum beruflichen und sozialen Einstieg in die Gesellschaft: Das ist Konsens in der Migrationsforschung.

Aber gerade daran hapert es in den vergangenen Jahren immer mehr, stellen jetzt Statistiker fest. Die Durchfallquoten der Integrationskurse für Einwanderer beim Deutschtest steigen rasant. Im ersten Halbjahr 2020 bestanden nur noch 59 Prozent aller Teilnehmer die Prüfung. 2015 waren es noch 73 Prozent. Unter Jugendlichen, die – so sollte man meinen –

lernmäßig am fittesten sein sollten, sind die Zahlen noch drastischer. Hier sank die Erfolgsquote um mehr als 20 Prozentpunkte von 84 Prozent im Jahr 2015 auf 63 2019. Diese Zahlen gehen auf Angaben der Bundesregierung zurück, die der sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, bei einer Anfrage im Bundestag eingefordert hatte.

2015 waren es noch 73 Prozent

Seit 2010 haben 1,2 Millionen Immigranten an Integrationskursen teilgenommen, die Sprach- und Orientierungswissen vermitteln. Die Kosten für die Kurse lagen den Angaben der Bundesregierung zufolge von 2010 bis 2020 bei insgesamt 4,6 Milliarden Euro. Während die reinen Zahlen ein massenhaftes Scheitern der steuerfinanzierten Integrationsangebote

dokumentieren, sieht die Bundesregierung jedoch durchaus positive Aspekte in diesen Zahlen, da sich von den 1,2 Millionen Teilnehmern der Kurse eine halbe Million „freiwillig“ dazu gemeldet hätten, da ihnen sonst Unterhaltsleistungen gekürzt werden könnten. Aber immerhin musste auch die Bundesregierung eingestehen, dass sich seit der Asylflut von 2015/2016 die Zusammensetzung der Kursteilnehmer verändert hat. Zuletzt hätten viele Menschen „mit großer kultureller und linguistischer Distanz“, sprich Bildungsverweigerer, gezwungenermaßen an den Kursen teilgenommen, welche die positivere Bilanz der Jahre zuvor trübten.

15 Prozent sind Analphabeten

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) äußerte sich deutli-

cher über die Gründe des Scheiterns. Mittlerweile seien 15 Prozent aller Kursteilnehmer Analphabeten. Das kontrastiert jedoch mit Angaben aus den Herkunftsländern der Asylsucher in Deutschland. In Syrien beispielsweise liegt nach UN-Angaben die Analphabetenquote bei lediglich acht Prozent der Bevölkerung. Dabei hatte man in der Euphorie des „Wir schaffen das“ noch eine massenhafte Zuwanderung von Akademikern herbeigeredet.

Noch deutlicher sind die Zahlen bei den beruflichen Ausbildungen. Die Masse der Asylsucher im vergangenen Jahrzehnt war männlich und im Alter zwischen 20 und 35 Jahren, also in den besten Ausbildungsjahren. Gerade in dieser Alterssektion gibt es nach neuesten Zahlen in Deutschland jedoch etwa zwei Millionen Menschen in der sozialen Hängematte, ein Großteil davon Zuwanderer. Da in den meisten Lehrberufen die Ausbildungsvergütung geringer ist als die Sozialhilfe oder die Asylbewerberleistungen, erscheint offenbar vielen Asylsuchern das Nichtstudium lukrativer als eine Ausbildung.

Dabei wirkt das Asylrecht zusätzlich kontraproduktiv. Je höher die Anerkennungsquoten beim Asyl ausfallen, desto geringer ist die Ausbildungswilligkeit. Die höchsten Ausbildungsquoten gibt es unter abgelehnten Asylbewerbern, denn viele abgelehnte Bewerber erhoffen sich durch eine Ausbildung ein Bleiberecht durch die Hintertür, was jedoch nicht immer der Fall ist. So befinden sich einige der per Flugzeug nach Afghanistan abgeschobenen Asylsucher der vergangenen Jahre bereits wieder auf Moria in Griechenland. Dank einer Ausbildung sprechen sie gut Deutsch, sogar mit regionalem Einschlag. Sie wären eigentlich ideale Beispiele für gelungene Integration, aber in Moria sind sie für die zahlreichen Medienvertreter vor Ort nur ideale Zeugen des Scheiterns der EU-Asylpolitik.

Während sich also die Masse der anerkannten Asylzuwanderer in der sozialen Hängematte ausruht und womöglich – angeblich mangels Perspektive – radikalisiert, wenn es Muslime sind, startet die Bundesagentur für Arbeit immer neue Kampagnen zur Anwerbung von Auszubildenden in den südeuropäischen EU-Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit. Trotzdem denkt man sogar darüber nach, Fachkräfte auch aus Entwicklungsländern anzuwerben.



Wird zunehmend erfolgloser: Deutschunterricht für Einwanderer

Foto: ddp images

DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN

Wenn der Umweltschutz zweitrangig wird

Warschau plant Ausbau der Oder – Und Berlin schaut weg

Die Oder hat sich im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte wieder hin zu einem sehr naturnahen Zustand entwickelt. Bei Schwedt, am Unterlauf der Oder, ist seit 1990 sogar Deutschlands einziger Nationalpark mit einer Flussauenlandschaft entstanden.

Jedoch genehmigte bereits im vergangenen Jahr die Stettiner Wasserbehörde die Erneuerung von Buhnen am östlichen Oderufer im Bereich zwischen der Frankfurter Dammvorstadt und Greifenhagen [Gryfino]. Erklärtes Ziel des Vorhabens ist es, die Oder durch die Buhnen und sogenannte Längsbauwerke schneller und tiefer zu machen, um so Eisbrechern Zugang zu Eisbarrieren zu verschaffen. Kritiker sehen hinter dem Hochwasserschutz allerdings einen Vor-

wand, um die Oder ganzjährig für Frachtschiffe befahrbar zu machen.

Donau-Oder-Elbe-Kanal geplant

Diese Befürchtungen scheinen sich nun zu bestätigen. Nach Plänen des Warschauer Infrastrukturministeriums, die am 23. Dezember öffentlich wurden, sollen in der Oder auch noch Staustufen gebaut werden. Laut den Plänen soll der Fluss hinter den Stau- und Schleusenbauwerken auf bis zu acht Kilometer langen Abschnitten ausgebagert werden. Als Resultat würde sich die Wassertiefe an vielen Abschnitten der Oder damit fast verdoppeln.

Darüber hinaus lassen sich die Staustufenpläne des Warschauer Infrastrukturministeriums als Teil eines Donau-

Oder-Elbe-Kanals interpretieren. Prag und Warschau haben die bereits ältere Idee einer Wasserstraßenverbindung zwischen Schwarzem Meer sowie Ost- und Nordsee vor einigen Jahren aufgegriffen und hoffen auf EU-Gelder für das Projekt. In einer tschechischen Studie ist eine Schätzung enthalten, welche die Kosten des Mammutprojekts auf etwa 23,5 Milliarden Euro beziffert. Wegen langanhaltender Niedrigwasserphasen müssten Oder und Elbe hierfür unter anderem mit Dutzenden Staustufen kanalisiert werden.

Bereits im Sommer 2020 haben Naturschutzverbände aus fünf Ländern eine Kooperation vereinbart, um bei der EU-Kommission gegen das Projekt vorzugehen. Anders als bei vielen anderen Initia-

tiven zum Naturschutz ist bislang jedoch keine Unterstützung durch die Bundesregierung spürbar. Bereits vergangenes Jahr hatte Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel (Grüne) bei einer Landtagsanhörung eingeräumt, es sei schwierig, gegen die polnischen Pläne zum Buhnenneubau vorzugehen, solange die Bedenken nicht vom Bundesumweltministerium unterstützt würden. Über die Gründe der Zurückhaltung der Bundesregierung kann einstweilen nur spekuliert werden. Vor dem Hintergrund der angespannten Beziehungen zwischen Berlin und Warschau haben einige Kommentatoren den Verdacht geäußert, die Bundesregierung scheue es, mit den polnischen Oder-Ausbauplänen einen weiteren Streitfall zu haben. Norman Hanert

STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN

Schatzkammer mit Bestandslücken

Der Bücherpalast Unter den Linden erstrahlt in neuem Glanz – Doch zigtausende wertvolle Bände fehlen

VON NORMAN HANERT

Nur wenige Wochen nach der Eröffnungsfeier des Berliner Humboldtforums konnte die Stiftung Preussischer Kulturbesitz bei einem weiteren Großprojekt einen Erfolg melden. Ende Januar ist die Staatsbibliothek Unter den Linden nach einer 16 Jahre andauernden Grundsanierung mit einer – Corona-bedingten – digitalen Feier wiedereröffnet worden.

Der Bund hat die Kosten von 470 Millionen Euro für Sanierung und Ergänzungsbauten komplett übernommen. Die nun wieder herausgeputzte Fassade verbirgt allerdings, dass der Prachtbau im Neobarock-Stil seine ursprüngliche Mitte verloren hat. In der ursprünglichen Gestaltung des Architekten Ernst von Ihne stellte ein Kuppellesaal das architektonische Zentrum der Bibliothek dar. Nach einem Bombentreffer im Jahr 1944 waren die Reste des Lesesaals 1975 komplett abgerissen worden. Der nun entstandene Ersatzbau in der Form eines Glaskubus überzeugt nicht jeden.

Einige Kommentatoren bezeichneten den Würfelbau mit orangefarbenem Bodenbelag bereits als „Apfelsinenkiste“. Aus dem historischen Kuppellesaal gerettet und restauriert wurde immerhin eine große Uhr, deren Zeiger auf 22.25 Uhr, dem Zeitpunkt des Bombenangriffs, stehen geblieben sind. Mit Blick auf die Kriegszerstörungen und die Umbauten der Nachkriegszeit lobte Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz: „Aus dem Torso ist wieder ein Meisterwerk geworden.“ Parzinger weiter: „Heute endet irgendwie die Nachkriegsgeschichte dieses Gebäudes.“

Im Krieg gen Osten evakuiert

Tatsächlich fehlt dem Bibliotheksgebäude nach der Grundsanierung nicht nur der prächtige Kuppelsaal. Nutzer der Bibliothekskataloge stoßen bei Recherchen zu älteren Beständen auch immer wieder auf Vermerke wie „Kriegsverlust. Keine Benutzung möglich“. Die Stiftung geht davon aus, dass in den Kriegswirren bis zu 400.000 Bände vernichtet wurden, weitere 300.000 Bände gelten darüber hinaus



Verbindung aus Alt und Neu: Lesesaal in der Staatsbibliothek

Foto: Staatsbibliothek zu Berlin/Pk jfmüller

als verschollen. Umfangreiche Bestände hatte die Preussische Staatsbibliothek zum Schutz vor Bombenangriffen ausgelagert. Dazu wählte die Bibliothek Klöster und Schlösser in ländlichen Gebieten Pommerns und Schlesiens aus. Diese Auslagerungsbestände fielen 1945 zum Teil in die Hände der Roten Armee und befinden sich bis heute in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Sehr umfangreiche und wertvolle Bibliotheksbestände, die in Schlesien gelagert waren, fielen zudem in polnische Hände. Unter der Bezeichnung „Berlinka“, mitunter auch als „Preußenschatz“ bezeichnet, lagern diese Bestände der Staatsbibliothek noch immer in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau. Diese Sammlung besteht aus mittelalterlichen Handschriften, Originalpartituren von Bach, Mozart und Beethoven, Handschriften Luthers, Goethes, Schillers, der Ge-

brüder Grimm und Heines. In polnischen Magazinen befinden sich zudem Nachlässe deutscher Dichter, unter anderem auch noch immer der größte Teil des Nachlasses von Hoffmann von Fallersleben, der den Text des Deutschlandliedes verfasste.

Streit um die Rückgabe

Der Streit um die Rückkehr der während des Krieges ausgelagerten Bibliotheksbestände dauert seit Jahrzehnten an. Der polnische Staat übergab in den 1960er Jahren der DDR 127.000 Bücher. Im Jahr 1977 überreichte der polnische Staats- und Parteichef Edward Gierek als „Gastgeschenk“ zudem sechs Handschriften von Mozart und Beethoven an Erich Honecker. Bundeskanzler Gerhard Schröder erhielt im Dezember 2000 im Anschluss an eine Rede im Sejm nochmals eine Luther-Bibel aus der Frühzeit des Buchdrucks zurück.

Diese Geste war mit dem Vorschlag zur Gründung einer Stiftung verbunden. Nach den Vorstellungen Warschaws sollte diese als Kompensation polnische Kunstwerke in deutschen Museen und Privatsammlungen auffinden und aufkaufen. Im Austausch für diese Kunstwerke soll die Regierung in Warschau bereit gewesen sein, die „Berlinka“-Sammlung an die Staatsbibliothek in Berlin zurückzugeben. Der damalige polnische Deutschlandbeauftragte Wladyslaw Bartoszewski warf nach dem Scheitern der Initiative Schröder vor, dieser habe leider nicht begriffen, wie einmalig und großzügig der polnische Vorschlag gewesen sei.

Mit den inzwischen von Warschau erneut hochgekochten polnischen Reparationsforderungen unter der PiS-Regierung sind die Chancen auf eine Rückkehr der Sammlung nach Berlin zumindest derzeit noch weiter gesunken.

SICHERHEIT

„Wir sind eine bunte Polizei“

Auffällig viele Berichte über kriminelle Verwicklungen von Polizeibeamten irritieren die Berliner

Berlins Polizei geht derzeit mit einem neuen Video auf die Suche nach potentiellen Bewerbern. Unterlegt mit der deutschen Synchronstimme des Hollywood-Stars Bruce Willis werden in dem kurzen Film Begriffe wie Gleichberechtigung, Respekt und Diversität ganz besonders herausgestellt: „Wir stehen auf Diversität. Und auf Bewerbungen von Frauen, Männern und allen anderen Geschlechtern aus Europa“, so die Botschaft. Polizeipräsidentin Barbara Slowik sprach sogar von einer „bunten Polizei“, die „nahezu den Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte in Berlin“ abbilde.

Laut Slowik hat die Polizei allein in den vergangenen drei Jahren Menschen mit Wurzeln aus 95 Nationen eingestellt. Jeder dritte Polizeischüler in der deutschen Hauptstadt hat inzwischen ausländische Wurzeln. Zumindest die Polizeiführung scheint die „Diversität“ und „Buntheit“ des Personals an sich schon

für Pluspunkte zu halten. Ein Blick auf Polizeimeldungen lässt allerdings befürchten, dass die neue „Buntheit“ nicht automatisch auch das Vertrauen der Bürger zur Polizei wachsen lässt. Immer öfter tauchen sogar Polizeimeldungen auf, die bei den Berlinern Assoziationen zur Sicherheitslage in Dritte-Welt-Ländern hervorrufen können.

Herkunft wichtiger als Qualität?

Der Verdacht verdichtet sich, dass auch die Auswahl der Polizei-Bewerber eine Ursache für die Häufung von Skandalen sein könnte. Wer nicht mehr allein die Eignung des Kandidaten in den Mittelpunkt stellt, sondern dessen Herkunft zum wichtigen Kriterium bei der Auswahl erhebt, der ist eher bereit, Kompromisse bei der Qualität zu machen.

Erstaunlich oft sorgen einzelne Polizisten oder der Polizeinachwuchs für Aufsehen, weil sie selbst als Tatverdächtige in

den Fokus von Ermittlungen der Staatsanwaltschaften geraten. Jüngstes Beispiel ist ein Fahndungserfolg, der zur Festnahme eines 30-jährigen Berliner Polizisten führte. Ihm werfen das Polizeipräsidium Oberfranken und die Staatsanwaltschaft Bamberg vor, zusammen mit einem gleichaltrigen Komplizen in Franken auf Raubzug gegangen zu sein.

Das Duo soll sich laut den Ermittlungen der Polizei als Kaufinteressenten ausgegeben haben, um ein Smartphone und einen BMW zu stehlen. Zudem sollen die beiden Männer auch für einen Einbruch bei einem Juwelier in Bamberg verantwortlich sein. Laut einer Mitteilung der Berliner Polizei hat sich der festgenommene Polizist schon seit längerer Zeit im Krankenstand befunden.

Ebenfalls im Januar berichtete die Berliner Staatsanwaltschaft über den Verdacht, dass ein Polizeianwärter mit Drogen gehandelt habe. Gegen den Anwärter

für den Polizeidienst wurden Dienst- und personalrechtliche Maßnahmen ergriffen. Er musste Dienstausweis und Dienstbekleidung abgeben. Bereits im vergangenen November wurde ein 29-jähriger Objektschützer der Berliner Polizei gefasst, der als Fahrer eines sogenannten Drogentaxis unterwegs war. Im Zuge einer Fahrzeugkontrolle hatten Polizisten im Auto des Mannes ein Kilogramm Marihuana und 2000 Euro entdeckt. Der Angestellte der Polizei wurde fristlos entlassen. Im vergangenen Juli gingen wiederum Meldungen durch die lokale Presse, denen zufolge zwei Berliner Polizeibeamte während ihres Dienstes auf einer Wache Betäubungsmittel konsumiert haben sollen.

Bereits 2018 nahmen Polizisten einen Kollegen wegen Korruptionsverdacht fest. Der 39-jährige Polizeibeamte soll Gaststättenbetreiber gegen Bezahlung vor Kontrollen der Drogenfahndung gewarnt haben. N.H.

KOLUMNE

Blitzer-Tod

VON THEO MAASS

In Frankreich haben vor Jahresfrist empörte Verkehrsteilnehmer flächendeckend die stationären Blitzer weitgehend zerstört. Die Autofahrer dort lassen sich die staatliche Abzockerei nicht gefallen. Die Deutschen sind scheinbar anders ... geduldiger ... folgsamer. Aber auch ihre Geduld scheint nun zu Ende zu gehen.

Eine parlamentarische Anfrage der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus hat aufgedeckt, dass in der Hauptstadt im vergangenen Jahr schon 17, im Jahr 2019 16, aber 2015 nur vier Blitzen zerstört wurden. Frank Scholtysek (AfD) gibt dem Berliner Senat an der Entwicklung eine Mitschuld. Die Politik provoziere ohne Not noch mehr Vandalismus in der Stadt: „Offensichtlich haben die Berliner kein Verständnis mehr für immer neue Verbote und Restriktionen. Darum scheinen sich einige jetzt ein neues Ventil gesucht zu haben.“

Der Zorn scheint auch bei Brandenburger Autofahrern zu wachsen. Gleich zwei Blitzautomaten wurden dort vor wenigen Tagen besonders gründlich ausgeschaltet. Nach Polizeiangaben haben Unbekannte am Sonnabend bei Spremberg an der Bühlower Kreuzung einen Automaten aus der Verankerung gerissen und in einer Talssperre versenkt. Zwei Tage später wurde ein zweiter Blitzautomat auf der Landstraße Richtung Steinitz bei Drebkau abmontiert und in den Görigger See geworfen.

Landrat Harald Altekrüger beklagt sich nun wegen der entgangenen Einnahmen einerseits und der Reparaturkosten andererseits. Kurz zuvor hatte die Lokalpresse noch triumphiert, dass sich die Anschaffungskosten bald durch Bußgelder amortisiert haben dürften und der Landkreis weitere Blitzer aufstellen wolle. In der deutschen Politik gibt es allem Anschein nach keine starke Lobby mehr für Autofahrer. Sie sind bestenfalls eine melkbare Kuh.

MELDUNG

Linke stürmen Bürgeramt

Berlin – Linksextremisten aus dem Umfeld des besetzten Hauses in der Berliner Rigaer Straße 94 drangen gewaltsam ins Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg ein. Die Aktion galt dem Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne), der aber nicht vor Ort war. Eine Mitarbeiterin des Amtes wurde verbal bedroht. Schmidts Vorzimmer sei „dekoriert“ worden, verlautete es aus der linken Szene. Bevor die Polizei erschien, setzten sich die „Aktivisten“ unerkannt ab. In einer Erklärung hieß es: „Schmidt könnte Verantwortlicher eines in Kürze erwarteten Angriffs auf unser Haus sein.“ Der Baustadtrat, dessen Amtsführung eigentlich Sympathien für die Hausbesetzer erkennen lässt, will die Aktion verniedlichen. Niemand habe das Bürgeramt „gestürmt“ oder sei „eingedrungen“. Und niemand im Büro habe sich bedroht gefühlt. Die Polizei sei nur gekommen, weil Hygieneregeln nicht eingehalten worden seien. Indessen kündigten die Besetzer weitere Aktionen an. Die Polizei ermittelt wegen Hausfriedensbruchs. F.B.

● MELDUNGEN

Georgien siegt vor Gericht

Straßburg – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Georgien mit seiner Klage recht gegeben, wonach Russland nach Ende der Kämpfe, die vom 8. bis 12. August 2008 dauerten, für „unmenschliche“ Handlungen gegen georgische Zivilisten verantwortlich sei. Nach Ansicht des Gerichtshofs könne Russland allerdings nicht für Menschenrechtsverstöße während der fünftägigen Kampfhandlungen verantwortlich gemacht werden. Jedoch seien die russischen Behörden nach dem Waffenstillstand für die Lage in der Konfliktregion zuständig gewesen. Der Europäische Rat hatte bereits im Jahr 2009 eine Untersuchungskommission zum Konflikt in Georgien eingesetzt. Diese war zu dem Ergebnis gelangt, dass der Krieg in der Nacht zum 8. August 2008 von Georgien begonnen wurde. Auch diese Kommission hatte Russland bereits wegen „unverhältnismäßigen“ Vorgehens gegen Georgien kritisiert. N.H.

Missbrauch von Corona-App

Singapur – Im Kampf gegen das Coronavirus setzte Singapur ab März vergangenen Jahres auch auf eine Warn-App namens „TraceTogether“, welche letztlich acht von zehn Einwohnern des südostasiatischen Stadtstaates auf ihren Smartphones installierten. Diese hohe Akzeptanz resultierte aus der ausdrücklichen Versicherung der Regierung, die gesammelten Daten würden ausschließlich zur Kontaktverfolgung bei Covid-19-Erkrankungen genutzt. Umso größer waren die Wut und der Ärger in der Bevölkerung, als sich Anfang Januar herausstellte, dass die Polizei Singapurs die App auch zur Aufklärung von Straftaten verwendet. Statt nun aber dieser Praxis Einhalt zu gebieten, kündigte das Kabinett an, die Zweckentfremdung von „TraceTogether“ per Gesetz zu legalisieren, sofern es um schwere Delikte wie Mord oder Terrorismus gehe. Nach Ansicht von Digitalrechtsaktivisten werden sich die Sicherheitsbehörden aber wohl kaum an diese Einschränkungen halten. W.K.

STREIT UM ASTRA-ZENECA

„Sowjetische Inkompetenz der EU“

Während Brüssel einen Schuldigen für das eigene Corona-Impfdesaster sucht, sind viele Briten froh über den Austritt ihres Landes aus der EU. Der Ton zwischen beiden Seiten wird zunehmend rauer

VON CLAUDIA HANSEN

Der Ton zwischen der EU und Großbritannien in der Corona-Impfstoffkrise ist gereizt. Brüssel machte kurzzeitig einen kapitalen Fehler und plante an der EU-Außengrenze von Irland quasi eine Blockade von Impfstoffexporten über Nordirland ins Königreich. „Der EU-Impfstoffkrieg explodiert“, schrieb die „Daily Mail“ daraufhin. Und im Brexit-Boulevardblatt „Daily Express“ wütete der ehemalige Brexit-Minister David Jones, die EU „verhält sich wie die Mafia“.

Erpressung, Drohung, Mobbing – solche Vokabeln fallen in vielen Zeitungskommentaren. Sogar EU-freundliche Medien wie das Wirtschaftsblatt „Financial Times“ konnten nur noch den Kopf schütteln über die Fehlentscheidungen, die Brüssel gemacht hat. In den Tagen zuvor hatte die konservative seriöse Zeitung „Daily Telegraph“ kritisiert, Brüssel ver-

suche, durch Schuldzuweisungen an Britannien und den Impfstoffhersteller Astra-Zeneca von der „sowjetischen Inkompetenz seiner Bürokratie“ abzulenken.

Was war geschehen? Zunächst stritt sich Brüssel mit dem britisch-schwedischen Pharmakonzern Astra-Zeneca, weil dieser an die EU weniger Impfstoff liefern kann als erwartet. Die am Jenner Institute der Universität Oxford entwickelte Vakzine AZD1222 wird in Großbritannien schon millionenfach eingesetzt.

EU lenkt vom eigenen Versagen ab

Astra-Zeneca liefert wie vereinbart an London, aber weniger an Brüssel. Die Erklärung dafür ist aber einfach: London hatte drei Monate früher als Brüssel einen großen Liefervertrag mit Astra-Zeneca (für 100 Millionen Dosen) abgeschlossen. Daher hatte der in Cambridge ansässige Pharmakonzern auf der Insel drei Monate mehr Zeit, um die Produktion hochzufahren. Und anders als Ursula von der Leyen

behauptete („Der Vertrag ist glasklar“), stellte sich heraus, dass Brüssel schlecht verhandelt hatte und im Vertrag eben keine festen Lieferungen stehen, sondern nur „beste Bemühungen“ des Unternehmens. In britischen Medien wurde das Verhalten in Brüssel so gewertet, dass die EU einen Schuldigen für das eigene Versagen suche.

Noch viel hässlicher wurde der Streit aber zum vergangenen Wochenende hin. Brüssel erließ am Freitag eine Verordnung, die den Export von Impfstoffen streng überwacht und sogar möglicherweise stoppt. Das könnte zum Beispiel die Lieferungen von Pfizer an Großbritannien betreffen. Was die Sache regelrecht explosiv machte, war Brüssels Versuch, eine spezielle Klausel des Nordirland-Protokolls zum Brexit-Vertrag zu aktivieren. Damit hätte man faktisch die Grenze zu Nordirland geschlossen. Der Schritt löste einen Aufschrei aus. Die nordirische Ministerpräsidentin Arlene Foster sprach von einem „un glaublichen Akt der Feind-

seligkeit“. Nach nur vier Stunden und hektischen Gesprächen zwischen von der Leyen und Boris Johnson machte die EU einen Rückzieher. Selbst der stets euphorische Londoner „Guardian“ schrieb von einer „demütigenden Kehrtwende“.

Brexiters fühlen sich bestätigt

Der „Impfstoffkrieg“ mit den Briten zeigt letztlich nur, wie sehr Brüssel mit dem Rücken zur Wand steht. Die miserable Impfstoffbeschaffung in der Europäischen Union ist eine große Blamage für die EU-Bürokratie, die in der Corona-Krise schwerfällig und überfordert wirkt. Die zyprische Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides hat viel zu spät und zudem knauserig mit wichtigen Herstellern wie Astra-Zeneca Verträge abgeschlossen.

Bislang kann sich Kommissionspräsidentin von der Leyen aber von der Verantwortung wegducken. Die Parteienfamilien von CDU, SPD und Grünen stützen sie. Lediglich AfD-Chef Jörg Meuthen, der Vizechef der rechten Fraktion Identität und Demokratie im Europaparlament, forderte von der Leyen wegen des „Impfdesasters“ zum Rücktritt auf. Und EU-Parlaments-Vizepräsidentin Nicola Beer (FDP) kündigte an, dass die Kommissionspräsidentin nur noch kurz im Amt sei, wenn sie so weitermacht.

In Großbritannien dagegen fühlen sich die Brexit-Anhänger bestätigt, dass der EU-Austritt ihnen einen großen Vorteil gebracht habe. Schon bald werden zehn Millionen Menschen auf der Insel immunisiert sein; die Impfquote nähert sich 15 Prozent der Bevölkerung. Das ist eine etwa fünfmal höhere Quote als im EU-Durchschnitt. Bis Mitte Februar sollen alle Risikogruppen, darunter alle Bürger über 70 Jahre, gegen das Virus geimpft sein. In über 2500 Impfzentren im Königreich arbeiten Ärzte und Helfer bis zur Erschöpfung. Der Gesundheitsdienst NHS leistet hier gute Arbeit, die Organisation der Impfkampagne durch die Regierung Johnson waren besser als etwa in Deutschland unter Gesundheitsminister Jens Spahn.

Auch wenn das Königreich bislang hohe Infektionsraten und eine traurige Bilanz an Covid-Verstorbenen aufweist, könnte es so letztlich schneller aus der Krise herausfinden.



Auslöser des „Impfkriegs“ zwischen der EU und Großbritannien: AstraZeneca

Foto: imago images/Christian Ohde

EINWANDERUNGSPOLITIK

Kopenhagen setzt auf eine Null-Zuwanderer-Strategie

Dänemarks Sozialdemokraten wollen ein „neues Asylsystem“ schaffen – Unterstützung durch äthiopischstämmigen Minister

Die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen verfolgt mit ihrem Ausländerminister und Parteifreund Mattias Tesfaye eine harte Zuwanderungspolitik. Die Sozialdemokratin fürchtet um den Zusammenhalt im Land, denn ihr Land war 2015/16 mit fast 30.000 Zuwanderern ein Hotspot der Zuwanderung europaweit.

Frederiksen hat im Folketing, dem Parlament des Landes, geäußert, dass es eigentlich keine Asylsucher in Dänemark geben solle, die Regierung könne aber nicht versprechen, dieses Ziel zu erreichen. Pia Kjaersgaard, wertepolitische Sprecherin der konservativen Dänischen Volkspartei, hatte Frederiksen zur Debatte eingeladen. Die Sozialdemokraten führen derzeit eine Koalition mit den Parteien Socialistisk Folkeparti (SF), Enhedslisten und Radikale Venstre, allesamt linksgrüne bis linksradikale und sozialliberale

Parteien. Frederiksen führte weiter aus: „Wir können Null Asylsuchende nicht garantieren, aber wir können die Vision davon ins Leben rufen. Wir wollen ein neues Asylsystem, und wir werden tun, was wir können, um es einzuführen.“ Dazu gehören auch ganz unpopuläre Maßnahmen, wie verschärfte Arbeitspflicht für Sozialleistungen und die Unterbringung auf einer Insel, die abschreckende Wirkung haben sollen.

Hauptverbündeter von Frederiksen ist ihr Ausländer- und Integrationsminister Tesfaye, der selbst äthiopischer Herkunft ist, sein Vater kam selbst als Asylsucher nach Dänemark, deshalb kennt Tesfaye die Lücken des Asylsystems umso besser. Der Minister führt die sinkende Zahl von Asylsuchern zum einen auf die Corona-Krise zurück, zum anderen sieht er aber auch die seit der Krise von 2015 verschärf-

te Ausländerpolitik als Grund, die Dänemark weniger attraktiv für Asylsuchende macht. Tesfaye ist einer der Hauptvertreter des restriktiven Kurses, den die Sozialdemokratie unter Parteifreundin Mette Frederiksen einschlug.

Das dänische „Ghetto-Paket“

Frederiksen und Tesfaye sind der Überzeugung, dass dänische Politiker in der Vergangenheit falsch gehandelt haben, indem sie Ausländern zu wenig abverlangt hätten. Etwa die Forderung, sich selbst zu versorgen und die dänischen Werte anzunehmen. „Wir müssen aufpassen, dass nicht zu viele in unser Land kommen, sonst löst sich unser gesellschaftlicher Zusammenhalt auf, der bereits jetzt unter Druck ist“, so Frederiksen.

In der Zeitung „Jyllands-Posten“, bekannt durch die Erstveröffentlichung der

Mohammed Karikaturen, rief Tesfaye bereits eine „zweite Halbzeit“ in der Ausländerpolitik aus, da der Zustrom nun abgeebbt sei. Für ihn sei jeder Asylsuchende einer zu viel. Ziel sei null Asylsuchende, um im Gegenzug durch das eingesparte Geld „Schutz in den Herkunftsregionen und eventuell Neuansiedlung durch das Quotensystem zu gewährleisten“.

Tesfaye äußerte sich auch sehr kritisch zum Islam. „Dänemark darf sich nicht an den Islam anpassen. Der Islam muss sich Dänemark anpassen“, so der 39-Jährige. Ein Großteil des Islams werde heute „durch Extremisten repräsentiert“. Er plane deshalb eine Reihe von Gesetzen, die den Islamismus in Dänemark eindämmen sollen, etwa die Schließung muslimischer Schulen und das Verbot der Finanzierung von Moscheen und Imamen aus dem Ausland. Der Regierung nach verfol-

gen zu viele muslimische Einwanderer im Land antidemokratische Werte.

Diese Strömungen will die Regierung bekämpfen. Imane und Prediger, die Frauen gegen ihren Willen in einer Ehe verheiraten, sollen strenger bestraft werden und ihre Predigten müssen auf Dänisch übersetzt werden. Auch sollen Schenkungen aus muslimischen Ländern an dänische Moscheen verboten werden.

Dänemark fuhr bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich einen harten Kurs bei der Migration in die Sozialsysteme. Viele Gesetze und Strafen wurden in den zurückliegenden Jahren bereits verschärft. Ein „Ghetto-Paket“ soll dafür sorgen, dass Stadtviertel mit einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, oft eine Voraussetzung zur Entstehung einer Parallelgesellschaft, bald der Vergangenheit angehören. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Als Emmanuel Macron im Mai 2017 als Staatspräsident in den Élysée-Palast einzog, eilte ihm der Ruf eines wirtschaftsfreundlichen Reformers voraus. In Wirklichkeit setzt Frankreichs politische Führung auch unter Macron wie gehabt auf die Stärkung eigener Großunternehmen. Zuletzt bekam dies die kanadische Ladenkette Alimentation Couche-Tard zu spüren.

Im Januar war deren Plan bekannt geworden, den französischen Einzelhandelskonzern Carrefour zu übernehmen. Bereits in der Frühphase der Verhandlungen durchkreuzte die französische Regierung die Übernahmepläne der Kanadier: Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire drohte offen damit, die Übernahme zu blockieren. Zur Begründung führte der Minister an, Frankreichs Eigenständigkeit stehe bei der Nahrungsmittelversorgung auf dem Spiel.

Mittlerweile hat auch die Volkswagen-tochter MAN den Zorn der französischen Regierung zu spüren bekommen. MAN Energy Solution baut in seinem Werk in Saint-Nazaire unter anderem Dieselmotoren für die französischen Atom-U-Boote. Nachdem die Wirtschaftszeitung „Les Echos“ berichtet hatte, dieser Bereich sei wegen eines Sanierungsplans gefährdet, drohte Le Maire mit einem Zwangsverkauf der MAN-Aktivitäten an einen französischen Interessenten.

Der französische Staat hat mittlerweile weit über die Rüstungstechnik hinaus seine Kontrolle immer mehr ausgeweitet. Paris hat von der Energieversorgung über die Lebensmittelbranche bis hin zu den Medien immer mehr Branchen benannt, die notfalls vor Übernahmen durch Ausländer geschützt werden sollen. Laut Berechnungen der Pariser Analysefirma AlphaValue unterliegen 83 Prozent der Umsätze der 40 größten börsennotierten Firmen Frankreichs mittlerweile irgendeiner Form staatlicher Kontrolle.

Le Pen als Wahl-Profiteurin?

Beobachter rechnen damit, dass Macron und die französische Regierung bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen noch stärker auf die Durchsetzung französischer Interessen setzen werden. Gut ein Jahr vor den Wahlen deutet derzeit alles auf einen Zweikampf zwischen Macron und Marine Le Pen hin. Eine Umfrage des Marktforschungsunternehmens Harris Interactive sieht in diesem Rennen derzeit Le Pen drei bis vier Prozentpunkte in Führung. Erste Beobachter halten es für möglich, dass es im Frühjahr 2022 bei den Präsidentschaftswahlen in der zweiten Wahlrunde zu einem „Trump-Effekt“ kommt: Neben den Stammwählern des „Rassemblement National“ könnten viele weitere Franzosen so frustriert von der etablierten



Opel unter neuer Flagge: Am Stammsitz in Rüsselsheim hängt bereits ein Plakat des französisch dominierten Stellantis-Konzerns

FRANZÖSISCHER PROTEKTIONISMUS

Hauptsache, der Chef ist ein Franzose

La France First – Emmanuel Macrons interventionistische Wirtschaftspolitik wandelt auf den Spuren von Donald Trumps „America First“-Politik

Politik sein, dass es anders als 2017 für einen Sieg Le Pens reicht. Ob diese Entwicklung tatsächlich eintritt, hängt entscheidend vom Agieren Macrons in der Corona-Krise und von der Wirtschaftslage ab.

Zumindest bei der Schaffung französisch dominierter Industrie-Champions läuft es aus Pariser Sicht derzeit sogar recht gut. Erst Ende Januar hat der französische Alstom-Konzern den Kauf der Bahnsparte von Bombardier abgeschlossen. Mit der Fusion ist es den Franzosen gelungen, Alstom hinter der chinesischen Gruppe CRRC zum zweitgrößten Bahnersteller der Welt zu machen.

Alstoms Aufstieg hat allerdings gerade für Deutschland massive Auswirkungen: Bombardier war mit mehreren großen Standorten in Deutschland bislang der wichtigste Zulieferer der Deutschen Bahn. Entsprechend dieser Bedeutung war bisher auch Berlin der Hauptsitz der Bombardier-Bahnsparte.

Auch ist PSA, dem französischen Eigentümer von Opel, vor Kurzem der Aufstieg in die Gruppe der wichtigsten Autobauer geglückt. Mit dem italienisch-amerikanischen Fiat-Chrysler-Konzern ist PSA zum weltweit viertgrößten Autohersteller verschmolzen. „Stellantis“, so der Name des neuen Konzerns, führt nun 14 Automarken und beschäftigt weltweit rund 400.000 Menschen.

Opel in Deutschland als Verlierer

Formell handelt es sich um einen Zusammenschluss unter Gleichen. Aufmerksamem Beobachtern fiel allerdings bereits auf, dass in der Führungsriege des neuen Autogiganten ein leichtes Übergewicht von PSA-Managern herrscht. Mit Carlos Tavares steht sogar der bisherige Konzernchef von PSA an der Spitze von Stellantis. Tavares kündigte zwar an, dass fusionsbedingt keine Werke geschlossen werden sollen. Allerdings hat sich der gebürtige

Portugiese schon bei Opel als knallharter Sanierer gezeigt. Er hat massiv Kosten gedrückt und Arbeitsplätze abgebaut.

Vor diesem Hintergrund könnten die deutschen Opel-Standorte Sparmaßnahmen schultern müssen. Ferdinand Dudenhöffer vom Center Automotive Research in Duisburg sieht neben Fiat denn auch in Opel den großen Verlierer der Megafusion.

Pessimistisch ist Dudenhöffer hinsichtlich der Zukunftsaussichten für die Entwicklungsabteilung von Opel. In den Verkaufsräumen des Stellantis-Händler-netzes muss Opel zudem ab jetzt nicht nur gegen die PSA-Marken Citroën und Peugeot konkurrieren, sondern auch gegen Jeep, Maserati und Alfa Romeo.

Auch die Zulieferer müssen sich auf schwierige Zeiten einstellen. Vor der Corona-Krise setzten FCA und PSA mehr als acht Millionen Fahrzeuge ab. Entsprechend groß ist die Macht von Stellantis gegenüber den Zulieferern.

HALBLEITERINDUSTRIE

Der Hunger nach Silizium

Engpässe bei der Herstellung von Mikrochips treffen die deutsche Autoindustrie besonders hart

Der deutschen Automobilindustrie gehen die Mikrochips aus, die mittlerweile massenhaft in den Fahrzeugen verbaut werden. Deshalb mussten Volkswagen, Audi und Daimler inzwischen sogar die Produktion zurückfahren und Kurzarbeit anmelden. „Wir haben ein gravierendes Problem“, sagte kürzlich der VW-Konzernbetriebsratsvorsitzende Bernd Osterloh. Dieses war allerdings vorauszusehen.

Zu Beginn der Corona-Krise liefen weniger Fahrzeuge als davor vom Band. Deshalb waren die Chiphersteller gezwungen, sich neue Abnehmer zu suchen. Und die fanden sie auch. So stieg die Nachfrage seitens der Firmen, die Unterhaltungselektronik wie Fernseher und Spielkonsolen fertigen, durch veränderte Freizeitge-

wohnheiten angesichts der Lockdowns und des Zwangs zum Zuhausebleiben. Ebenso wurden die Halbleiter auch für die Beatmungsgeräte gebraucht, von denen eine Zeit lang gar nicht genug geliefert werden konnten. Dadurch wuchsen die Gewinne von Mikrochipherstellern wie Intel, Infineon, Carl Zeiss SMT oder Siltronic 2020 sogar um durchschnittlich vier Prozent.

Abhängigkeit von China

Inzwischen sind die Halbleiterschmiedem dabei, wieder mehr Bauteile für die Autoindustrie in ihre Produktpalette aufzunehmen. Allerdings dauert die erneute Umstellung der Anlagen zwischen einem viertel und einem halben Jahr. Dazu

kommt der Mangel an Silizium. Vor dem hatte die Deutsche Rohstoffagentur schon 2019 gewarnt: Silizium sei eine Ressource mit „hohen potentiellen Beschaffungsrisiken“. Das Element gibt es zwar in der Natur in Hülle und Fülle, aber die Betriebe für seine industrielle Weiterverarbeitung stehen meist in China. Und dort mussten im Laufe des letzten Jahres immerhin 20 Silizium-Produzenten wegen fehlenden Stroms die Arbeit einstellen – ausbleibender Regen hatte zur Abschaltung vieler Wasserkraftwerke geführt.

Dazu kamen weitere Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie. Daraus resultierte ein starker Einbruch bei den Silizium-Exporten Chinas. Statt wie bisher fünf Millionen Tonnen warf das Reich der

Mitte 2020 bloß 2,2 Millionen Tonnen auf den Weltmarkt, während die anderen Produzentenländer von den USA über Brasilien und Australien bis Deutschland wie immer nur knapp eine Million Tonnen beisteuerten. Das hatte Einfluss auf die gesamte globale Fertigungskette bei Halbleitern, zumal mit der Solarbranche inzwischen auch noch ein weiterer großer Silizium-Abnehmer bereitsteht.

Diese Situation animiert nun verbreitet zum Umdenken. So forderte der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie kürzlich mehr „technologische Souveränität“ durch die Erhöhung der eigenen Produktionskapazitäten bei Silizium, um die Abhängigkeit von China zu verringern. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Klage wegen Agent Orange

Paris – Durch den Kauf des US-Chemieunternehmens Monsanto droht der Bayer AG, dass sie für den Einsatz des Entlaubungsmittels Agent Orange während des Vietnamkriegs haften muss. Vor dem Landgericht von Évry, einem Vorort von Paris, hat am 25. Januar mit Plädoyers ein Prozess begonnen, bei dem es um Schadensersatzforderungen gegen die Hersteller des Entlaubungsmittels Dow Chemical und Monsanto geht. Klägerin in dem Prozess ist eine 78-jährige Französin vietnamesischer Herkunft, die seit 1992 Jahren in Évry lebt. Die Klägerin leidet wie ihre Tochter unter anderem an Herzproblemen und war an Krebs erkrankt. Nach Angaben der Opfervereinigung Vava sind 4,8 Millionen Vietnamesen mit Agent Orange in Berührung gekommen. Das US-Militär hatte das dioxinhaltige Herbizid zwischen 1961 und 1971 in Vietnam eingesetzt, um Verbindungswege und Verstecke der Vietcong offenzulegen. *N.H.*

Geld macht doch glücklich

Philadelphia – „Geld macht nicht glücklich“, sagt der Volksmund – und damit liegt er möglicherweise falsch. Das suggeriert ein brandaktueller Fachaufsatz von Matthew Killingsworth von der University of Pennsylvania in Philadelphia in den „Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America“. Der Psychologe hatte 33.000 erwerbstätige US-Bürger eine Zeit lang mehrmals täglich über ihre emotionale Befindlichkeit befragt und auf diese Weise 1,7 Millionen Daten erhalten. Deren Auswertung erbrachte folgendes Ergebnis: Je höher das Einkommen, desto stärker auch die Glücksgefühle. Womit sich frühere Befunde zu dieser Problematik nicht bestätigten, nach denen es bei mehr als 75.000 US-Dollar Jahreseinkommen zu keiner weiteren Zunahme positiver Befindlichkeiten komme. Dabei will Killingsworth nicht ausschließen, dass es irgendeine Grenze nach oben gibt. Die müsste dann aber erst noch gefunden werden. *W.K.*

Rohstoff-Fund in Norwegen

Egersund – Vanadium und Titan sind strategisch hochwertige Rohstoffe, welche die Länder der EU derzeit zu rund zwei Dritteln aus China beziehen. Vanadium wird unter anderem für die Herstellung von Hochleistungsbatterien verwendet, die sich zehnmal häufiger als die üblichen Lithium-Ionen-Akkus aufladen und zudem auch noch deutlich besser recyceln lassen. Titan wiederum kommt zunehmend in der Stahlindustrie zum Einsatz. Insofern ist es nicht unbedeutend, dass die Firma Norge Mining, die 2018 auf Initiative des Schweizer Investors Michael Wurmser gegründet wurde, nun in Südwestnorwegen auf gigantische Vanadium- und Titan-Vorkommen gestoßen ist. Nach Schätzungen des Norwegischen Geologischen Dienstes könnten sich in den neu lokalisierten Lagerstätten in der Region Dalane bis zu 3,5 Milliarden Tonnen erhaltigen Gesteins befinden. Das beschert der Norge Mining nun eine Flut von Übernahmeangeboten aus China. *W.K.*

KOMMENTARE

Habecks Demokratie

HANS HECKEL

Weiß Robert Habeck nicht, was das Wort „Demokratie“ ins Deutsche übersetzt heißt? Auf den ersten Blick mag das denken, wer liest, was der Grünen-Chef in seinem Vorwort zur jüngsten Neuübersetzung von George Orwells Roman „1984“ (Rezension in der PAZ demnächst) geschrieben hat.

Dort warnt Habeck vor denjenigen, „die die Demokratie zu einer Volksherrschaft umbauen wollen“. Wie bitte? Er weiß doch genau, dass das altgriechische Wort „Demokratie“ nichts anderes als Volksherrschaft bedeutet.

Ist Habecks Satz dann nicht vollkommener Unsinn? Selbstverständlich ist er das – es sei denn, man will die beiden eigentlich identischen Begriffe absichtlich voneinander trennen, um das Wort „Demokratie“ mit Inhalten zu füllen, die mit „Volksherrschaft“ höchstens entfernt etwas zu tun haben. Und der Versuch, „Demokratie“ von dem ur-

sprünglichen Sinn zu trennen und mit einer ganz anderen Bedeutung zu füllen, deutet sich seit einiger Zeit schon an. So wurden aus dem grünlinken Lager auch Menschen als „Gegner der Demokratie“ bezeichnet, die bloß auf die Einhaltung der deutschen Einreisebestimmungen gepocht haben, siehe 2015. Ebenso sehen sich Kritiker der Lockdown-Maßnahmen zu ihrer großen Verwunderung dem Vorwurf ausgesetzt, durch ihren Protest die „Demokratie“ zu gefährden. Selbst, wer eine demokratische Kernforderung wie die nach Volksabstimmungen erhebt, erntet nicht selten das Stigma „antidemokratisch“.

Diese Entwicklung ist brandgefährlich. Auf diese Weise wird der Demokratie-Begriff gleichsam gekidnappt. Er wird dem Volk entrissen, das von ihm seine Rechte als Souverän ableitet, und in die Hände einer Polit-Kaste gelegt, die ihn nach Belieben umdeutet und missbrauchen kann gegen jede unbequeme Opposition.

Verschiebebahnhof

BODO BOST

Die Hauptroute der Einwanderung in die EU führt von Griechenland noch immer über Nordmazedonien und Serbien nach Bosnien, wo sich im nördlichen Kreis Bihac die Gestrandeten stauen. Aber immer mehr Immigranten weichen jetzt auf ihrem Transit in die EU nach Albanien aus. Trotz Corona nahm 2020 die Zahl der in Albanien offiziell registrierten Flüchtlinge laut Auskunft des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) mit 12.000 noch zu. Die Mehrheit von ihnen sieht in Albanien nur eine Durchgangsstation und will ihre Reise fortsetzen, zumeist in Richtung Italien, auch weil die Versorgung vor Ort miserabel ist. Seit Mai 2019 arbeitet die albanische Grenzpolizei mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex zusammen.

Serbien hat mittlerweile auch einen neuen Grenzzaun zu Nordmazedonien gebaut und schickt von dort, wie Ungarn, die ungewollten Grenzbrecher zurück. Albanien Grenzen sind dagegen immer noch relativ durchlässig. Schlep-

per schleusen Leute von dort mit Geld auch direkt über die Adria nach Italien, entweder in Containern oder mit kleinen Booten.

Während die Immigranten aus dem Westbalkan als Asylsucher in Deutschland in den Genuss einer hoch entwickelten und politisch gesteuerten Willkommenskultur kamen, verweigern deren Heimatländer eine solche den nachrückenden Migranten aus dem Nahen Osten. Sonst hätten sich Szenen wie die um das Migrantlager Lipa in Bosnien über Weihnachten nicht abspielen können. Solche Szenen spielen sich ab in Regionen, aus denen selbst fast die Hälfte der Einwohner als Migranten fortgezogen ist.

Die Hälfte der derzeitigen albanischen Bevölkerung war einmal Asylsucher in Mitteleuropa. Dass aus dem Küstenstaat, der bislang vor allem als Herkunftsländ von Migranten von sich Reden machte, jetzt selbst ein Aufnahme-land für Migranten geworden ist, zeigt die ganze Absurdität des Asylwesens in Europa, das immer mehr anmutet wie ein riesiger Verschiebebahnhof.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Besser als sein Ruf: Der Flickenteppich

Foto: Gabe G., Mary H.

KOLUMNE

Lob des „Flickenteppichs“

FLORIAN STUMFALL

Was immer mit Corona zusammenhängt, Fallzahlen und ihre Entwicklung oder die Bekämpfung der Krankheit samt Ergebnissen, das alles regt zu manchen Reaktionen auch außerhalb des medizinischen Geschehens an. Da bietet sich zunächst und vor allem das weite Feld der Politik, und bei der Lektüre einer Tageszeitung kann man sich fragen, wie solche in Zeiten vor Corona überhaupt haben gefüllt werden können. Dabei aber ist immer wieder ein Grundton vernehmbar, nämlich die Forderung, man dürfe die Maßnahmen gegen die Seuche nicht den einzelnen Ländern überlassen, sondern müsse einheitliche Vorschriften in Kraft setzen; man habe es mit einem „Flickenteppich“ zu tun, und das sei vom Übel.

Hier allerdings muss es erlaubt sein zu fragen, warum im oberbayerischen Landkreis Berchtesgaden, wo es eine hohe Belastung gibt, und, sagen wir, den niedersächsischen Landkreisen Lüneburg oder Verden mit sehr geringen Fallzahlen die gleichen Regeln gelten sollen. Von der Zweckmäßigkeit her kann das schwerlich begründet werden. So erkennbar auch an Gerichtsurteilen, wenn etwa die Zulässigkeit der Schließung einer Schule ausdrücklich an der örtlichen Lage gemessen wird. Dennoch hält sich die Forderung nach Gleichheit von Nord bis Süd mit großer Hartnäckigkeit.

Der Grund dafür liegt nicht bei Problemen der Gesundheit, sondern hier taucht wieder einmal der altbekannte Zentralismus auf. Während aber Bundeskanzlerin Angela Merkel die Gemeinsamkeit im Handeln beschwört, haben es in der Peripherie Landräte und Bürgermeister mit der Wirklichkeit zu tun und können nicht warten, bis sich die Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten einig, geschweige denn, bis die „Gesundheits-Union“ von Ursula von der Leyen, der EU-Kommissarin von Merkels Gnaden, Wirklichkeit geworden ist.

Zentralisierung Deutschlands

Dass es richtig ist, zu differenzieren, gesteht ungewollt auch die Bundesregierung ein, wenn sie verfügt, dass Einreisen aus bestimmten Ländern untersagt werden, solche aus anderen aber weiterhin erlaubt bleiben sollen, je nachdem, wie jeweils die Zustände sind. Das ist das richtige Prinzip. Wenn dies aber bei der Beurteilung von an-

deren Ländern richtig ist, kann es bei der Einschätzung der Verhältnisse in Deutschland und den verschiedenen deutschen Ländern nicht falsch sein.

Wenn allerdings von zentralistischen Methoden die Rede ist, drängt sich sofort der Gedanke an die EU und an Brüssel in den Vordergrund. Den ersten Nachweis seiner Untauglichkeit hat aber das System auch im Zusammenhang mit Corona schon geliefert. Deutschland ist mit der Beschaffung von Impfstoffen in Verzug, weil die Kanzlerin auf eine EU-Lösung warten wollte. Hätten sie und ihr Minister Jens

Wer die Befugnisse an zentraler Stelle ansammeln will, der wird sie den bisherigen, untergeordneten wegnehmen müssen. So verlieren die Gemeinden an Rechten, nach ihnen die Landkreise, die Bezirksregierungen, bis endlich alles in einer Hand gebündelt ist. So verfahren alle autoritären und diktatorischen Regime, und die Gefahr ist nicht zu übersehen, dass, wo solche noch nicht bestehen, dieses Vorgehen dazu führt. Seit dem Bestehen des Grundgesetzes, also seit 1949, ist es an die 60-mal geändert worden, davon über 50-mal zugunsten des Bundes und damit zu Lasten der Länder. Hier hat eine Zentralisierung im Geheimen stattgefunden, die sich, weil diese Änderungen nunmehr Regel geworden sind, umfassend auswirkt.

Zentralisierung Europas

Mit den Zuständigkeiten, welche die Gebietskörperschaften nach oben verlieren, gehen ihnen auch die Finanzmittel verloren, über welche sie bislang verfügt haben, um ihre Aufgaben zu finanzieren. Sie werden finanziell ausgezehrt und mehr und mehr abhängig von der Zentralstelle. Wer nach Gründen für die fatale Finanzlage der Gemeinden, Städte und Landkreise sucht, der kann hier einen finden. Gleichzeitig verlieren tausende Entscheidungsträger in den kommunalen Gremien ihre Stimme zugunsten einiger Funktionäre in der Zentrale. Dafür wird ständig die Parole vom Bürger verbreitet, dem mehr Mitsprache zukommen solle.

Dasselbe spielt sich im Verhältnis der Mitgliedsländer und der EU ab. Zwar verbieten die Verträge, dass ein Land für ein anderes finanziell einspringt oder dazu veranlasst werden kann, doch gerade für diesen Zweck wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) eingerichtet und mit unantastbaren Privilegien ausgestattet. Was die Verträge verboten – „no bail out“, keine Vergemeinschaftung von Schulden – ist heute EU-Wirklichkeit und wird es bleiben, solange noch jemand an den Euro glaubt. Dabei ist es hier müßig, über eine denkbare Sinnhaftigkeit zu sprechen, die vielleicht einen solchen Bruch von Verträgen herbeigeführt haben mag. Entscheidend ist, welche Hierarchie der Brüsseler Werteordnung hier offenbar wird: Der Zentralismus rangiert vor dem kodifizierten Recht.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Der Zentralismus rangiert vor dem kodifizierten Recht

Spahn rechtzeitig und aus eigener Überlegung gehandelt, könnte Deutschland heute diesbezüglich so gut dastehen wie Großbritannien oder Israel.

Soviel, was den Zentralismus und die aktuelle Volksgesundheit angeht. Doch der alte Glaube daran, dass Entscheidungen umso klüger ausfallen, je weiter entfernt von den Menschen sie getroffen werden, je weniger Kenntnisse von örtlichen Einzelheiten dabei mitspielen und je weniger unmittelbare Verantwortung damit verbunden ist, scheint unsterblich. Selbstverständlich wird deshalb jede Erinnerung an das Prinzip der Subsidiarität, der gestaffelten Zuständigkeit, gelöscht. Dabei stellt die Aufteilung der Befugnisse eine unverzichtbare Form der Gewaltenteilung im Staat dar, zusätzlich zu der des griechischen Philosophen Aristoteles, die zum Kennzeichen freiheitlicher Ordnungen geworden ist.

Nur eine solche Aufteilung kann den Wettbewerb der politischen Vorstellungen und Strategien ins Werk setzen. Nur sie gewährleistet, dass sich gegenüber einer guten Idee eine bessere durchsetzen kann. Da aber der Wettbewerb ein Kennzeichen freiheitlicher Ordnungen ist, gilt sein Prinzip nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik. Der Zentralismus aber zerstört sein gesamtes Regelwerk und ersetzt es durch Dienstanzweisung oder Richtlinie, wenn nicht gar durch Befehl und Gehorsam.

Theaterschiff auf dem Trockenen

Seit einem Jahr liegt die Kultur brach. Wie stark die Künstler unter der Pandemie leiden, zeigen zwei Erfahrungsberichte

Freischaufende Musiker und Theaterbetreiber sind ungleich schwerer vom Lockdown betroffen als ihre Kollegen mit festen Engagements an den staatlichen Kultureinrichtungen und deren Intendanten.

Bis vor einem Jahr konnte die zehnköpfige Hamburger Showband Dirty Royal Orchestra (DRO) noch aus dem Vollen schöpfen. Die Liveband tourte seit Jahren durch Deutschland und das europäische Ausland und sorgte auf Großveranstaltungen wie der Kieler Woche, den Berliner Filmfestspielen und Kongressen mit nationalen und internationalen Schlagern für Freude und Feierlaune beim Publikum.

2019 begeisterte die Band auf der NDR-Sommertour-Bühne in Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit Stars wie Kim Wilde, Nico Santos und Michael Schulte zahlreiche Zuhörer. Auch 2020 sollte es so weitergehen. Nach dem ersten Lockdown im Frühjahr wurden aber nach und nach sämtliche Engagements abgesagt. PAZ-Autorin Dagmar Jestrzowski sprach darüber mit DRO-Musikdirektor Raimondo Di Renzo und fragte nach, wie es ihm und seinen Musikerkollegen während der erzwungenen Ruhepause geht.

Herr Di Renzo, leider sind ja Großveranstaltungen in Hallen und Arenen für unbestimmte Zeit nicht durchführbar. Wie geht es Ihnen, Ihrer Familie und Ihren Bandkollegen jetzt dabei?

Natürlich sorgt die Situation bei uns allen für große Verunsicherung und Frustration. Leider haben sich auch Firmen von Events wie unseren Musik-Workshops verabschiedet. Für Oktober war das DRO in der Schleswig-Holstein-Kultur-Förderung. Unsere Show wurde dann kurzfristig wegen bevorstehender Maßnahmen abgesagt. Die Ausfall-Gage habe wir glücklicherweise erhalten.

Wie ist es mit dem sogenannten zweiten Standbein?



Konzerte nur noch via Bildschirm: Das Dirty Royal Orchestra bei einer Lockdown-Aufführung

Foto: YouTube/Screenshot

Ich selbst habe Einkünfte aus nebenberuflicher Tätigkeit, gebe weiterhin Instrumentalunterricht. Wir konnten als Familie zum Glück von den Förderprogrammen der Regierung profitieren, allerdings noch nicht von den Novemberhilfen.

Welches Instrument unterrichten Sie? Klavier. Der Unterricht läuft tatsächlich weiter über Face Time und Zoom. Das hört sich etwas schräg an auf dem Handy, aber es funktioniert.

Konnten Sie darüber hinaus die digitalen Möglichkeiten nutzen?

Ja, im Juni hat das DRO die erste Livestream-Show auf www.streammax.de gespielt. Weitere Livestream-Shows folgten.

Es gab auch eine positive Firmenbotschaft und ein Zoom-Meeting aller Filialen in Deutschland.

In den Bundesländern gab es Förderprogramme für Musik ...

In NRW beispielsweise im Zeichen des Beethovenjahres. Im September fand das „Rheinische Lesefest für Kinder und junge Erwachsene“ statt. Meine Frau ist Flötistin, sie ist mit ihrem Ensemble „Tityre“ in Bonn aufgetreten. Dafür hatte ich Beethovens größte „Hits“ musikalisch arrangiert. Im November haben wir mit unserem Royal Christmas Orchestra vier schöne Shows für den Advent vorproduziert. Die Shows wurden an jedem Adventssonntag über einen Link gestreamt.

Haben Sie für das Streaming ein „Einkaufsgeld“ erhoben?

Nein, virtuelle Tickets konnten freiwillig gekauft werden. Immerhin spendete die Hälfte der Zugeschalteten einen Betrag. 50 Prozent der Produktion konnte damit gedeckt werden. Eine Gage für uns Musiker konnte davon nicht bezahlt werden. Für 2021 hoffen wir nach wie vor auf eine Konzert-Tour durch die Hallen und Arenen Deutschlands. Hierfür suchen wir noch Sponsoren und Konzertveranstalter. Kritisch erwähnen möchte ich, dass wir einen superkompliziert auszufüllenden Förderungsantrag bei der Musik Initiative Berlin eingereicht haben, der jedoch abgelehnt wurde. In so einer Situation sollte man nicht weitherum Hoffnungen we-

cken, um diese anschließend zu enttäuschen.

In Wedel am westlichen Stadtrand von Hamburg betreibt der 81-jährige Hannes Grabau seit fast 50 Jahren das Theaterschiff „Batavia“. Der alte Kahn liegt elbnahe im ehemaligen Hafen des Flüsschens Au am Rand der Wedeler Elbmarsch. Grabau, genannt „der Käpt'n“, hat das 1892 in Stettin als Flusskanonenboot erbaute Schiff (Länge 30 Meter) 1972 erworben und zum Theaterschiff mit Gastronomie umgebaut. Im Unterschiff mit 70 Sitzplätzen fanden seitdem Tausende Veranstaltungen statt. Der Spielplan war bunt und abwechslungsreich, mit hauseigenen Inszenierungen von der Klamotte bis zur Tragödie, Gastspielen und Livemusik bis zum Weihnachtsmärchen. Großer Beliebtheit erfreute sich in jedem Herbst das Batavia-Kleinkunst-Festival, ebenso das sommerliche Pippi-Langstrumpf-Kindertheater auf der Freilichtbühne.

Grabau berichtet: „Im Frühjahr erhielten wir Fördermittel aus dem Corona-Hilfsprogramm des Landes Schleswig-Holstein, aber das war's dann auch. Die zugesagte Novemberhilfe ist erst spät Ende Januar angekommen. Im Sommer hatten wir noch gute Umsätze durch unsere Open-Air-Veranstaltungen mit Kabarett, Lesung, Musik, Kindertheater. Wir haben mit dem Hut Spenden gesammelt. Ich denke jetzt vor allem an die solosebstständigen Künstler, mit denen wir teilweise seit 30 Jahren verbunden sind. Sie haben inzwischen Familien gegründet, haben Kinder. Da spielen sich jetzt Dramen ab. Die geringen Gagen werden dringend zum Leben gebraucht. Betriebskosten haben die meisten nicht und erhielten aus Kiel daher keine Fördermittel. Je nach Bundesland gibt es da aber Unterschiede. Wir wollen unser Open-Air-Programm wiederaufnehmen, sobald es das Wetter erlaubt. Ich möchte meine Künstler behalten!“ *D.J.*

TV-KRITIK

Öko-Müll am Traumstrand

Hannes Jaenicke als Retter des Indischen Ozeans – ARD zeigt Pilotfilm, der zu einer Reihe aufwachsen soll

Große Aufregung am Strand von Mauritius im Indischen Ozean: Ein Walkalb ist gestrandet und wird von eilig herbeieilenden Menschen mit Wasser begossen. Die Zeit läuft – mit vereinten Kräften wird das Tier zurück ins Meer geschoben, wo es schnaufend Fontänen spritzt. Als ein weiterer Meeressäuger wenig später tödlich verletzt an einem Strand angetrieben wird, ist das Feld für die Problemlage im Tropenparadies eröffnet. Hatte das Tier seine Orientierung verloren und war deshalb unter die Schiffsschraube eines Bootes geraten? Und wenn ja, warum?

Wale schützen! Meere retten! Erstaunlich eigentlich, dass das Thema bisher eher TV-Dokumentationen vorbehalten blieb. Nun also ein „Hybrid“, wie Regisseur Sven Fehrensen bekennt – eine Mischung aus Fiktion und Doku. Dass der Pilotfilm „Retter der Meere – tödliche Strandung“ (Das Erste, 6. Februar, 20.15 Uhr) dann doch nicht recht funktionieren will, liegt an Action-Szenen, die man eher im Vorabendprogramm verorten würde, an einer konfektionierten Hintergrundmusik, vor allem aber an einem holz-

schnittartigen Drehbuch, in dem die Meeresschützer die Guten verkörpern, die Politiker vor Ort sowie der Besitzer einer luxuriösen Hotelanlage die Bösen.

Hannes Jaenicke geht voll in seiner fast schon aufdringlichen Rolle als Mahner und Naturschützer auf, mit der er bereits mit eigener Sendereihe im ZDF unterwegs war. Mit dem Mikrophon in der Hand liest dieser als Meeresbiologe Reno Finnings den Honoratioren der Insel die

Leviten: „15 Millionen Tonnen Plastikmüll landen jedes Jahr im Meer!“ In seiner Rolle als Gründer der „Global Ocean Foundation“ zeigt er sich immerhin als Pragmatiker, der zusammen mit dem Resort-Eigentümer eine Wohltätigkeitsgala ausrichten will, um Gelder für eine zweite Schutzzone zu generieren.

Sein Gegenspieler ist der idealistische Meeresforscher Pit Wagner (Daniel Roesner), der ihm Kungelei mit den Reichen

vorwirft: „Die Leute, die Champagner saufen, sind das Problem!“ Als interne Reizfigur wird den beiden eine Verhaltensforscherin (Haley Louise Jones) zur Seite gestellt, deren Kompetenz sich in einer überwiegend mürrischen Miene äußert. Aufgesetzt wirkt ein Nebenstrang der Handlung, in dem Kinder aus den Klauen von Kriminellen befreit werden müssen. Eine Eingeborenen-Mafia verwendet zum Fischen Dynamit und zwingt Kinder zum gefährlichen Einsammeln der toten Fische.

Das Problem des Films ist sein demonstrativ pädagogischer Ansatz. Handlung und schauspielerische Leistungen sind offensichtlich nachgeordnet. So bleiben schöne Bilder von Mauritius, das erst im August vergangenen Jahres eine Umweltkatastrophe erlebte, als aus einem havarierten Frachter unweit eines Traumstrandes viel Öl ausfloss. Es bleiben weiterhin Bilder von Wale, die zum Teil aus Naturdokumentationen übernommen wurden – und es bleibt die Erkenntnis, dass gut gemeint längst nicht bedeutet, dass es auch gut gemacht ist. *Anne Martin*



Wie eine Parodie der Rettungsschwimmer von Malibu: Die Umweltretter von Mauritius

● MELDUNG

Die Russen kommen wieder

Potsdam – Die Ausstellung „Impressionismus in Russland. Aufbruch zur Avantgarde“ im Museum Barberini war praktisch vom gesamten aktuellen Lockdown betroffen. Sie war für die Zeit vom 7. November 2020 bis 14. Februar geplant. Wegen der Schließung des Museums war nur eine digitale Besichtigung der 80 hochkarätigen Leihgaben mit Werken von Ilja Repin bis Kasimir Malewitsch möglich. Nun wurde in Abstimmung mit den Kooperationspartnern, der Staatlichen Tretjakow-Galerie, Moskau, und dem Museum Frieder Burda, Baden-Baden, eine neue Laufzeit für die Schau in Potsdam abgestimmt: Die Ausstellung wird vom 28. August bis 9. Januar 2022 erneut in Potsdam gezeigt mit dann hoffentlich Besuchern vor Ort. Die ursprünglich für den Herbst geplante Schau „Surrealismus und Magie. Verzauberte Moderne“ wird auf 2022 verschoben. Sofern es die Pandemie-Lage zulässt, will man zuvor am 13. März die Ausstellung „Rembrandts Orient“ eröffnen. Internet: www.museum-barberini.de *tws*

WILHELM MAYBACH

„König der Konstrukteure“

Der vor 175 Jahren geborene Freund und Weggefährte Gottlieb Daimlers entwickelte das erste moderne Automobil

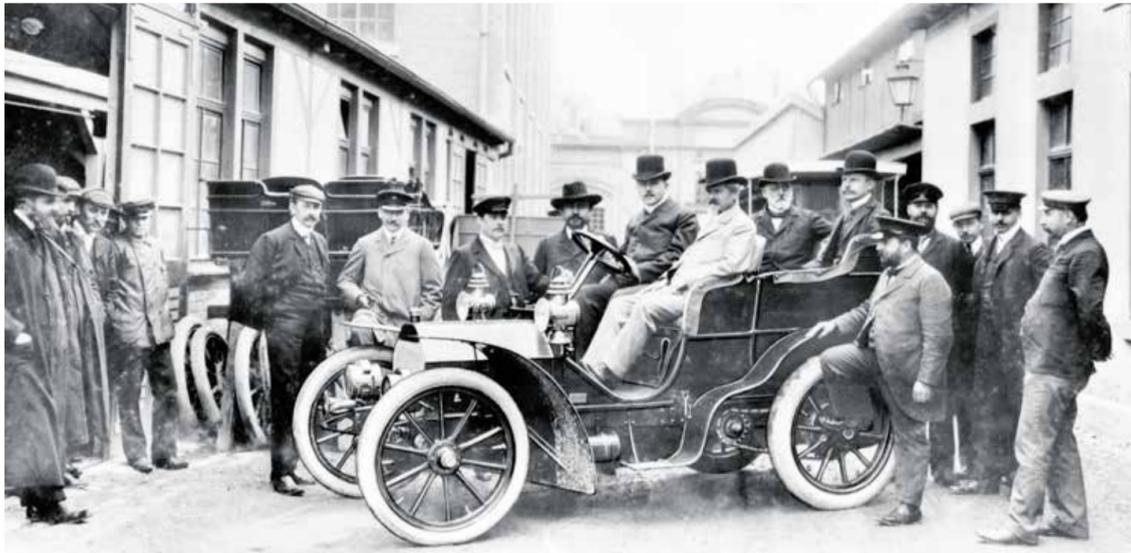
VON MANUEL RUOFF

Der am 9. Februar 1846 in Heilbronn geborene Schreinermeistersohn Wilhelm Maybach wurde bereits früh Vollwaise. Erst starb seine Mutter, zwei Jahre später, 1856, wählte dann wohl sein Vater den Freitod durch Ertrinken. Durch Vermittlung von Freunden der Familie fand Wilhelm Aufnahme im Reutlinger Bruderhaus. Dieser christlich-sozialen Einrichtung des Geistlichen Gustav Werner war zu deren Finanzierung eine Maschinenfabrik angeschlossen. Werner erkannte das zeichnerische Talent Wilhelms und ließ ihn ab 1861 im Konstruktionsbüro der Maschinenfabrik eine Ausbildung zum Technischen Zeichner machen. Im Jahre 1865 beendete Maybach die Ausbildung und Gottlieb Daimler übernahm die Leitung der Maschinenfabrik. So lernten sich die beiden kennen. Es war der Beginn einer bis zu Daimlers Tod dauernden Zusammenarbeit und Freundschaft der beiden Männer. Die Zusammenarbeit begann damit, dass Maybach Daimlers Assistent in der Maschinenfabrik wurde.

1867 erhielt die Beziehung zwischen den beiden Männern eine zusätzliche Komponente. In jenem Jahr heiratete Daimler die Apothekertochter Emma Pauline Kurtz. An der Hochzeit nahm neben Maybach auch die mit der Braut befreundete Wirts- und Posthalterstochter Bertha Habermas teil. Die beiden Hochzeitsgäste lernten sich kennen und lieben. 1878 wurde geheiratet. Aus der Ehe gingen zwei Söhne und eine Tochter hervor.

Der ideale Motor für Fahrzeuge

1869 wechselte Daimler an die Spitze der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe und nahm Maybach mit. 1872 übernahm Daimler die Leitung der Werkstätten der Gasmotorenfabrik Deutz und holte Maybach abermals nach. Dort arbeitete Letzterer nun nicht mehr nur als Technischer Zeichner, sondern übernahm die Leitung des Konstruktionsbüros. 1876 entwickelte der Mitgründer und Mitinhaber von Deutz sowie Namensgeber des Ottomotors Ni-



Am Steuer eines Mercedes 35 PS: Wilhelm Maybach

Foto: pa

colaus Otto einen Viertaktmotor, den Maybach zur Serienreife brachte.

Otto und Daimler zerstritten sich jedoch und Letzterer verließ das Unternehmen, gründete 1882 in Cannstatt bei Stuttgart eine eigene Versuchswerkstatt, den Kern der 1890 gegründeten Daimler-Motoren-Gesellschaft (DMG). Und wieder kam Maybach mit. Gemeinsam arbeiteten sie an der Entwicklung eines kompakten, leichten, schnelllaufenden Benzinmotors und dessen Verwendung insbesondere in Fahrzeugen. Ein frühes Ergebnis war die sogenannte Standuhr, deren Zylinder senkrecht stand, daher der Name. Klein, leicht und mit Benzin betrieben war sie für den Einsatz in Fahrzeugen prädestiniert. 1885 führte die Zusammenarbeit zum ersten Fahrzeug, dem sogenannten Reitwagen. Dabei handelte es sich, wenn man so will, um das erste Motorrad der Welt mit einem mit Benzin betriebenen Verbrennungsmotor. Weitere Fahrzeuge folgten. Der Reigen der Fahrzeuge, in denen der neue Benzinmotor als Antrieb eingebaut wurde, reicht von Boot und Schiff über Kutsche, Straßenbahn, Omnibus und Lastkraftwagen bis zur

Gondel eines Gasballons, der damit zu einem der ersten Luftschiffe wurde.

Ein wichtiger Meilenstein war der 1889 von Maybach auf der Pariser Weltausstellung vorgestellte sogenannte Stahlradwagen. Hierbei handelte es sich nämlich nicht um eine althergebrachte konventionelle Pferdekutsche, in die ein Motor eingebaut worden war, sondern um eine vom Fahrradbau inspirierte Neukonstruktion um den Motor herum. Letzterer hat erstmals nicht nur einen, sondern zwei in V-Form angeordnete Zylinder. Neu ist auch die Kraftübertragung per Zahnradwechselgetriebe.

Nach dem „Stahlradwagen“ wurde mit dem Mercedes 35 PS die Abkehr von der motorisierten Kutsche weiter fortgesetzt, wenn nicht gar vollendet. Nicht umsonst gilt der Mercedes 35 PS als erstes modernes Automobil. Der Wagen war so neu wie es das 20. Jahrhundert war, als er entstand. Im Jahre 1900 bestellte Emil Jellinek gleich 36 Exemplare eines Sportwagens, das nach seinen Vorgaben entwickelt werden sollte. Maybach, von dem der wohlhabende österreichisch-ungarische Geschäftsmann, Diplomat und Automo-

bilrennfahrer sehr viel hielt und gesagt hat: „Er kann auf Kommando erfinden“, sollte das Fahrzeug konstruieren. Noch im selben Jahr war das Fahrzeug fertig. Es begeisterte. Die Verwendung von Leichtmetall beim Motorenbau und der neuartige Bienenwabekühler ließen das Fahrzeug nur eine Tonne schwer werden. Der niedrige Schwerpunkt und der lange Radstand kamen dem Sportwagen zusätzlich zugute. Paul Meyan, den Generalsekretär des französischen Automobilklubs Automobile Club de France (ACF), ließ der Mercedes 35 PS konstatieren: „Wir sind in die Ära Mercedes eingetreten.“ Überhaupt waren es insbesondere die Franzosen, die voll des Lobes waren. Von ihnen stammt auch die Bezeichnung Maybachs als „König der Konstrukteure“.

Das Jahr 1900 war jedoch noch aus einem ganz anderen, traurigeren Grund wichtig für Maybach. In jenem Jahr starb Daimler. Damit verlor Maybach zunehmend an Rückhalt in der Daimler-Motoren-Gesellschaft. Gottlieb Daimlers Söhne Adolf und Paul Daimler sägten, gedeckt von dem ehrgeizigen neuen Aufsichtsratschef Wilhelm Lorenz, an seinem Stuhl.

1907 zog Maybach die Konsequenz und verließ die Daimler-Motoren-Gesellschaft.

Zusammenarbeit mit Zeppelin

Im darauffolgenden Jahr stellte die Havarie des Zeppelin LZ 4 eine Zäsur im deutschen Luftschiffbau dar. Einerseits zeigt die Havarie deren Schwächen auf. Andererseits verschaffte die anschließende Zeppelinspende des deutschen Volkes, das sogenannte Wunder von Echterdingen, dem Grafen Ferdinand von Zeppelin ungeahnte finanzielle Mittel. In dieser Situation bot Maybach dem Grafen, für dessen erstes Luftschiff er bereits 1900 zwei 16-PS-Vierzylinder-Motoren zur Verfügung gestellt hatte, einen neuen Luftschiffmotor mit 150 PS Dauerleistung an, den er zusammen mit seinem Sohn Karl entwickelt hatte. Der Graf war zufrieden. Und nachdem er mit dem Geld der Zeppelinspende des deutschen Volkes 1908 die Luftschiffbau Zeppelin GmbH gegründet hatte, gründete er im Folgejahr mit Maybach die Luftfahrzeug-Motorenbau GmbH als Zuliefererbetrieb. Mit der Leitung des Unternehmens wurde Wilhelm Maybachs ältester Sohn Karl Maybach betraut. Maybach senior, mittlerweile auch nicht mehr der Jüngste, begnügte sich mit dem Posten eines technischen Beraters.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Deutschland die Produktion von Luftschiffen wie Flugzeugen verboten, die Luftfahrzeug-Motorenbau GmbH wurde in „Maybach-Motorenbau GmbH“ umbenannt. Ganz in der Maybachschen Tradition blieben Motoren für Fahrzeuge ein Schwerpunkt. So wurden beispielsweise schnelllaufende Dieselmotoren für den Einsatz in Lokomotiven entwickelt. Den legendären Dieselschnelltriebwagen der Deutschen Reichsbahn „Fliegender Hamburger“ trieben zwei Zwölfzylindermotoren mit je 410 PS von Maybach an. Ab 1921 wurden auch Automobile angeboten. 2300 Stück wurden insgesamt gefertigt. Legendär war das von einem Zwölfzylinder-V-Motor angetriebene Spitzenmodell „Zeppelin“. Dessen Vorstellung im Jahre 1930 erlebte Wilhelm Maybach nicht mehr. Er starb am 29. Dezember 1929 in Stuttgart.

TRANSRAPID SHANGHAI

Im Alltagsbetrieb bewährt

Vor 20 Jahren begannen die Bauarbeiten an der Trasse der Magnetschwebbahn

VON HERMANN FLESSNER

Ende des vergangenen Jahrtausends bekräftigte die Volksrepublik China ihr Interesse an der in Deutschland für den Hochgeschwindigkeitsverkehr entwickelten Magnetschwebbahn Transrapid. Am 4. November 1999 unterzeichneten das Pekinger Forschungsministerium und das Hersteller-Konsortium des Transrapid eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit.

Am 23. Januar des Jahres 2001 einigte sich China mit dem Konsortium auf eine Transrapid-Strecke zwischen dem Finanzzentrum Shanghai und dem internationalen Flughafen Pudong. Die Spitzenvertreter des Transrapid-Konsortiums und der chinesische Betreiber setzten in Anwesenheit von Bürgermeister Xu Kuangdi ihre Unterschriften unter den Vertrag. Zur Unterzeichnung in Shanghai war aus der Hauptstadt der Volksrepublik China je ein Vizeminister des Außenhandels-, des Wissenschafts- und Technologie- sowie des Eisenbahnministeriums

angereist. Vor 20 Jahren, am 1. März des Jahres 2001, begann dann der Bau der Transrapidtrasse in Shanghai.

Das Transrapid-Projekt wurde in weniger als zwei Jahren von den Chinesen mit ihrem deutschen Partner fertigge-

stellt. Am 28. Dezember 2002 flog der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Einweihung der weltweit bis heute ersten kommerziellen Transrapid-Strecke nach China. Am Silvestertag fand die Jungfernfahrt auf der Strecke zwischen Shanghai und dem Flughafen Pudong statt.

Der Shanghai Maglev Train (SMT) fährt die Strecke in etwa acht Minuten, bei einer maximalen Betriebsgeschwindigkeit von 431 Kilometern in der Stunde. Während der nicht kommerziellen Testläufe erreichte der Transrapid am 12. November 2003 die Rekordgeschwindigkeit von 501 Kilometern in der Stunde.

Seit Januar 2004 ist der SMT im kommerziellen Regelbetrieb, im täglichen Einsatz, und das mit einer hohen Verfügbarkeit und Pünktlichkeit von 96 beziehungsweise 99 Prozent. 36 Fahrzeugsektionen stehen hierfür zur Verfügung, die zu Fahrzeugen mit drei, fünf und sechs Wagen verkoppelt werden können. Bisher sind auf der rund 30 Kilometer langen Strecke zwischen dem Flughafen

Pudong International sowie dem Stadt- und Finanzzentrum etwa 90 Millionen Passagiere befördert worden. Das System verkehrt jeden Tag von 6 bis 23 Uhr.

Neben der intensiven Nutzung im Regelbetrieb fungiert die Strecke als Testanlage für Magnetbahnweiterentwicklungen. Immerhin plant China, bis zu elf neue Magnetbahnstrecken in den kommenden Jahren in Betrieb zu nehmen. Laut dem in der Presse schon einmal als „Transrapid-Papst“ oder „Vater des Transrapid“ bezeichneten Verkehrswissenschaftler Peter Mních zeigen die Daten aus Shanghai die Marktreife des Transrapid. Die Flughafenverbindung habe bewiesen, dass die deutsche Magnettechnologie sich auch im Rund-um-die-Uhr-Betrieb bewähre. Aus diesen Erfahrungen sei die Magnetbahn Transrapid ein Vorbild für ein modernes Bahnsystem in der Welt.

● Prof. Dr. Hermann Flessner ist Mitglied des internationalen Magnetbahn-Verbandes International Maglev Board (IMB).



In Shanghais Bahnhof Lóngyáng: Der Shanghai Maglev Train

Foto: Brakeet

VON ERIK LOMMATZSCH

Der Name Alexander von Humboldt ist ein Begriff. Verbunden wird er in erster Linie mit der Erforschung Lateinamerikas, die er quasi im Alleingang unternahm. Vergleichsweise wenig bekannt hingegen ist der Name Philipp Franz von Siebold. Zu Unrecht, hat doch der nur eine Generation jüngere gebürtige Würzburger Vergleichbares für Japan geleistet. In zwei jeweils mehrjährigen Aufenthalten legte er umfangreiche Sammlungen an, um das Land zoologisch, ethnologisch, geographisch, linguistisch, historiographisch und kulturell zu erschließen. Die Botanik war ihm ein besonderes Anliegen. Noch immer wird auf das von ihm zusammengetragene Material zurückgegriffen, er war wesentlicher Wegbereiter der Wissenschaftsdisziplin Japanologie. Das Andenken Siebolds, für den der ostasiatische Staat „das interessanteste Land der Welt“ darstellte, wird bis heute dort wesentlich intensiver gepflegt als in seiner deutschen Heimat.

Geboren wurde Siebold vor 225 Jahren, am 17. Februar 1796, als Spross einer Medizinerfamilie. Sein früh verstorbener Vater war der Arzt, Geburtshelfer und Professor der Physiologie Georg Christoph Siebold, sein Großvater der bekannte, später nobilitierte Chirurg Carl Casper Siebold.

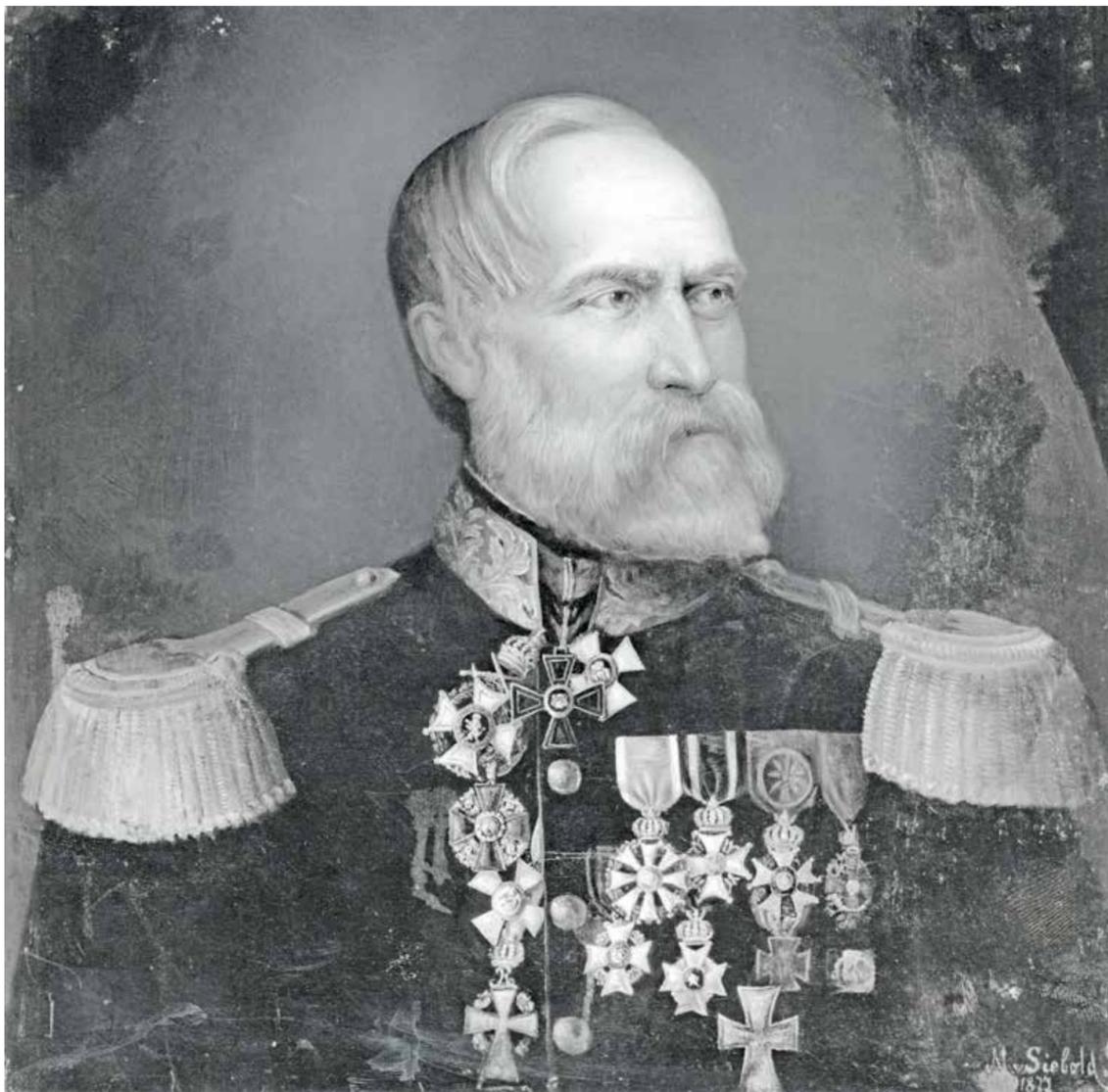
Siebold entschied sich ebenfalls für das Studium der Medizin. Im Oktober 1820 wurde er promoviert. Er trat in die Dienste der Niederländer, um als Sanitätsoffizier in deren ostindischen Besitzungen tätig zu werden, getrieben von seinen weit gefassten Interessen und seinem Erkenntnisdrang. Damals formulierte er: „Die Naturgeschichte ... war es, die mich zu einem solchen Schritte in andere Weltteile bestimmte, und sie wird es auch sein, die die Möglichkeit tüchtiger Resultate meiner Reisen begründet.“

Siebold-Affäre

Zunächst wirkte Siebold einige Monate auf Java, bevor er mit einer besonderen Aufgabe betraut wurde. Der Generalgouverneur in Batavia, Godert van der Capellen, schickte ihn als Arzt zur Faktorei auf Dejima. Dabei handelte es sich um eine künstlich aufgeschüttete Insel in der Bucht von Nagasaki. Siebold erreichte seinen neuen Arbeitsplatz im August 1823. Mittels ihrer dortigen Handelsniederlassung waren die Niederlande der einzige europäische Staat, mit dem Japan entsprechenden Austausch pflegte. Bis zur eher zögerlichen, teils erzwungenen Öffnung in der letzten Phase ab Mitte der 1850er Jahre schottete sich das Land während des Tokugawa-Shōgunats (1603–1868) konsequent von der Außenwelt ab, vor allem vom Westen.

Der Aufenthalt der Niederländer, zu denen Siebold aufgrund seiner Anstellung gezählt wurde, war grundsätzlich streng auf Dejima beschränkt, das Festland durfte nur in Ausnahmefällen betreten werden. Trotz der Isolation war man in Japan an Entwicklungen und Neuerungen aus der westlichen Welt hochgradig interessiert. Siebold wirkte einerseits als Arzt, andererseits als Vermittler und Lehrer. Es spricht für das Ansehen, das er sich erworben hatte, dass er bald außerhalb von Dejima, in dem vor Nagasaki gelegenen Narutaki, eine Art Schule betreiben konnte, in der er zugleich Patienten versorgte. Seine Starbehandlung wurde geschätzt. Eine von ihm durchgeführte Pockenimpfung blieb zwar erfolglos, da das Serum aufgrund schlechter Lagerung keine Wirkung entfaltete. Dennoch gilt er als derjenige, der diese medizinische Innovation in Japan eingeführt hat.

Siebold entfaltete eine umfangreiche Sammeltätigkeit. Da er sich nicht frei bewegen konnte, war es von Bedeutung, dass er von japanischer Seite eine Vielzahl von Gegenständen als Geschenk bekam. Das ermöglichte ihm ein Vorantreiben seiner Studien. Seine „Schüler“, de-



Philipp Franz von Siebold: Gemälde aus dem Jahre 1877

Foto: akg images

PHILIPP FRANZ VON SIEBOLD

Ein Deutscher war Wegbereiter der Japanologie

Der vor 225 Jahren zur Welt gekommene Wissenschaftler ist im „interessantesten Land der Welt“ weitaus bekannter als in seiner Heimat

nen er „Doktor diplome“ ausstellte, fertigen Berichte und Studien über Geschichte, Sitten, Bräuche und dergleichen an, die zu einer systematischen Erschließung des Phänomens „Japan“ erheblich beitrugen. Zu Gelehrten unterhielt Siebold zahlreiche Kontakte und sagte wohl zu Recht: „Mein Haus ist eine Universität, da in allen Wissenschaften gearbeitet wird.“

Der Leiter der Faktorei Dejima hatte alle vier Jahre eine Hofreise nach Edo, das heutige Tokio, zu unternehmen. Dies war eine der wenigen Gelegenheiten für die Niederländer, ins Innere Japans zu gelangen. Auf der 1826 anstehenden Reise gehörte Siebold zu der lediglich dreiköpfigen Gruppe, die dem Shōgun ihre Reverenz erweisen durfte. Sein Wunsch nach der Möglichkeit zu weiteren Erkundungen des Landes erfüllte sich jedoch nicht.

Bezeichnend ist, dass ihn seine japanische Lebensgefährtin, Sonogi Otaki aus der Familie Kusumoto, nicht nur nicht heiraten durfte, sie musste sich als Kurtisane registrieren lassen, um bei ihm leben zu können. Auch durfte sie wie ihr gemeinsames Kind, Kusumoto Ine, später nicht mit ihm ausreisen.

Ein eingebürgerter Preuße

Als sein Dienst zu Ende ging und er sich anschickte, zwecks Auswertung seiner Sammlungen in die Niederlande zurückzukehren, kam es im August 1828 zu einem Eklat, der sogenannten Siebold-Affäre. In Siebolds Gepäck wurden Landkarten und andere Dinge gefunden, deren Ausfuhr streng untersagt war. Siebold wurde als vermeintlicher Spion festgehalten, viele seiner japanischen Freunde kamen in Haft. Verlassen durfte er Japan dann erst

im Oktober des Folgejahres. Er wurde auf Lebenszeit aus dem Land verbannt.

Zunächst kam er nach Leiden. 1847 siedelte er nach Boppard über und wurde preußischer Staatsangehöriger. Später ging er nach Bonn. Die Universitätsstadt bot ihm gute Arbeitsbedingungen. Neben Werken über Flora und Fauna und einem Atlas ist die elfbändige Darstellung „Nippon. Archiv zur Beschreibung von Japan und dessen Neben- und Schutzländern“ Siebolds Hauptwerk. Tiere und Pflanzen wurden nach ihm benannt, etwa „Siebolds Magnolie“.

Durch Beratung und Vermittlung hatte Siebold Anteil an der Öffnung Japans gegenüber dem Westen. Profitieren sollte er davon auch selbst. Von 1859 bis 1862 konnte er, trotz des Verbannungsurteils, ein zweites Mal Japan besuchen. Wiederrum betrieb er umfassende Studien, überwarf sich aber mit den Niederländern, in deren Dienst er bis dahin stand. Eigenmächtigkeiten wurden ihm vorgeworfen. Die japanische Regierung, die in einer angespannten Lage Konflikte vermeiden wollte, wurde dazu bewegt, ihn zum Verlassen von Edo aufzufordern, wo er zuletzt gewirkt hatte. Schließlich schied Siebold zum zweiten Mal im Unfrieden von dem Land mit dem seiner Einschätzung nach „zivilisiertesten Volke der alten außereuropäischen Welt“.

Am 18. Oktober 1866 ist er in München gestorben, wo er an einer Ausstellung seiner Sammlungen arbeitete. Noch heute verfügt das ehemalige Staatliche Museum für Völkerkunde, das seit 2014 den Namen „Museum der Fünf Kontinente“ trägt, über die Exponate seiner zweiten Japanreise.

Kurzporträts



FOTO: WWW.HAN.MANUELV



FOTO: BUNDESMUSEUM



FOTO: LINDBERANT

Carl Casper Siebold gilt als der Begründer der modernen Chirurgie. Im Jahre 1801 wurde er für seine Verdienste in den Reichsritterstand erhoben

Der niederländische Staatsmann **Godert van der Capellen** war Kolonialminister und von 1815 bis zu seiner Abberufung 1825 Generalgouverneur in Batavia

Die 1827 auf Dejima geborene und 1903 in Miamiana, Azabu, gestorbene **Kusumoto Ine** wirkte als Frauenärztin, Geburtshelferin und Leibärztin der Kaiserin

HANS BÖCKLER

70. Todestag des ersten DGB-Chefs

Mittlerweile dürfte die Hans-Böckler-Stiftung bekannter sein als der Namensgeber des Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerks des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Dabei ist der erste Vorsitzende des DGB nicht ganz unwichtig. Dieses gilt vor allem für die Angehörigen der Montanindustrie sowie die Flüchtlinge und Vertriebenen.

Johann Georg „Hans“ Böckler gehörte noch zu jener Generation von Gewerkschaftsfunktionären, die nicht nach der Schulausbildung Soziologie, Politologie oder Pädagogik studiert und nie eine Werkhalle längere Zeit von innen gesehen haben, sondern zu denen, die noch aus der Arbeiterschaft stammten, selbst Arbeiter waren. Als der am 26. Februar 1875 in Trautskirchen geborene Franke 13 Jahre alt, also gerade „Teenager“ geworden war, wie man heute sagen würde, musste er den Schulbesuch abbrechen, um nach dem Tod des Vaters dessen Rolle als Ernährer einer sechsköpfigen Familie zu übernehmen. Er wurde Gold- und Silberschläger. 1894 trat er in die SPD und die Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiter-Verband ein. Im Kaiserreich und der anschließenden Weimarer Republik machte er Karriere in Gewerkschaft und Politik, ohne allerdings sonderlich hervorzutreten. Über die anschließende Ära sagte er selbst: „In der Nazizeit habe ich einfach meine Pflicht getan, war wiederholt in Schutzhaft und wurde, wie so viele andere, wirtschaftlich vernichtet.“

Nach dem Krieg startete er durch. Abgesehen von seiner Abgeordneten-tätigkeit im Landtag des neugeschaffenen Kunststaates Nordrhein-Westfalen wirkte er am Wiederaufbau der Gewerkschaften in Köln und der britischen Besatzungszone mit. Nach dem Zusammenschluss mehrerer Einzelgewerkschaften zum Gewerkschaftsbund in der britischen Besatzungszone im Jahre 1947 übernahm er dessen Vorsitz. Wenige Monate nach



FOTO: ANDREAS BECK

Hans-Böckler-Büste des Ostpreußen Georg Fuhg auf dem Kantplatz in der Böcklersiedlung in Neumünster

der Verkündung des Grundgesetzes wählte der Deutsche Gewerkschaftsbund auf seinem Gründungskongress in München 1949 Hans Böckler zum ersten Vorsitzenden der neugeschaffenen Einheitsgewerkschaft.

Böckler waren nun nur noch zwei Jahre beschieden bis zu seinem Ableben am 16. Februar 1951 infolge eines Herzinfarktes. Mit Bundeskanzler Konrad Adenauer einigte sich der DGB-Chef auf die Montanmitbestimmung. Für die Flüchtlinge und Vertriebenen gewann er besondere Bedeutung durch die Initiierung des ERP-Sonderprogramms „10.000 Flüchtlingswohnungen“. Dessen größtes Einzelprojekt ist die heute noch bestehende Böcklersiedlung in Neumünster, an deren Grundsteinlegung er 1950 noch selbst teilnahm.

Manuel Ruoff

VON ROBERT MÜHLBAUER

Anetta Kahane ist eine der umtriebigsten politischen Aktivistinnen in Deutschland, sie gilt als eine Art Spinne im Netzwerk linker Organisationen und Antifa-Initiativen. Die 66-Jährige ist Gründerin und Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS), einer politisch und medial bestens vernetzten Kampagnen- und Beratungsorganisation. Diese erhält Millionen Euro an Steuergeldern für angebliche Demokratie-Projekte und zum „Kampf gegen Rechts“, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, Antisemitismus oder auch Antifeminismus, wobei man alles fröhlich vermischt und auch Konservative denunziert.

Immer wieder gibt es aber Kontroversen um Kahanes eigenen Hintergrund, ihre Vergangenheit als Stasi-IM in der DDR. Jetzt wird wieder darüber gesprochen. Ausgerechnet deshalb, weil die Zeitschrift „Geschichte für heute“, das Magazin des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD), in der Besprechung eines Buchs von Kahane Zensur geübt hat. Der Historiker und Stasi-Forscher Hubertus Knabe hatte einen von Kahane herausgegebenen Sammelband „Nach Auschwitz. Schwieriges Erbe DDR“ rezensiert. Einige der Texte hätten DDR-apologetischen Charakter, kritisiert Knabe dort. Aus seiner Sicht spielt dabei der biographische Hintergrund der Herausgeber eine Rolle.

Engste Umgebung denunziert

Nicht nur, dass Co-Herausgeber Patrice Poutrus einst hauptamtlicher FDJ-Funktionär war, der nach eigenen Angaben vom DDR-Untergang tief getroffen war. Auch die Tatsache, dass Kahane für die Stasi spitzelte, erwähnt Knabe. Aber dieser gesamte Passus in der Besprechung fehlte auf wundersame Weise in der gedruckten Ausgabe der Zeitschrift. Der zuständige Redakteur Uwe Walter, Professor an der Uni Bielefeld, war nicht darüber informiert worden. „Zensur bei der Zeitschrift ‚Geschichte für heute‘“, urteilte die „Frankfurter Allgemeine“, die vorige Woche in einem Artikel auf den Vorgang aufmerksam machte.

Dass Anetta Kahane, geboren 1954 in Ost-Berlin als Tochter kommunistischer, jüdischer Eltern, in den Jahren 1974 bis 1982 unter dem Decknamen „IM Victoria“ für die DDR-Staatssicherheit gespitzelt hat, ist seit Längerem bekannt. Angeworben wurde sie damals „auf politisch-ideologischer Grundlage“. Ihr Vater Max Kahane war Chefkommentator beim SED-Blatt „Neues Deutschland“, seine Ansichten prägten offenbar die Tochter. In mehr als 70 handschriftlichen Berichten gab sie detailliert über Freunde und Bekannte, auch Begegnungen mit chilenischen Emigranten und Diplomaten, über private Treffen und Hochzeitsfeiern Auskunft. Für ihre Stasi-Berichte erhielt sie



Schrieb mehr als 70 Berichte an die Stasi: Anetta Kahane auf einer Pressekonferenz im November 2020 in Berlin

Foto: imago images/photothek

AMADEU-ANTONIO-STIFTUNG

Zensur zugunsten einer Stasi-Spitzelin

Die Linke Anetta Kahane will ihre Vergangenheit beschönigen – und die Zeitschrift des Geschichtslehrerverbandes streicht peinliche DDR-Hintergründe über die Polit-Aktivistin

Geldprämien, einen goldenen Füller, Schnaps, Zigaretten und Kuchen.

Sie urteilte in ihren Spitzelberichten gern über die Leute, etwa über die „sehr rechte politische Einstellung“ der Hochzeitsgäste. Auch über Sympathisanten des ausgebürgerten DDR-Liedermachers Wolf Biermann informierte Kahane ihren Stasi-Führungsoffizier. All das konnte Menschen in der DDR in eine brenzlige Lage bringen. 1982 beendete sie ihre Stasi-Zusammenarbeit. Später hat Kahane ihre IM-Tätigkeit heruntergespielt und beschönigt, ja sich sogar selbst als Opfer dargestellt und die verlogene Floskel aufgeflogener Stasi-Denunzianten heruntergeleiert, sie selbst habe niemandem Nachteile gebracht. Knabe, der viele Jahre die Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen leitete, glaubt ihr das aber nicht.

Der deutsch-israelische konservative Schriftsteller Chaim Noll hat jüngst in einer wütenden Kritik, die in der „Jüdischen Rundschau“ veröffentlicht wurde, Kahane vorgeworfen, sich auch an der Verfolgung von Juden in der DDR beteiligt zu haben. „Genau das hat Anetta Kahane getan (zum Beispiel, als sie die Brüder Brasch bei der DDR-Staatssicherheit als ‚Feinde der DDR‘ denunzierte, Klaus

Brasch nahm sich wenig später das Leben“, schreibt Noll. „Ausgerechnet diese Spezialistin wurde von der Regierung Merkel ausgesucht, die Deutschen über Antisemitismus zu belehren.“

So stellt sich schon die Frage, warum die Stasi-Informantin nach der deutschen Vereinigung ungehindert Karriere machen konnte und ob Kahane als leitende Figur in der politischen Bildungsarbeit der Bundesrepublik geeignet ist. Ein beliebtes Mittel der Stasi zur „Zersetzung“ missliebiger Personen war es, sie als Rechtsextreme oder Faschisten zu brandmarken. In dieser Manier stellt auch Kahanes Amadeu-Antonio-Stiftung politisch missliebige Gegner oder Publikationen leichtthin als anti-demokratisch und rechtsextrem dar.

Millionen Euro an Steuergeldern

Vor einigen Jahren etwa förderte die AAS das „Neue Rechte Wiki“, das nicht nur NPJ und Nationalsozialisten, sondern auch – wie die „FAZ“ kritisch schrieb – diverse AfD-Politiker, Thilo Sarrazin, die konservative Autorin und Gender-Kritikerin Birgit Kelle, die CDU-Mitglied ist, sowie die „Demo für Alle“, einen Zusammenschluss konservativer Familienaktivisten,

präsentierte. „FAZ“-Autor Rainer Meyer schrieb von einer „Prangerseite“, die Neonazis und CDU-Leute nebeneinander stelle.

Nach Kritik wurde diese Seite vom Netz genommen. Gelegentliche Rückschläge haben die Amadeu-Antonio-Stiftung und ihre Chefin aber nie ausgebremst, sondern sie machen munter weiter. Kahane wurde von Heiko Maas (SPD), damals Justizminister, 2015 in eine Arbeitsgruppe berufen, die sich gegen „Hassbotschaften“ im Internet engagieren sollte. Und sie war beteiligt an einer sogenannten „Initiative für Zivilcourage online“. Letztlich geht es darum, unliebsame Meinungsäußerungen im Internet und besonders bei Facebook zu bekämpfen. Ihr Stiftungsbeirat ist mit prominenten und einflussreichen Leuten bestückt. Auch Stefan Kramer, der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, der jetzt ein SPD-Bundestagsmandat anstrebt, ist dabei.

Kahanes Stiftung wird mit Steuergeld regelrecht zugeschüttet. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts hat sie schon einen zweistelligen Millionenbetrag an Zuschüssen verschiedener Ministerien erhalten. Das Eigenkapital der Stiftung ist auf mehr als 2,5 Millionen Euro gewachsen. Der Jurist und Steuerberater Ansgar

Neuhof nannte sie ironisch die „Amadeu-Antonio-Bank“. „Der Kampf gegen Rechts lohnt sich.“ Laut dem jüngsten Jahresbericht erhielt sie 2018 allein 2,76 Millionen Euro Zuschüsse und 1,5 Millionen Euro Spenden, mit denen sie Hunderte Projekte finanziert, etwa „No World Order – Handeln gegen Verschwörungsideologien“ oder „LSTBI* Personen im ländlichen Raum sichtbar machen“. Ihre „Fachstelle Gender und Rechtsextremismus“ entwickelt „kommunale und strukturelle Handlungsstrategien gegen antifeministische Bestrebungen“. Besonders das Bundesfamilienministerium von Franziska Giffey (SPD) ergießt einen steten warmen Geldregen über die AAS.

Jüngst hat sich die Bundesregierung auf ein weiteres Maßnahmenpaket in Höhe von einer Milliarde Euro im „Kampf gegen Rechts“ für die Jahre 2021 bis 2024 geeinigt, im Durchschnitt 250 Millionen Euro pro Jahr. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass auch Kahanes Stiftung es verstehen wird, sich von diesem Paket eine dicke Scheibe zu sichern. Und ganz offensichtlich schafft sie es auch weiterhin, sich gegen Kritik an Stasi-Vergangenheit und politischer Denunziationsarbeit zu immunisieren.

CORONA-ZAHLEN

WHO geht auf kritische Distanz zu PCR-Tests

Labornachweise sagen laut Weltgesundheitsorganisation wenig über tatsächliche Infektion aus – Genauere Prüfung gefordert

PCR-Tests galten bislang als „diagnostischer Goldstandard“ beim Nachweis von Infektionen mit dem Virus SARS-CoV-2. Und wenn die so ermittelte Häufigkeit der „Corona-Fälle“ zunahm, lieferten sie der Politik auch die Ermächtigung zur Einschränkung der Bürgerrechte und Knebelung der Wirtschaft.

Allerdings sind diese Tests inzwischen in Verruf geraten, weil sie eben nicht nur die Existenz kompletter und somit vermehrungsfähiger Viren anzeigen, sondern ebenso auf ungefährliche Genfragmente des Erregers ansprechen. Dabei müssen diese Virusschnipsel vom Labor allerdings noch mühsam künstlich vermehrt

werden, um überhaupt die Schwelle des Messbaren zu erreichen und somit dann irgendwann auch zu einem positiven Resultat zu gelangen.

Bis zu 97 Prozent falsch positiv?

Deshalb sah sich nun sogar die Weltgesundheitsorganisation (WHO) veranlasst, in ihrer „Information Notice 2020/5“ vom 20. Januar vor einer Fehlinterpretation der Testergebnisse zu warnen. Die neue Richtlinie besagt, dass die Diagnose von Corona-Infektionen nicht mehr allein aufgrund der Labor-Nachweise erfolgen solle. Vielmehr seien auch die Krankengeschichte und Symptomatik

des Patienten angemessen zu berücksichtigen. Damit könnte die Pandemie bald genauso schnell vorbei sein, wie sie begonnen hatte, denn mittlerweile deutet vieles darauf hin, dass bis zu 97 Prozent aller PCR-Tests falsch positiv ausfallen.

Interessant ist dabei der Zeitpunkt, zu dem die WHO ihre Haltung zur Covid-19-Diagnostik änderte: Am 20. Januar erfolgte bekanntlich die Amtseinführung von Joseph Biden als 46. Präsident der Vereinigten Staaten. Und der hatte ja schon vorher versprochen, den von seinem Vorgänger eingeleiteten Austritt der USA aus der WHO nicht zu vollzie-

hen, womit die Weltgesundheitsorganisation wieder auf 116 Millionen US-Dollar mehr an Mitgliedsbeiträgen hoffen darf. Wenn also nun zukünftig wegen der jetzt veränderten Diagnose-Richtlinien der WHO die Zahlen der Corona-„Infizierten“ in den USA drastisch zurückgehen, dann steht Biden als das Genie da, welches es geschafft hat, dem Virus mit seinen Regierungskünsten Einhalt zu gebieten.

RKI bleibt bei umstrittener Methode

Dahingegen bleibt fraglich, ob die Weltgesundheitsorganisation auch Kanzlerin Merkel, Gesundheitsminister Spahn, Bay-

erns Ministerpräsident Söder und Co. zum Aufstieg in den Olymp der Pandemie-Bezwinger verhelfen kann. Denn das Robert-Koch-Institut in Berlin zählt trotz der neuen WHO-Vorgaben weiterhin „alle labordiagnostischen Nachweise von SARS-CoV-2 mittels Nukleinsäure-Nachweis (z. B. PCR) ... unabhängig von der klinischen Symptomatik als Covid-19-Fälle“.

So stand es am 27. Januar wieder im „Täglichen Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (Covid-19)“. Aber vielleicht ist hierzulande die Zeit einfach noch nicht reif für eine Rückkehr zur Normalität. *Wolfgang Kaufmann*



WINTEREINBRUCH

Schneemassen und Frost in Königsberg

Beschwerden über Räumdienst im Internet – Verwaltungschefin reagiert schnell

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Seit Jahren hatte es in Königsberg nicht mehr solche Schneemassen und einen derartigen Frost gegeben wie in diesem Jahr. Obwohl weltweit immer wieder über die Klimaerwärmung diskutiert wird, herrscht zurzeit im Königsberger Gebiet ein schneereicher und sehr kalter Winter, der die Leistungsfähigkeit der kommunalen Dienstleister auf die Probe stellt.

Die Reaktion der Bürger auf ungeräumte Bürgersteige Anfang Januar verbreitete sich rasend schnell in den sozialen Netzwerken. Wie sich dabei herausstellte, beobachten die Königsberger Behörden und die der Region die Einträge sorgfältig und antworten umgehend mit gegenteiligen Beiträgen und Kommentaren.

Fotos im Internet

Der erste Schnee fiel Mitte Dezember in Königsberg, und die neue Leiterin der Stadtverwaltung, Jelena Djatlowa, forderte die Bürger auf, sich als Hausmeister bei der Stadt zu bewerben, und versprach, auch alle zu beschäftigen. Djatlowa, die zuvor Regionalministerin für Infrastrukturentwicklung war, beaufsichtigte in dieser Funktion die Instandhaltung des regionalen Straßennetzes und war auch für die rechtzeitige Schneeräumung verantwortlich. Als Ministerin wies sie wiederholt auf den Mangel an Reinigungsmitteln auf den Straßen von Königsberg hin. In ihrer neuen Funktion hat sie zum ersten Mal die Gelegenheit, sich dieser Situation zu stellen und für Verbesserungen zu sorgen.

Nach den Neujahrsfeiern fiel im Januar erneut Schnee. Und aufgrund des Schneefalls begannen die Autofahrer der Region und des Gebiets, aktiv Fotos und Videos von schneebedeckten Straßen in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen. Die Behörden reagierten sofort darauf. Allein in der Nacht zum 15. Januar wurden Hunderte von Tonnen Sand- und Salzge-



Königsberg im Januar: Erstmals seit Jahren hat es wieder so stark geschneit, dass alle Fahrzeuge des Städtischen Winterdienstes im Einsatz sind *Foto: J.T.*

misch auf die Straßen der Region gestreut. Die Hauptstraßen des nördlichen Ostpreußens werden nachts intensiv vom Schnee befreit, um Staus im Berufsverkehr zu verhindern. In den Außenbezirken der Stadt blieb jedoch weiterhin Schnee auf den Gehwegen und der Fahrbahn liegen.

300 Tonnen Schnee beseitigt

Der Leiterin der Stadtverwaltung berichtete, dass allein über Nacht 300 Tonnen Schnee von den Straßen der Hauptstadt entfernt worden seien. Sie räumte allerdings ein, dass die Ergebnisse nicht über-

all in gleicher Weise sichtbar gewesen seien. Djatlowa versicherte, dass sie die Beschwerden der Stadtbewohner in den sozialen Netzwerken ständig überwache und darauf reagieren werde: „Wir versuchen, wenn möglich, dies noch schneller zu tun, als es in den staatlichen Vorschriften festgelegt wurde, die besagen, dass je nach Verkehrsintensität und Fußgängerstrom die Straßen nach dem Ende des Schneefalls innerhalb von drei bis zwölf Stunden gereinigt sein müssen.“

In Königsberg sind 56 Spezialfahrzeuge und 400 Hausmeister zum Winterdienst im Einsatz. Bei starkem Schneefall

oder Vereisung werden zusätzlich mobile Teams mit 80 Personen hinzugezogen, sollte die Kapazität des städtischen Räumdienstes nicht ausreichen.

In den vergangenen Jahren wurden in der Oblast Kaliningrad mehr als 50 neue Schneeräumfahrzeuge angeschafft, sodass sich die Gesamtzahl der Fahrzeuge insgesamt auf 250 erhöht hat. Und wenn es den Stadtwerken gelingt, ihre Aufgaben zu bewältigen, besteht die Hoffnung, dass der Schneefall nicht nur für Verdross sorgt, sondern auch Freude bringt, weil die Bürger dann einen richtigen Winter genießen können.

MELDUNGEN

Lovis-Corinth-Haus fertig

Tapiau – In Kürze soll das Elternhaus des ostpreußischen Malers Lovis Corinth als Museum eröffnet werden. Als Filiale des Königsberger Museums der Bildenden Künste geführt, wird dort die größte Sammlung der grafischen Arbeiten Corinths untergebracht sein. Bis vor Kurzem wurde das Haus umfangreich saniert. Es erhielt neue Fenster und Türen sowie ein neues Dach. Wenn die Installationsarbeiten im Inneren beendet und die Fassade verputzt sind, kann die Eröffnung stattfinden. Der regionale Minister für Sport und Tourismus, Andrej Jermak, hofft, dass sich das Lovis-Corinth-Museum zu einem touristischen Anziehungspunkt entwickelt, der Besucher auch in die Region abseits der Gebietshauptstadt und der Küstenorte führt. In dem im Jahr 1825 erbauten Haus in der damaligen Wasserstraße verbrachte der Impressionist Lovis Corinth die ersten acht Jahre seines Lebens. Die Tiere in den Ställen animierten ihn zu seinen ersten Malversuchen. *MRK*

Käse aus Insterburg

Groß Laßeningken – Der erste Käse mit Edelschimmel wurde in Groß Laßeningken im Kreis Insterburg produziert. Nach einigen Versuchen ist nun ein schmackhafter und würziger Käse entstanden, wie der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Genossenschaft, Roman Sokolow, dem „Königsberger Express“ erzählte. Die Milch stammt von lokalen Bauernhöfen. Der Käse wird in speziellen Kesseln gekocht und reift in einem kühlen Raum bei fast hundertprozentiger Luftfeuchtigkeit etwa 45 bis 60 Tage lang. Bislang sind 15 Personen mit der Käseherstellung beschäftigt. Wenn es der Genossenschaft gelingt, einen lang gereiften Hartkäse herzustellen, beabsichtigt sie, eine neue Käsefabrik zu bauen. *MRK*

KURISCHE NEHRUNG

Pläne für den Ausbau der Infrastruktur

Tourismus und Umweltschutz – Ein 44 Kilometer langer Fahrradweg soll bis an die Grenze zur Republik Litauen führen

Anfang Dezember jährte sich zum 20. Mal der Tag, an dem der Nationalpark Kurische Nehrung offiziell in die Liste des UNESCO-Welterbes aufgenommen worden ist. Seitdem hat der Nationalpark sich zu einem viel besuchten Ort entwickelt, der weltweit bekannt ist. Es entstanden neue touristische Routen, Informationsschilder wurden aufgestellt, die es vorher nicht gab. Allerdings lässt die Infrastruktur auf der Kurischen Nehrung ansonsten sehr zu wünschen übrig. Hat der litauische Teil der Kurischen Nehrung markante Veränderungen erfahren, die dazu geführt haben, dass die Infrastruktur denen der berühmten Seebäder im Westen nicht nachsteht, so gilt das für den russischen Teil der Nehrung nicht.

Seit vielen Jahren wird darüber gesprochen, mit dem Bau einer Fahrradrouten entlang der Nehrung zu beginnen. Fahrradwege, die ein wichtiges Attribut solcher Naturräume sind, fehlen noch. Nach den neuesten Informationen könn-

te ihr Bau in diesem Jahr beginnen. Ungerechnet 3,8 Millionen Euro wurden für die Arbeiten bereitgestellt. Der geplante Radweg soll drei Meter breit und 44 Kilo-

meter lang sein und von Cranz bis zur litauischen Grenze auf der Kurischen Nehrung führen. Sie soll entlang der Brand-schneise verlaufen, unter der Kabel ver-

legt werden. Entlang der Strecke sollen zudem Parkplätze, Rastplätze, Toiletten und andere Infrastruktureobjekte für Touristen entstehen.

Während der Radweg sich noch in der Planungsphase befindet, schießen verschiedene Verkaufspavillons und Kioske wie Pilze aus dem Boden. Der enorme Touristenstrom hat zu einem Anstieg des Angebots an Souvenirs, Bernsteinprodukten, Cafés und Restaurants geführt.

Auch bei Gebietsbewohnern beliebt

Die Verwaltung der Kurischen Nehrung versucht, den täglichen Touristenstrom zu kontrollieren und nach Möglichkeit auf eine Million Besucher pro Jahr zu begrenzen, um keine weitere Zerstörung des natürlichen Ökosystems zuzulassen. Eine der Maßnahmen ist die Erhöhung der Kosten für den Eintritt in den Nationalpark. Ab dem 1. Januar wurde die Gebühr für einen Besuch der Kurischen Nehrung von umge-

rechnet 1,65 Euro auf 3,30 Euro verdoppelt. Die Leitung des Nationalparks erhofft sich von der Gebührenerhöhung eine Reduzierung der Umweltschäden an der einzigartigen Natur der Kurischen Nehrung durch zu viele Besucher. Rentner und Schüler, die bisher von der Gebühr befreit waren, erhalten auch weiterhin freien Eintritt. Auch der Preis für die Einfahrt mit dem Auto in den Nationalpark bleibt mit 1,65 Euro unverändert. So muss ein Autofahrer, der auf die Kurische Nehrung fährt, seit dem 1. Januar knapp fünf Euro für sich und sein Auto zahlen sowie 3,30 Euro für jeden weiteren Passagier.

Vermutlich werden die neuen Preise den Strom der Autofahrer nicht einschränken, denn die Nehrung übt nicht nur auf Touristen, sondern auch auf die Bewohner der Region eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Selbst im Winter kommen viele hierher, um Zeit an der frischen Seeluft zu verbringen. *J.T.*



Für jeden Touristen ein Muss: Besuch der Kurischen Nehrung

Foto: J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Ewert, Hedwig, geb. **Tillert**, aus Lyck, am 10. Februar
Runge, Erna, geb. **Rogalski**, aus Lötzen, am 10. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Danielzik, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar
Klick, Erna, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Grondowski, Helmut, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Kummetz, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Ravn, Elfriede, geb. **Kuczinski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 11. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Buchau, Benno, aus Kastanien, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Krüger, Heinz, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Urmann, Gerda, geb. **Naujoks**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Duwe, Gertrud, geb. **Smolenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. Februar
Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Masur, Edith, geb. **Knorr**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Februar
Pfeiffer, Dr. Irmtraud, geb. **Kunze**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Sanders, Irmgard, aus Lorenzhall, Kreis Lötzen, am 5. Februar

Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar
Weiss, Ernst, aus Lötzen, am 11. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Elfert, Christel, geb. **Reinies**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Grytzan, Ilse, geb. **Pfluger**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Iwanzik, Edith, geb. **Koyro**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. Februar
Klein, Rudolf, aus Lyck, am 7. Februar
Redmer, Elfriede, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 11. Februar
Springer, Erich, aus Romau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Werner, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 6. Februar
Wieland, Edeltraud, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, am 7. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bielenberg, Margarete, geb. **Baumgart**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Däblitz, Heinz, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Fehrle, Hildegard, geb. **Schrubba**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Katzinski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Lüneberg, Dr. Hartmut, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 11. Februar
Melzer, Ruth, geb. **Thierenbach**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Olschewski, Walter, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 11. Februar
Puck, Alfred, aus Lyck, Falkstraße 21, am 5. Februar
Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beister, Ilse, geb. **Berger**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Broge, Günter, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 5. Februar
Denda, Heinz, aus Ortelsburg, am 9. Februar

Dreimann, Elfriede, geb. **Christochowitz**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 10. Februar
Jablonowski, Willy, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Loch, Magdalena, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 9. Februar
Neiß, Werner, aus Berkeln, Kreis Elchniederung und aus Wehlau, am 7. Februar
Rafael, Erich, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. Februar
Weiß, Lieselotte, geb. **Tylitzki**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Winzbeck, Ruth, geb. **Kotowski**, aus Monken, Kreis Lyck, am 8. Februar

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
 Masuren - Königsberg - Danzig
 Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blank, Herta, geb. **Keddies**, aus Waldreuten, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Februar
Friedriszik, Liselotte, geb. **Paulat**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Fornfeist, Ruth, geb. **Eremef**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 8. Februar
Gosdek, Lydia, geb. **Dorsch**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Hanneken, Willi, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Präkel, Klara, geb. **Wenzlawski**, aus Shudayen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar
Scheuer, Edith, geb. **Friese**, aus Walden, Kreis Lyck, am 5. Februar
Willwoll, Ruth, geb. **Bleyer**, aus Ebenrode, am 5. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Böttcher-Pannwitz, Hildegard, geb. **Przygodda**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Bubienko, Hildegard, geb. **Czypull**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Frei-Jortzik, Erna, geb. **Jortzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar

Günther, Horst, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Hanella, Eva, geb. **Toleikis**, aus Bersnicken, Kreis Fischhausen, am 6. Februar
Loosen, Horst-Wilhelm, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Pfeil, Willi, aus Fischhausen, am 10. Februar
Prietzl, Renate, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Schlicht, Kurt, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 9. Februar
Schwarz, Heinz, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Wilzewski, Lothar, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. Februar
Zimmermann, Heinz, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Augustsson, Gertrud, geb. **Dolenga**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Dietrich, Hildegard, geb. **Helbing**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 5. Februar
Gayk, Werner, aus Wallen, Försterei, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Godlinski, Reinhard, aus Neidenburg, am 6. Februar
Heberle, Margarete, geb. **Kopka**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Märtens, Hildegard, geb. **Wallat**, aus Arbtal, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Meyer, Charlotte, geb. **Werner**, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Radszuweit, Erika, geb. **Lange**, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Schramma, Ruth, geb. **Bendiks**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. Februar
Strauß, Erna, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Februar
Wegner, Adelgunde Elfriede, geb. **Bartsch**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 5. Februar
Zander, Heinz Gerhard, aus Kobbubude, Kreis Fischhausen, am 11. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Becker, Franz-Jörg, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 7. Februar
Borriß, Gerhard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 6. Februar
Domnik, Karl, aus Goldap, am 5. Februar
Eberstein, Edith, geb. **Lammek**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar
Felske, Hans, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 6. Februar
Fröhlich, Marianne, geb. **Kühn**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. Februar
Gralla, Reinhold, aus Friedrichshagen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Grigull, Gertrud, geb. **Osterhoff**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Krieß, Ingrid, geb. **Beitat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Krohm, Gerhard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 9. Februar
Lutz, Heinz, aus Lyck, am 5. Februar
Maus, Sabiene, geb. **Willamowski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 10. Februar
Milewski, Manfred, aus Lyck, am 6. Februar
Obermayr, Ursula, geb. **Ewert**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Ollesch, Helmfried, aus Ortelsburg, am 9. Februar
Rosenwald, Günther, aus Kodien, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Schwarz, Charlotte, geb. **Heinrich**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Seidel, Horst, aus Lötzen, am 7. Februar
Stadie, Alfred, aus Georgenhain, Kreis Gerdauen, am 8. Februar
Uhlich, Elfriede, geb. **Seidel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. Februar
Wohlert, Ute, geb. **Kagelmacher**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 8. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bösebeck, Annemarie, geb. **Both**, aus Ortelsburg, am 1. Februar
Brückner, Erika, geb. **Lengwennus**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

Fricke, Monika, geb. **Kröning**, aus Lötzen, am 9. Februar
Hoffmann, Doris, geb. **Liebe**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 5. Februar
Jünemann, Susanne, geb. **Schirmacher**, aus Worschiehen, Kreis Preußisch Eylau, am 11. Februar
Kagelmacher, Uschi, geb. **Kock**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Lerch, Sigrid, geb. **Sturat**, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 11. Februar
Naumann-Mielke, Waltraud, geb. **Naumann**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Reck, Lothar, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 6. Februar
Richter, Brunhild, geb. **Minuth**, aus Wehlau, am 7. Februar
Schützler, Waltraud, geb. **Justus**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 7. Februar
Sobottka, Dieter Jürgen, aus Osterode, am 9. Februar
Symanek, Helga, geb. **Brosch**, aus Omuleofen, Kreis Neidenburg, am 9. Februar
Tanz, Inge, geb. **Begitt**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 5. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bolk, Dorit, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 8. Februar
Larze, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-

den (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
 Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Kontakt

Redaktion Heimat
 Christiane Rinser-Schrut
 Telefon (040) 41400834
 Fax (040) 41400850
 E-Mail: rinser@paz.de
 Adresse: Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Eine starke Gemeinschaft

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Sie dürfen wählen

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Immer informiert

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg.

Haben Sie Fragen?

Weitere Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen: Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Matthias Habich

Hof. Der bekannte Schauspieler Matthias Habich wurde am 12. Januar 1940 in Danzig geboren. Mit fünf Jahren musste er zusammen mit seinen beiden Geschwistern und seiner hochschwangeren Mutter nach Hamburg fliehen. Seine Mutter brachte die Familie mit Kabarettstücken durch und so war ihm die Schauspielerei bereits in die Wiege gelegt. Nach Abitur und Besuch der Staatlichen Hochschule für Musik und Drama studierte Habich nach Angaben des Wikipediaeintrages in Paris und nahm Unterricht bei Lee Strasberg in den USA. Danach spielte er an verschiedenen Theatern, auch in Chur, Basel, Wuppertal, Zürich und München.

Sein erster großer Erfolg war 1973 die Hauptrolle im Fernseh-Sechsteiler „Die merkwürdige Lebensgeschichte des Friedrich Freiherrn von der Trenck“. Danach folgten „Die unfreiwilligen Reisen des Moritz August Benjowski“ und „Des Christoffel von Grimmelshausen abenteuerlicher Simplicissimus“, zwei Vierteiler, alle mit Regisseur Fritz Umgelter. Sein Kinodebüt gab Habich 1976 als eiskalter preußischer Offizier in „Der Fangschuss“. Es folgten zahlreiche Rollen in Theater und im Fernsehen. 2001 erhielt er den Deutschen Filmpreis für seine Leistung in Caroline Links preisgekröntem Drama „Nirgendwo in Afrika“. Im Kino war er in internationalen Produktionen wie „Der Vorleser“ oder „Waffenstillstand“ zu sehen. Für seine Rolle im Fernsehfilm „Ein halbes Leben“ erhielt er 2010 den Grimme-Preis. Im November 2020 war Matthias Habich im Fernsehfilm „GOTT“ nach dem Theaterstück von Ferdinand von Schirach

zu sehen. Neben seiner umfangreichen Arbeit für Film, Theater und Fernsehen hat sich Matthias Habich auch einen Namen als Sprecher gemacht. So hört man ihn als Alberto Knox in „Sofies Welt“ oder als Mechaniker in „Fräulein Smillas Gespür für Schnee“.



2019 noch geehrt: Hans Poweleit inmitten von Ingrid und Norbert Uschald, Edith Poweleit, Rainer Claaßen, Rainer Wagner (v. l.). Foto: privat

Trauer um Hans Poweleit

Weiden. Die Kreisgruppe Weiden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen trauert um ihren langjährigen Vorsitzenden Hans Poweleit, der am 13. Januar in einem Weidener Seniorenheim im Alter von 93 Jahren verstarb. Er wurde am 12. September 1927 in der ostpreußischen Gemeinde Dwarischken (Löbelshorst) im Kreis Pillkallen (Schloßberg) geboren. Nach der Vertreibung und mehrjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft engagierte er sich in der am 22. Januar 1949 gegründeten Kreisgruppe – unter anderem im Sängerkor. 1952 heiratete er die ebenfalls aus Ostpreußen stammende und in der Landsmannschaft aktive Renate Konietzka. Aus dieser Ehe, 2015 verstarb seine Gattin, gingen die Kinder Peter und Anita hervor. Später konnte er auch auf zwei Enkelkinder und sechs Urnenkel stolz sein.

Nach Beginn seines Vorruhestandes 1985 konnte der Kamin- und Ofenmaurer noch mehr Zeit für seine landsmannschaftlichen Aktivitäten aufbringen. 1988 übernahm er von seinem Vorgänger Anton Radigk den Vorsitz der Kreisgruppe, den er bis 2012 innehatte. Sein Nachfolger wurde sein Neffe Norbert Uschald. Danach stand er bis zuletzt noch als 2. Vorsitzender mit Rat und Tat zu Verfügung. Beim 70-jährigen Gründungsjubiläum der Kreis-

gruppe im Jahre 2019 wurde er als Gründungsmitglied geehrt. Weitere Ehrungen für seine ehrenamtlichen Tätigkeiten wurden ihm durch den Bundesverband der LO zuteil, ebenso für seine Mitarbeit beim Bund der Vertriebenen und beim Heimatring Weiden. Seine Liebe zur Heimat, seine Bodenständigkeit und sein Bestreben, ostpreußische Kultur und Geschichte zu pflegen, waren vorbildlich und werden auch künftig für die Kreisgruppe wegweisend sein. *Norbert Uschald*



Bremen

Kalender

Bremen. Der Vorstand der Ost- und Westpreußen bedauert es sehr, dass sich unsere Mitglieder und Förderer weiterhin nicht treffen

dürfen. Auch der traditionelle „Bremer Ostpreußentag mit Königsberger Klopfen“, der alljährlich im Februar eine Möglichkeit zum geselligen Beisammensein bot, wird in diesem Jahr leider nicht stattfinden können.

Angesichts all dieser Absagen und Einschränkungen wurde unseren Mitgliedern ein wunderschöner Bildkalender, den die Bundesorganisation der Landsmannschaft Westpreußen für das Jahr 2021 herausgebracht hat, zugeschickt. Er soll eine kleine Entschädigung sein und unser Zusammengehörigkeitsgefühl stärken.

Die Übersendung ist ein Dankeschön und soll Zuversicht übermitteln, dass Ihre Landsmannschaft auch in Zukunft nicht nachlassen wird, die Erinnerung an Ost- und Westpreußen im öffentlichen Bewusstsein zu bewahren. Tatsächlich eignet er sich mit seinen Bildern und Texten auch sehr gut, Kultur und Geschichte der Landschaft an der untern Weichsel ins Gedächtnis zu rufen.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Treffen im April geplant

Oldenburg. An unsere Freunde Ostpreußens und Westpreußens in Oldenburg. Noch haben uns die Auswirkungen der augenblicklichen Corona-Pandemie fest im

Griff, und es fällt uns schwer, perspektivisch eine Fortsetzung unserer Veranstaltungen zu planen. Aber wir wollen uns nicht in der Untätigkeit verlieren, sondern trotz alledem in die Zukunft schauen. Wir sind abhängig von der Wiedereröffnung der Gastronomie, das heißt unserer Tagungsstätte, weshalb wir ein Vorgehen nur mit unserem Wirt planen werden. Wir sind optimistisch, dass wir, obgleich wir auf die Monate Februar und März verzichten müssen, ganz vorsichtig für den Monat April unsere Veranstaltungen wieder vorbereiten können. Unseren treuen Mitgliedern und Freunden werden wir rechtzeitig Einladungen schicken, und wir bitten alle, die uns wohlgesonnen sind, geduldig abzuwarten und uns auf keinen Fall zu vergessen. Ostpreußen lebt, und wir kommen wieder.

G. Borchers



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Rundschreiben

Bad Oldesloe. Liebe Ost- und Westpreußen, in Bad Oldesloe und Tremsbüttel, wenn wir uns nicht treffen können, will ich versuchen, jeden Monat ein Rundschreiben zu verfassen und ein Thema zu behandeln, wie wir es gewohnt sind. So wollen wir unseren Zusammenhalt nicht verlieren.

Der Heidedichter Hermann Löns Immer wieder stelle ich fest, dass der Heidedichter Hermann Löns in der Literatur nur auf die Lüneburger Heide reduziert wird. Er wurde am 29. August 1866 in Kulm an der Weichsel geboren und machte seine ersten Landschafts- und Tierbeobachtungen in der Tucher Heide in Westpreußen. Schon früh entstand seine Landschafts- und Liebeslyrik, die er später in der Lüneburger Heide fortsetzte (zum Beispiel „Der klei-

ne Rosengarten“, 1911). Bekannt sind seine Tiergeschichten (wie „Mümmelmann“, 1909) Löns war Jäger, Natur- und Heimatdichter, Naturforscher und Naturschützer. Er beschäftigte sich aber auch mit anderen Themen. Dazu gehört ein Roman aus dem Stoff des Dreißigjährigen Krieges. Hermann Löns war Soldat im Ersten Weltkrieg. Am 26. September 1914 ist er bei Reims (Frankreich) gefallen. Sein Grab befindet sich in Mühren an der Oerze in der Lüneburger Heide. Die Löns-Gesellschaft kümmert sich um den Erhalt seines (geistigen) Erbes. *Gisela Brauer*

Streifzug durch unsere Lyrik

Schwarzenbek. Unsere Januarveranstaltung „Bunter Nachmittag“ musste wegen der Coronapandemie ausfallen. Deshalb haben wir sie in digitaler Form durchgeführt.

Es sollte in diesem Jahr ein Streifzug Ost- und Westpreußischer Kunst und Liedgutes und Darbietung von Werken ost- und westpreußischer Künstler sein.

Der 1. Vorsitzende, Peter Gerigk, moderierte durch die Veranstaltung. Es begann mit dem alten ostpreußischen Lied „Es dunkelt schon in der Heide“ Der Dichter des Liedes mag vor über 500 Jahren eine Vision gehabt haben, als er in der vierten Strophe von der Oder sprach, des Schicksalsstroms für uns Vertriebene 1945 und danach. Es geht weiter mit der Ostpreußischen Stampfpolka, einer Volksweise aus Masuren. Marion Lindt trägt danach in ostpreußischer Mundart das Gedicht „Brief an den treulosen Heinrich“ vor. Es folgt ein Volkslied aus Masuren „Ging ein Weiblein Nüsse schütteln“. Alfred Lau trägt dann in seiner unverkennbaren ostpreußischen Mundart vor „Nu aber Schluss“. Marion Lindt folgt in ostpreußischer Mundart mit „Omas Schaff“ und Lau mit „De Brautschau“.

Freude haben wir an Ännchen von Tharau, das Lied, das fast zur Nationalhymne Ostpreußens gewor-

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



**Prämie 2:
Renaissanceglobus**

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE

FORUM BALTIKUM – DITTCHENBÜHNE

Ein Festschmaus für zu Haus

Dittchenbühne kocht Graue Erbsen

Gute Nachricht für die Freundinnen und Freude eines zünftigen Grauen-Erbsen-Schmauses: Auch in diesem Jahr wartet die Küche des Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ am Faschingsdienstag, 16. Februar, mit dieser regionalen Spezialität auf. Allerdings nicht wie gewohnt zum gemeinsamen Mahl im Festsaal der Dittchenbühne, sondern aufgrund der Corona-Pandemie zum Mitnehmen und zum Genießen zu Hause. Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Wir freuen uns, den Elmshornerinnen und Elmshorner auf diese Weise ein Stückchen Normalität bieten zu können und wünschen allen einen guten Appetit!“



Darf nicht fehlen: Kochwurst, Kasseler und Schweinebacken gehören zu den Ostpreußischen Grauen Erbsen süß-sauer einfach dazu.

Foto: Forum Baltikum – Dittchenbühne

Bestellung bis 11. Februar

Die Grauen Erbsen, die am 16. Februar in einer transparenten Rechteckschale mit Deckel zum Mitnehmen gereicht werden, kosten pro Portion 12 Euro und müssen unbedingt bis spätestens Donnerstag, 11. Februar, unter der Telefonnummer (04121) 89710 bestellt werden. Abgeholt werden können die Grauen Erbsen am Dienstag, 16. Februar, zwischen 14 und 16 Uhr im Festsaal der Dittchenbühne. Für die Abholung wird eine feste Uhrzeit bei der Bestellung ver-

einbart, damit Wartezeiten – wenn überhaupt – möglichst kurz ausfallen. Insgesamt stehen die Corona-Regeln ganz oben an: Ein- und Ausgang sind getrennt, es gilt die Maskenpflicht, und es muss auf den korrekten Abstand geachtet werden. Gezahlt werden kann gern auch mit der Bankkarte.

„Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de



Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus, flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus. Joseph von Eichendorff

In dankbarer Erinnerung nehmen wir Abschied von unserer treusorgenden Mutter und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Irma Groß

geb. Kramer * 28. 5. 1920 † 21. 1. 2021 in Milken, Kreis Lötzen in Dortmund

In stiller Trauer Norbert und Sylvia Dietmar und Elke Karl und Heike

Aufgrund der aktuellen Umstände findet die Beisetzung auf dem Ev. Gemeindefriedhof Brackel nur im engsten Familienkreis statt.

Kondolenzanschrift: Familie Groß c/o Bestattungshaus Kuhnert, Abteistraße 28, 44287 Dortmund

den wäre. Aus ihrem Buch „Die lustigen Kinderchens“ trägt Marion Lindt Ergötzliches vor. Es folgt eine Volkweise über das so köstliche Königsberger Marzipan. Dr. Lau schließt sich an mit dem eindrucksvollen Gedicht „Lob der Heimat“. Und Ruth Geede trägt das Erntewiegenlied vor, „Still mein Hannchen, musst nicht gnarren“. Es folgt das Gedicht „Die Ofenbank“. Agnes Miegel, die große ostpreußische Dichterin und wohl größte Balladendichterin spricht ihr großartiges Gedicht „Es war ein Land“. Es folgen drei Märchen vorgetragen von Ruth Geede „Das Märchen vom kleinen Raennuck und der

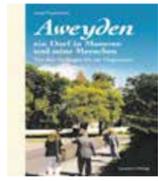
Elster“, „Das Märchen von den Kurenkähnen“ und das „Märchen vom Bernstein und vom Flachs“. Die Veranstaltung klingt aus mit unserem Ostpreußenlied. Fast alle Vorträge werden untermalt mit Bildern aus unserer ostpreußischen Heimat. P.G.

unserem Ostpreußenlied. Fast alle Vorträge werden untermalt mit Bildern aus unserer ostpreußischen Heimat. P.G.

MASUREN AUF HOCHGLANZ

Die Geschichte des ältesten Beutnerdorfes

Irene Piepenbrink erzählt in dem großformatigen Buch die Geschichte Aweyden und damit auch ihre eigene. Gute Recherche und die Liebe zu Ostpreußen zeichnen den durch viele Farb- und Schwarz-Weiß-Fotos sowie zahlreiche Karten ergänzten Text aus. CRS



Piepenbrink, Irene: „Aweyden ein Dorf in Masuren und seine Menschen. Von den Anfängen bis zur Gegenwart“, Laumann-Verlag, Dülmen 2021, gebunden, 197 Seiten, 26,80 Euro



Wintersonne Der gefrorene Spirdingsee in Masuren.

Foto: Schmidt-Walther

Rätsel

A large grid of crossword puzzles with various clues in German. Includes a small Sudoku puzzle and a 'So ist's richtig' section.

Sudoku

A 9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

A 6x6 Diagonal crossword puzzle grid with numbers in the corners.

Diagonalrätsel

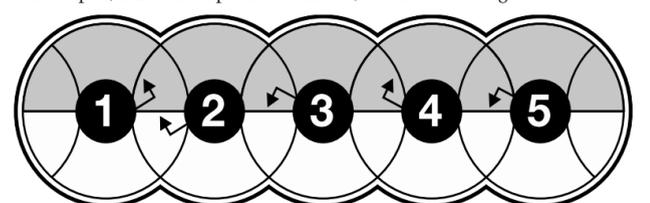
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sitzgelegenheiten.

- 1 Brettspiel
2 Ältester
3 Zeichentinte
4 Kokainsüchtige (ugs.)
5 Teil des Essservices
6 grobe Feile

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Trinkgefäß.

- 1 indischer Büber, Asket (Mz.), 2 Auswirkung, Ergebnis, 3 französisches Kartenspiel, 4 Druckknopf an Maschinen, 5 Fenstervorhänge



Heimatkreisgemeinschaften



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 – 983-31 00; Fax: 04261 – 983 –31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Heimatpolitische Tagung fällt aus

Eigentlich wollte die Kreisgemeinschaft Angerburg zusammen mit dem Patenkreis Rotenburg (Wümme) am 20. und 21. Februar zur 63. Heimatpolitischen Tagung nach Rotenburg (Wümme) einladen. Die Vorbereitungen hierzu waren bereits im Februar des Vorjahres angelaufen. Doch daraus wird „coronabedingt“ leider nichts. Die Veranstaltung muss daher abgesagt werden. Die Verantwortlichen hoffen auf Ihr Verständnis. *Michael Meyer*

Dankeschön

Ingrun Renker hat sich der Aufgabe gestellt und neben vielen anderen die Heimatseiten während meiner Elternzeit gestaltet. Dafür danke ich ihr herzlich und wünsche ihr und ihrer Familie für die Zukunft alles Gute!
Christiane Rinser-Schrut – Redaktion Heimat

Zusendungen für die Ausgabe 7/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 7/2021 (Erstverkaufstag 19. Februar) bis spätestens Dienstag, den 9. Februar 2021, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage
mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt

29,95 €
inkl. Versand

Bestellung:
Landmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de

Ostpreußischen Landesmuseum

Das Museum bleibt geschlossen, aber die Mitarbeiter sind aktiv. Auf der Internetseite des Museums www.ostpreussisches-landesmuseum.de gibt es viel zu entdecken. Jörn Barfod präsentiert derzeit per Video unter der Rubrik „Lieblingsstücke“ das Gemälde von Ernst Mollenhauer „Das Rettungshaus in den Dünen“. Auf der Facebookseite wird zum Rätseln aufgefordert. CRS

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Schlesien trotz dem polnischen Wegwerftrend

Die ersten Sozialkaufhäuser der Rzeczpospolita befinden sich in Kattowitz und Liegnitz

Anfang Dezember wurde staatsweit das erste Sozialkaufhaus nach Vorbild im niederösterreichischen Wiener Neustadt im oberschlesischen Kattowitz eröffnet. Organisiert wurde dies durch die Stadt und die Stiftung „Wolne Miejsce“, was so viel wie „Freier Platz“ bedeutet.

Café derzeit geschlossen

Diese Stiftung führt seit vielen Jahren weihnachtliche und österliche Benefizbanketts für Alleinstehende durch. „Bei diesen Festtafeln haben wir die Möglichkeit, uns mit den Teilnehmern zu unterhalten. Doch danach geht jeder wieder seinen eigenen Weg.“

Wir wollen aber mit den Alleinstehenden in Kontakt bleiben“, so der stellvertretende Stiftungsvorsitzende Piotr Kochanek. So kam er auf die Idee, im stiftungseigenen Sozialkaufhaus eine Café-Ecke ein-



In Polens westlichem Nachbarn gibt es bereits 400 Einrichtungen, in denen Bedürftige günstig einkaufen können: Das Sozialkaufhaus „fairkauf“ in Hannover Foto: Axel Hindemith/Wikipedia

zurichten. Pandemiebedingt ist das Café jedoch noch nicht in Betrieb gegangen.

Seit der Kaufhauseröffnung am 11. Dezember 2020 bildeten sich große Menschenmengen an den Kassen, so Leiterin Ewa Szymura gegenüber dem Internetportal

„Business Insider“. Die meist von Discountern gespendeten Lebensmittel und Hygieneartikel stünden kurz vor Ablauf des Haltbarkeitsdatums. Die Waren seien jedoch vollwertig und würden um 50 Prozent günstiger verkauft. Damit möchte man auch dem Wegwerftrend entgegenwirken, erläutert Szymura.

Täglich für 100 Zloty

Am 25. Januar wurde nun ein zweites Sozialkaufhaus geöffnet – jetzt im niederschlesischen Liegnitz. Norbert Palimąka von der Stiftung

„ESPA“, die das Liegnitzer Kaufhaus betreibt, lebt seit 20 Jahren in der alten Piasten-Residenzstadt. Seine Stiftung verteilt jedes Jahr tonnenweise Lebensmittel und Bekleidung an Bedürftige. Er arbeitet eng mit der Stadt, dem Sozialamt und der Kattowitzer Stiftung „Wolne Miejsce“ zusammen.

In den beiden schlesischen Sozialkaufhäusern können nur diejenigen einkaufen, die eine Bedürftigkeitsbescheinigung vom Sozialamt vorlegen können. Mit dieser dürfen Bedürftige einmal täglich für 100 Zloty, also etwa 20 Euro, einkaufen, wobei in den Sozialkaufhäusern Alkoholika und Tabakwaren nicht angeboten werden.

Weitere Städte geplant

Mikołaj Rykowski, Chef der Kattowitzer Stiftung „Wolne Miejsce“ und Ideengeber der schlesischen Sozialkaufhäuser, führt derzeit Gespräche mit weiteren Städten, in denen er Sozialkaufhäuser eröffnen möchte. Auf seiner Liste stehen Myslowitz [Mysłowice], Siemianowitz [Siemianowice Śląskie], Königshütte [Chorzów], Schwientochlowitz [Świętochłowice], Dambrau [Dąbrowa Górnicza], Alenstein, Warschau, Ostrowo [Ostrów Wielkopolski], Kolberg, Kalisch, Radom und Lodsch. Er weiß, dass Polen in Sachen Lebensmittelverschwendung an fünfter Stelle in der Europäischen

Union steht. Jährlich werden neun Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet, was im Schnitt 247 Kilogramm pro Kopf bedeutet. In der Bundesrepublik liegt die Lebensmittelverschwendung pro Kopf bei etwa 75 Kilogramm.

In Breslau haben sich pandemiebedingt Gastronomen einem Programm angeschlossen, mit dem in erster Linie Lebensmittel gerettet werden. Dadurch verbessert sich zugleich auch die Lage der

Verschwendung

9,5

Millionen Tonnen Lebensmittel werden jedes Jahr in Polen weggeworfen

Gastronomen, indem Gerichte, die am Tag vorbereitet, jedoch nicht verkauft wurden als sogenanntes Überraschungspaket gegen einen geringen Geldwert abgegeben werden. Die Betriebe haben weniger Abfall, mehr Umsatz und viele Breslauer eine günstige Mahlzeit.

Eine Liste der teilnehmenden Unternehmen, nicht nur in Breslau, kann man sich mittels der App „Too good to go“ anzeigen lassen. Chris W. Wagner



Günstig einkaufen: Dank der Stiftung „Wolne Miejsce“ können Bedürftige mit einem Berechtigungsschein in Kattowitz und Liegnitz günstig einholen.

Foto: www.katowice.eu

OSTPREUSSISCHE EISENBAHN

Unglück auf der Schiene

Menschliches Versagen, technische Fehler oder Sabotage kosteten Hunderte Menschenleben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Preußische Ostbahn, also jene 742 Kilometer lange Eisenbahnverbindung von Berlin über Königsberg bis nach Eydtkuhnen mit ihren rund 4000 Kilometern Zweig- und Nebenstrecken, war ein eminent wichtiger Teil des preußischen Schienennetzes. Ihre Fertigstellung erfolgte im Großen und Ganzen bis 1895. Schon bald rollten täglich bis zu sieben Ferngüterzüge und 15 Züge für den Personenverkehr von Berlin nach Königsberg, wobei die Fahrtzeit der Schnellzüge ab der Mitte der 1930er Jahre nur noch rund sieben Stunden betrug. Nie zuvor und dann auch niemals wieder konnte Ostpreußen derart bequem vom Rest Deutschlands aus erreicht werden.

Dabei kam es allerdings auch zu einigen schweren Eisenbahnunglücken, die insgesamt mehrere Hundert Menschenleben forderten. Die Katastrophen resultierten stets aus einem der drei folgenden Faktoren: Menschliches Versagen, technische Störungen oder Sabotage.

Menschliches Versagen

So starben am 8. Oktober 1916 zwölf Bahnpassagiere, als der D 24 von Eydtkuhnen nach Berlin bei Landsberg (Warte) auf einen liegengelassenen Vorzug prallte, weil der Blockwärter die Strecke irrtümlich zu zeitig freigegeben hatte. Besonders tragisch verliefen zwei Zusammenstöße von Ostbahn-Zügen am 18. Januar 1944 in Müncheberg (Mark) und am 23. Januar 1945 unweit von Grünberg bei Mohrungen.

Im ersteren Falle gab es 56 Tote, als der D 52 ungebremst auf den stehenden P 360 auf fuhr, dessen Lokführer gerade Wasser nachfüllen wollte, was dem Fahrdienstleiter entgangen war. Und im Falle des zweiten Unglücks machte das völlig übermüdete Personal eines Lazarett- beziehungsweise Evakuierungszuges mehrere fatale Fehler, woraufhin es zum Zusammenstoß mit dem vorausgeschickten vorderen Zugteil kam. Hierbei verloren schon zahlreiche Flüchtlinge und Verwundete ihr Leben, doch damit nicht genug: Kurz darauf wurden die havarierten Waggons auch noch von drei sowjetischen Panzern beschossen, wonach Infanteristen der Roten Armee heranrückten und sämtliche Deutsche in Uniform massakrierten – ganz gleich ob verwundete Soldaten oder Eisenbahner und Postbeamte.



Ohne Pass nach Ostpreußen: Diese Reisewerbung für Ostpreußen verspricht eine schnelle Verbindung ohne Pass, Visum und Kontrolle durch den polnischen Korridor. Heute bleibt dieses Angebot eine Wunschvorstellung
Foto: Sammlung Stefan Ponzel

Technisches Versagen

Der erste große Unfall infolge von technischem Versagen ereignete sich am 30. Juli 1918 bei Zantoch. An der Dampflokomotive eines Güterzuges brach die Kolbenstange und beschädigte das Gleis der Gegenrichtung, auf dem gerade der D 22 heranraste. Infolgedessen entgleiste der Schnellzug, prallte gegen die Frachtwag-

gons und fing zum Teil Feuer. Die traurige Bilanz: mindestens 40 Tote. Etwas glimpflicher verlief dahingegen die Kollision des E 87 nach Berlin und des P 304 nach Schneidemühl unweit von Müncheberg am 16. März 1939. Diesmal wurde nur der Lokführer des Personenzuges getötet, während 66 weitere Personen zum Teil schwere Verletzungen erlitten. Ursache

des Ganzen war in allererster Linie ein Defekt an der Blockiereinrichtung, welche das Zusammentreffen von Zügen auf der eingleisigen Strecke verhindern sollte.

Und dann wären da noch die drei Anschläge auf den Bahnverkehr im Bereich der Preußischen Ostbahn. Der erste fand am 3. September 1907 kurz vor Mitternacht in der Nähe des späteren Haltepunktes Herrensee statt: Unbekannte lockerten mutwillig eine Schiene, wodurch der Zug aus Insterburg entgleiste und zum Teil umstürzte.

Der zweite Sabotageakt datiert auf den 20. Januar 1920 und ging auf das Konto dreier polnischer Krimineller. Diese wollten einen preußischen Postgüterzug berauben und entfernten daher zwischen Schönlanke und Schneidemühl die Halterungen der Schienen, um die Waggons zum Entgleisen zu bringen. Selbige fielen dann freilich auf das Gegengleis, wo gerade ein Schnellzug herannahte, der nicht mehr bremsen konnte. Die Folgen der ruchlosen Tat: 18 Tote und 20 Verletzte. Aufgrund der dramatischen Zustände an der Unglücksstelle gelang den Tätern zunächst die Flucht, sie wurden aber später gefasst, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Dahingegen blieb der heimtückische Anschlag auf den D 4 von Eydtkuhnen nach Berlin, bei dem 26 Menschen starben, bis heute unaufgeklärt. Der Zug entgleiste in der Nacht zum 1. Mai 1925 zwischen Swaroschin und Preußisch Stargard auf nunmehr polnischem Gebiet innerhalb des Korridors, der Ostpreußen seit Inkrafttreten des Versailler Vertrages vom übrigen Deutschland trennte. Wahrscheinlich war der Schienenweg sabotiert worden, um die Spannungen zwischen Polen und dem Reich weiter anzuheizen. Die Ermittlungen der polnischen Polizei liefen aber sämtlich ins Leere, obwohl man in Warschau gerne ein paar deutsche Nationalisten als Verantwortliche für das Verbrechen präsentiert hätte.



Viele Gleise: Allein die Osteinfahrt des Königsberger Hauptbahnhofs wies schon kurz vor seiner Fertigstellung im Sommer 1929 eine große Zahl an Gleis Metern auf. Bis zum Ersten Weltkrieg umfasste das Netz der Preußischen Staatseisenbahn 37.500 Streckenkilometer, das Netz der Ostpreußischen Südbahn bis 1903 260 Kilometer und das der Königlichen Eisenbahndirektion zu Königsberg in Preußen bis zur Übernahme der Ostpreußischen Südbahn rund 1600 Streckenkilometer
Foto: Sammlung Wolfgang Schumacher



Schaulustige in Cranz: Der Unfall ereignete sich am 27. Juni 1906 um 14.42 Uhr. Der aus Königsberg kommende Personenzug fuhr zu schnell in den Bahnhof hinein. Auch ein Prellbock stoppte die Maschine nicht, die erst auf dem Vorplatz zum Stehen kam. Bei diesem Unfall starben zwei Personen und 13 weitere wurden verletzt, Lok und Zuggarnitur wurden schwer beschädigt
Foto: Sammlung Jörg Petzold

Weitere Eisenbahnunfälle in Ostpreußen

Am 17. Oktober 1905 fuhr in Tilsit ein betrunkenen Lokführer am Halt zeigenden Ausfahrtsignal vorbei, gelangte auf die eingleisige Strecke in Richtung Labiau und stieß mit einem Gegenzug zusammen. Zwei Menschen starben, viele wurden verletzt.

Am 7. Oktober 1915 stieß in Bischdorf (Ostpreußen), Strecke Allenstein – Insterburg, ein Eilgüterzug durch einen Fehler des Fahrdienstleiters mit D 55, Berlin – Eydtkuhnen, zusammen. Dabei starben 15 Menschen und 55 wurden verletzt.

Am 18. Oktober 1918 fuhr bei Argeningken auf der Strecke Insterburg – Tilsit ein Militär-Urlauberzug auf einen Personenzug. Es starben bei diesem Unfall 32 Menschen und 36 Personen erlitten Verletzungen.
Rainer Claaßen

LEBENDIGE HISTORIE

Der Traditions-Dampf-Eisbrecher „Stettin“

Grundsanierung der „Stettin“ bringt den Verein an seine Grenzen – Unterstützung ist gefragt

VON HELMUT ROHDE

Gebaut von den Stettiner Oderwerken wurde die „Stettin“ am 16. November 1933 als bis dahin größter Eisbrecher unter deutscher Flagge in Dienst gestellt. Auftraggeber war die Industrie- und Handelskammer zu Stettin. Einsatzgebiet waren die Oder und das Stettiner Haff. Gegen Kriegsende in den Westen geflüchtet, fortan dem Wasser- und Schifffahrtsamt Hamburg unterstellt, wurde der Tonnenhof in Wedel neuer Liegeplatz.

Bis 1981 war der Dampfer in Dienst und führte zahlreiche Einsätze auf der Unterelbe, dem Nord-Ostsee-Kanal und der Kieler Förde durch. Im Jahre 1982 als technisches Kulturdenkmal anerkannt, wurde er vom Förderverein Eisbrecher „Stettin“ übernommen. Seitdem wird der original erhaltene Eisbrecher im Sommer für Gästefahrten unter Dampf gehalten und dient in der übrigen Zeit als liegendes Museumsschiff, vornehmlich im Hamburger Museumshafen Övelgönne.

Nach dem Unfallschaden in Rostock 2017 waren die Mitglieder und Freunde des Vereins Dampf-Eisbrecher-Stettin e.V. sehr froh, als nun endlich die „Stettin“ Ende Januar 2020 im Dock der Nordwerft zusammen mit dem Marine Schwimmkran „Griep“ eingedockt wurde. Corona war zu diesem Zeitpunkt noch ein kaum beachtetes Ereignis in China, das änderte sich dann sehr dramatisch und die geplante Dockzeit von zwei Monaten hat sich auf fünf Monate verlängert, da coronabedingt die Arbeiten am Schwimmkran nicht termingerecht durchgeführt werden konnten.

Coronabedingte Behinderungen

Glück im Unglück für die „Stettin“. Ultraschall-Untersuchungen haben größere Korrosionserscheinungen im Unterwasserschiff aufgedeckt, deren Sanierungsaufwand einen längeren Dockaufenthalt erforderlich machten. Hinzu kamen Corona-Auflagen, die die Reisemöglichkeiten und die Tätigkeiten der Besatzungs-

mitglieder an Bord sehr stark einschränkten.

Der Werftbetrieb wurde unter besonderen Hygiene- und Schutzauflagen unterbrechungslos durchgeführt. Die Auftragsvergaben als auch die technische Inspektion erfolgten verantwortungsbewusst in sehr guter Zusammenarbeit mit der Werft. Unter Beachtung der Hygiene-Auflagen wurden in kleineren Gruppen Eigenleistungen der Bordbesatzung durchgeführt.

Die Verwaltung und der Service haben Herausragendes geleistet und nicht nur mit kontinuierlicher Kaffeeversorgung für das leibliche Wohl und die gute Stimmung an Bord gesorgt. Allen Vereinsmitgliedern, die unter den äußerst widrigen Umständen die Werftzeit begleitet haben, wurde auch im Namen des Vorstands und des Vereins größter Respekt und besonderer Dank ausgesprochen.

Eine weitere Herausforderung für den Verein war die Niet-Reparatur des Unfallschadens. Die Werft hatte den Auftrag über die Vorarbeiten und die Bereitstellung der vorgeformten Platten erhalten.

Polnische Spezialisten

Der Auftrag für das Anpassen der Platten sowie das Bohren der Löcher und die eigentliche Vernietung wurde an die polnische Firma MDI ALAN vergeben. Der Chef Artur Kosakiewicz und seine Mitarbeiter Grzegorz Karkowski und Damien Szorek haben mit großer fachlicher Kompetenz die Nietarbeiten professionell ausgeführt, man muss schon sehr genau hinschauen, um den neu eingesetzten Plattenbereich zu erkennen. Der Abschluss der Nietarbeiten erfolgte zum Höhepunkt der Corona-Pandemie, Artur und seine Mitarbeiter hätten nur unter schwierigen Quarantäne-Auflagen nach Polen zurückkehren können.

Aus der Not wurde eine Tugend, schnell einigten wir uns über die Vergabe weiterer Arbeiten, die auf der Arbeitsliste der Werft oder der Eigenleistungen standen. Im Wesentlichen wurden die Installation und Verrohrung der neuen Fäkal-

anlage, des Bilgentölers, des Luftkompressors und des Lenzsystems im Kesselraum sowie eine unüberschaubare Anzahl von vielen kleineren Arbeiten mit gewohnter Professionalität durchgeführt.

Artur und seine Truppe waren ein großer Glücksfall, die dazu beigetragen hat, die sehr angespannte finanzielle Situation des Vereins zu mildern. Dazu gehört auch die einmalige Spendenbereitschaft der Vereinsmitglieder und Freunde der „Stettin“. Das bisherige Ergebnis unseres Spendenaufrufes beträgt zirka 50.000 Euro, ein wirklich herausragendes Ergebnis, vielen herzlichen Dank an alle Spender! Der 12. August 2020 war der dritte Jahrestag der Kollision mit der „Finnsky“. Im behördlichen Untersuchungsbericht der BSU wurde seinerzeit eine alternative Vorfahrtsregelung aufgeführt, die im Gegensatz zu der von den Lotsen praktizierten Regelung steht. Der Bericht führte zu einer Seemantsverhandlung und einen Strafantrag gegen unseren Lotsen sowie unseren Kapitän und den Steuermann.

Crew entlastet

Zur Entlastung unserer Nautiker haben wir ein Gutachten bei dem renommierten Marine Training Center MTC beauftragt. Nach deren Einsicht in die Ermittlungsakten und der Auswertung des Voyage Data Recorders des Unfallgegners konnte der Unfallhergang auf der Warnow detailgetreu nachgestellt und die Unfallursache und deren Hintergründe sachlich richtig dargestellt werden. Aufgrund dieses Gutachtens wurden die Seemants- und Strafverfahren gegen unsere Nautiker eingestellt, was einem Freispruch entspricht.

Unbeschadet davon ist die zivilrechtliche Auseinandersetzung mit der Versicherung des Unfallgegners, immer noch offen. Der Verein und die MDI ALAN befinden sich derzeit in einer unüberschaubaren Situation, die Umsetzung der neuen Schiffssicherheitsverordnung hat finanzielle und emotionale Spuren hinterlassen.

Die behördlichen Überfrachtungen der ehrenamtlichen Tätigkeiten und des



Der Traditions-Eisbrecher unterwegs auf der Elbe

damit verbundenen Verantwortungsrahmens werden immer unzumutbarer, der coronabedingte Ausfall des Fahrblocks 2020 stellte eine weitere finanzielle Herausforderung dar, die Auswirkungen des Generationswechsels im Verein werden immer deutlicher. Änderungen der Vereinsstrukturen und des Betreiberkonzeptes müssen überdacht werden, damit die „Stettin“ auch weiterhin als fahrendes Traditionsschiff und als einer der wenigen Zeitzeugen der vergangenen technischen und kulturellen Epoche erhalten bleibt.

2021 – 40-jähriges Vereinsjubiläum

In diesem Jahr kann der Verein sein 40-jähriges Jubiläum feiern, es ist der längste Zeitabschnitt, verglichen mit der Einsatzzeit in Stettin mit 12 Jahren und der auf der Elbe mit 36 Jahren. Es ist eine beachtliche Leistung des Vereins, auf die seine Mitglieder zurückblicken können. Weiterhin sind Mut und Zuversicht gefragt, um die schwierigen Herausforderungen verantwortungsvoll als Erbe anzunehmen. Es soll auch das Leben und das Schicksal der Tausenden von Menschen gewürdigt und nicht vergessen werden,

die beim Bau und Betrieb der „Stettin“, in den Kriegswirren sowie der Flucht aus der Heimat mit dem Schiff verbunden waren.

Sonderheft der Eisbärpost

Anlässlich der Komplettanierung des Schiffes wurde eine interessante Sonderausgabe der „Eisbärpost“ herausgegeben, mit vielen detaillierten Aufnahmen und Beschreibungen, die bei den Fahrten auf dem Schiff erworben werden kann.

● Die „Stettin“ liegt inzwischen auf ihrem Liegeplatz im Museumshafen Hamburg-Övelgönne und wartet auf ihren Einsatz. Es wurde ein vorläufiger Fahrplan erarbeitet, der am 7. Mai 2021 beginnt und hoffentlich coronabedingt umgesetzt werden kann. Es werden interessante Fahrten angeboten, zum Hafengeburtstag, Jubiläumsfahrt 125+1 Jahre Nord-Ostsee-Kanal, Kieler Woche und Hansesail Rostock. Im August findet die Jubiläumsfahrt „40 Jahre Dampf-Eisbrecher Stettin e.V.“ statt. Außerdem natürlich die Fahrten auf der Elbe und nach Helgoland und vieles mehr. Weitere Info siehe www.dampf-eisbrecher-stettin.de

DIE POMMERSCHE SAPPHO

Sibylla Schwarz – eine junge Dichterin wird 400



pho“ in die Literaturgeschichte ein. Die Palette ihrer überlieferten Schöpfungen reichte von Sonetten, Oden und Liedern über die Schäfererzählung „Faunus“ bis zum Drama „Susanna“. In der Lyrik überzeugte sie außer mit Lobgedichten und der Wiedergabe von Empfindungen auch mit erstaunlicher Kritik an leeren Formen und der „Aufgeblasenheit des Adels“.

Sibylla Schwarz wurde am 14. Februar 1621 in Greifswald geboren. Ihre Eltern entstammten einflussreichen Greifswalder Patrizierfamilien. Zu den Vorfahren der Mutter zählte der Urgroßvater Thomas Mevius, der als Professor der Rechte überregionale Bekanntheit erlangte. Auch ihr Vater war Jurist und ist als Greifswalder Ratsherr überliefert. Vater Christian Schwarz fungierte als Stadtrichter, Ratsherr, Greifswalder Bürgermeister und schließlich als Landrat.

Die Familie Schwarz besaß in Frätow bei Gristow an der Gristower Wiek nahe Greifswald einen Gutshof, wo Tochter Sibylla aufwuchs und von Hauslehrern unterrichtet wurde. Sie offenbarte vielseitige Interessen, las viel und verfasste ab dem 13. Lebensjahr eigene Gedichte und dann

auch Prosa. Doch das Leben der Familie wurde durch den ausufernden Dreißigjährigen Krieg stark beeinträchtigt. Wallenstein hielt die Region vier Jahre besetzt. Dazu kamen die Gräueltaten seiner Söldner und Seuchen. Der Ehemann ihrer Schwester und ihre Mutter starben. Der Vater wurde für drei Jahre nach Stettin beordert.

Früher Tod mit 17 Jahren

Tochter Sibylla fand Trost in ihrer Poesie, war über den Einzug der Schweden 1631 erleichtert und bekam durch einen schwedischen Feldprediger zusätzliche Impulse. Dieser Samuel Gerlach öffnete ihr neue Literaturbereiche, verwies sie auf die „Deutsche Poeterey“ von Martin Opitz und beförderte die Ausprägung ihrer dichterischen Begabung. Ihre Dichtung wurde in der Folge thematisch und sprachlich gehaltvoller.

Sibylla Schwarz erlebte mit Glücksgefühlen 1634 die Ankunft des Herzogs Ernst von Croy, der für das Greifenhaus in der Endphase eine Schlüsselrolle spielte und an der Universität Greifswald studierte. Sie schwärmte für den jungen

Fürsten und widmete ihm einige Verse. Dazu fand sie im Universitätsprofessor Schöner einen weiteren Förderer.

Ihre nächsten Schöpfungen reichten vom Gedicht „An den unadligen Adel“, worin sie die Schwächen der Blaublüter aufzeichnete, über einen Trauergesang über das Ableben des pommerschen Herrscherhauses im März 1637 und verschiedene erbauliche Lieder, die später in einigen christlichen Gesangbüchern Aufnahme fanden, bis zur dichterischen Verarbeitung der Einäscherung des elterlichen Gutes in Frätow durch Söldner.

Über die Jahre blieb sie mit ihrem Förderer Gerlach in Kontakt, der nach seiner Zeit in Greifswald als Hauslehrer in Lübeck und dann als Prediger in Danzig tätig wurde. Mit Folgen. Sibylla Schwarz war keine lange Schaffenszeit beschieden. Sie erkrankte nach der Zerstörung des Gutes in Frätow in Greifswald an der Ruhr und starb daran am 31. Juli 1638 in der Universitätsstadt. Das war am Tag der Hochzeit ihrer Schwester Emmerentia. Sie wurde nur 17 Jahre alt.

Ihr Förderer Gerlach sorgte für die Veröffentlichung eines Sammelbandes

mit ihren literarischen Arbeiten und einem Bildnis. Der Rostocker Poesieprofessor Daniel Georg Morhof war begeistert und gab ihr die Beinamen „Wunder der Zeit“ und „pommersche Sappho“. Später gab es immer wieder Beiträge, die sich mit ihrem Leben und Wirken befassen. Im Greifswalder Dom befindet sich ein Epitaph für ihren Vater, der 1648 starb.

Martin Stolzenau

● Der Verein Sibylla Schwarz e.V. plant in diesem Jubiläumsjahr 2021 verschiedene Veranstaltungen. Am 14. Februar um 11.30 Uhr soll es eine Videomatinee zur Eröffnung des Jubiläumsjahres geben. Weiterhin erscheint im Februar das Buch „Ich fliege Himmel an mit ungezähmten Pferden“ Auch weitere Lesungen und Musik sind geplant. Informationen darüber finden sich im Internet unter: www.sibylla-schwarz.de. Das Wohnhaus von Sibylla Schwarz steht in Greifswald in der Baderstraße 2, leider in einem stark renovierungsbedürftigen Zustand. Laut Angabe des Vereins werden derzeit Verhandlungen geführt, die dem Erhalt und der Nutzung des Hauses dienen sollen.

Sibylla Schwarz stammte aus Greifswald, verlebte die meiste Zeit ihres kurzen Lebens auf dem elterlichen Gut in Frätow an der Gristower Wiek und ging trotz ihrer kurzen Schaffenszeit mit ihrer literarischen Begabung als „pommersche Sappho“

„Die Sprachpolizisten wüten in Deutschland“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Ihre Zeitung gefällt mir sehr! Geschichtsbewusst, ausgewogen, traditionsbewusst ist sie eine Bereicherung unserer unsicher gewordenen Welt“

Inge Schmidt,
Hamburg



Ausgabe Nr. 4

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE SPRACHE VERARMT ZU: VOM ENDE DES GRAMMATISCHEN MASKULINS (NR. 3)

Endlich eine Zeitung, die den Mut hat, gegen den Strom zu schwimmen. Ich mag den „Geist“ der Beiträge und ihre kritischen Analysen, umso mehr den oben genannten Artikel.

Die Sprachpolizisten, wie Sie sie richtig bezeichnen, wüten auch in Deutschland, ich weiß es: In meinem Fach haben diese es durchgesetzt, dass man nur noch von „Altertumswissenschaftlerinnen und Altertumswissenschaftlern“, von „Historikerinnen und Historikern“ spricht.

Dieses Kauderwelsch benötigt in einer gedruckten Veröffentlichung doppelt so viel Platz. Es gibt keine „Passagiere“, keine „Insassen“, keine „Musiker“, keine „Dichter“, keine „Bürger“ mehr und so weiter und so fort. Nur noch „Menschen“, und diese „Polizisten“ merken nicht einmal, wie das Vokabular, ja die ganze Sprache, verarmt. Zum Glück besitze ich einen Duden aus einer Zeit, als die Bücher noch nicht mit „Genderwelsch“ infiziert waren.

Ich wollte Ihnen nur kurz meinen Dank aussprechen für den Erhalt des grammatischen Maskulins in Ihrer von mir so geschätzten Zeitung.

Michel Matter, Buswiller

GESCHICKTER MANNERHEIM ZU: FINNLANDS NATIONALHELD SPRACH AM BESTEN SCHWEDISCH (NR. 3)

Mit der Person Mannerheim habe ich mich intensiv befasst und war auch dreimal in seiner Villa im Park Kaivopuisto, einmal hatte ich die Ehre, von seiner Nichte zum Tee geladen zu sein. Es trifft zu, dass er sehr schlecht Finnisch sprach, meistens kommunizierte er auf Schwedisch oder Russisch.

Was in Ihrem Beitrag nicht zur Sprache kam, das ist die Tatsache, dass er aufgrund seiner Erziehung in der Zarenarmee so um 1880/1890 ziemlich anti-deutsch eingestellt war. Das zeigte sich

auch im Zweiten Weltkrieg, wo er immer darauf bedacht war, deutschen Einfluss in Grenzen zu halten beziehungsweise sogar einzudämmen.

Interessant ist ja, dass Mannerheim in Galizien gegen den deutschen Feldmarschall von Mackensen kämpfte, aber ich meine, dass sich die beiden nach dem Ersten Weltkrieg nie begegnet sind. Die volkstümliche Art von Mackensen und die etwas arrogante Art von Mannerheim, das passte nicht zusammen.

Vor Jahren stand in einem Nest in Galizien sogar noch ein Denkmal für Mannerheim. Unbestreitbar ist seine Leistung nach 1945, als er geschickt Finnland aus dem Bündnis mit Deutschland löste und somit die Besetzung seiner Heimat durch sowjetische Truppen verhinderte, was langfristig zur sogenannten Finnlandisierung führte. Bernd Brandes, Hann. Münden

RECHTE FREIWILLIG AUFGEBEN ZU: DIE UNHEIMLICHE WELT- MACHT DER INTERNET-GIGANTEN (NR. 3)

Amazon, Google, Facebook, Twitter und YouTube können alles, was sie tun, nur deshalb durchführen, weil der größte Teil unserer Gesellschaft ihnen die Möglichkeiten dazu gibt. Da werden mehr Daten freiwillig weitergegeben, als diese Unternehmen überhaupt abfragen. Die Gesellschaft hat diese Unternehmen zu den wahren Herrschern der Welt gemacht. Sie sind keine Gutmenschen beziehungsweise sie tun Gutes nur mit Hintergedanken.

Es gibt aber auch noch wesentlich kleinere Unternehmen, die auch selbstverständlich nur zu unserem Wohl Daten abfragen (Banken, Krankenkassen). Da gibt es sehr viele Menschen, die sich im Zusammenhang mit Corona laut darüber beschweren, dass Grundrechte verletzt werden. Die gleichen Menschen geben Rechte bei Twitter & Co. freiwillig auf. Was hier preisgegeben wird, ist mindestens genauso schlimm.

Da versuchen Politik und Banken uns die Abschaffung des Bargeldes schmack-

haft zu machen. Da kommt doch Corona gerade recht. Jetzt hat man einen guten Aufhänger, um das Bargeld schleichend abzuschaffen. Auch hier will man letztlich nur die Möglichkeit haben, umfangreiche Kontrollen ausüben zu können.

Ähnlich verhält es sich mit unserem Gesundheitswesen. Die „Gesundheitskarte“ wird immer „voller gepackt“. Angeblich, weil damit alles viel einfacher wird. Richtig. Jetzt ist alles perfekt.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

POLITIK STOCHERT IM NEBEL ZU: EINFALLSTOR FÜR CORONA (NR. 3)

In der Corona-Krise gibt es jene, die nicht müde werden, die Schraube immer mehr zu überdrehen und sich im Rampenlicht der Öffentlichkeit profilieren wollen, und diejenigen, die auch im größten Trubel einen kühlen Kopf bewahren. Letztere werden in dieser Gesellschaft leider immer weniger.

Wie durch ein Brennglas zeigt Corona deutlich auf, wie weit sich große Teile der deutschen Spitzenpolitik mittlerweile von den eigenen Bürgern entfernt haben. Mit einem Federstrich werden elementare Grundrechte außer Kraft gesetzt.

Die Pandemie hält uns seit mittlerweile nahezu einem Jahr in Atem. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass die Politik die Krise nicht in den Griff bekommt. In einer Art Verzweiflungstat fallen die einschränkenden Maßnahmen immer härter, für die Bürger aber auch zunehmend unverständlicher aus.

Noch bis vor einem Jahr wären derart massive Eingriffe in die freiheitliche Grundordnung nicht vorstellbar gewesen. Mit ihren ständigen Corona-Volten gefährdet die Politik die anfänglich große Akzeptanz durch die Bürger, die dahinschmilzt wie der Schnee in der Frühlingssonne.

Die Politik, aber auch viele Experten stochern im Nebel. Die bisherigen Restriktionen haben so gut wie nichts gebracht. Der nächste große Schritt ist da-

her bereits programmiert. Es droht uns nach wie vor die „Mutter aller Lockdowns“ mit kompletten Betriebsschließungen und weitaus strengeren Ausgangssperren als bisher. Auch Sport und Spaziergänge an der frischen Luft werden bis auf weiteres nicht mehr erlaubt sein. Zudem werden Millionen Arbeitnehmer das Schicksal der bisher vom Lockdown besonders betroffenen Branchen teilen müssen. Die Politik muss sich selbstverständlich auf die Expertise der Fachleute verlassen können.

Ich glaube nicht, dass es den verantwortlichen Politikern Spaß bereitet, die Bürger vollständig einzusperren. Wahrscheinlich sind sie selbst am meisten darüber verzweifelt, nicht Herr über die Lage werden zu können. Die Regierung begehrt jedoch den Fehler, nur einer sehr überschaubaren Anzahl von Kapazitäten auf dem Gebiet der Virologie Gehör zu schenken. Denn die Meinungen gehen unter den Experten weit auseinander. Es gibt immer noch keine repräsentativen Stichproben, wie sich das Coronavirus gerade verbreitet.

Täglich nur auf den Inzidenzwert zu blicken, reicht nicht aus. Die Grenzwerte, wie stark die Zahl der Neuinfektionen sinken soll, sind nicht wissenschaftlich fundiert. Sie sind nach Ansicht von Forschern sogar unrealistisch.

Ebenso unrealistisch ist die Hoffnung, allein durch Ausgangs- und Kontakt-Beschränkungen das Virus in den Griff bekommen zu wollen. Dafür ist es längst viel zu stark verbreitet. Wichtiger wäre deshalb, die besonders gefährdeten Menschen besser zu schützen.

Die Politik hat stets nur reagiert, statt zu agieren. Warum wurden beispielsweise nicht bereits beim Ausbruch der Pandemie staatlicherseits strikte Hygiene- und Abstandsregelungen für Pflegeeinrichtungen, aber auch für Unternehmen und Betriebe erlassen? Viele Einrichtungen und Betriebe haben auf eigene Initiative mustergültige Richtlinien umgesetzt und sind weitgehend „coronafrei“. Diese stellen jedoch bei Weitem nicht den Regelfall dar. Alfred Kastner, Weiden

ANZEIGE

Mit Riesenschritten in die Neue Weltordnung!

»Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen.« Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident

■ Unser Leben ist bedroht. Politik und Medien wollen uns glauben machen, die Bedrohung sei ein Virus. Sie nennen es Covid-19. Aber dieses Virus dient einer global operierenden Elite nur als Vorwand, unser Zusammenleben komplett neu zu organisieren. Seit Jahren schon arbeiten sie daran, die Grundbausteine jeder Gesellschaft zu zerstören: die Familie, das Vertrauen in Recht und Gesetz und vor allem unsere Freiheit. Die wird uns zwar in den Menschenrechten der Vereinten Nationen und im deutschen Grundgesetz zugesichert, aber jetzt – im Rahmen der angeblichen weltweiten Pandemie – sollen uns diese Freiheitsrechte wieder genommen werden.

Wir sollen nicht mehr selbst über unser Leben und unsere Gesundheit bestimmen dürfen. Wir sollen nicht mehr reisen dürfen, wann und wohin wir wollen. Wir sollen uns nicht mehr versammeln dürfen. Unsere eigenen vier Wände sollen nicht mehr heilig sein. Vor allem sollen wir nicht mehr sagen dürfen, was wir denken. Und weil das einzige Bollwerk gegen diesen Angriff auf unser Menschsein ein souveräner Nationalstaat ist, soll auch dieser weltweit abgeschafft werden.

Peter Orzechowski beleuchtet mit Fakten, Dokumenten und Zeugenaussagen, was Ihnen die Mainstream-Medien verschweigen:

• Der Masterplan: Die Weltregierung der globalen Konzerne • Staatsstreich: Wie der Tiefe Staat die alte Ordnung zerstört • Neustart: Wie Vermögen umverteilt und die Weltwirtschaft neu gestartet wird • Transhumanismus: Die Züchtung des neuen Menschen • Der Lock-

down: Ein Umverteilungskarussell • Zwangsimpfung: Der entscheidende Schritt zum globalen Bürger • Big Brother: Auf dem geraden Weg in die Eine-Welt-Diktatur • Der Rockefeller-Plan: Testen und Überwachen der gesamten Bevölkerung • Angsterzeugung als Herrschaftsinstrument: Angst macht Menschen gefügig und gehorsam • Bevölkerungsaustausch: Der alte Plan vom Ende des weißen Mannes

Was Peter Orzechowski in diesem aufsehenerregenden Buch zum Vorschein bringt, erschüttert und erschreckt gleichermaßen: Der Plan, eine Neue Weltordnung zu errichten, ist keine Verschwörungstheorie, sondern lässt sich anhand von Fakten und den persönlichen Äußerungen der Entscheidungsträger klar belegen.

Aber er macht uns auch Hoffnung und zeigt, was wir dagegen tun können: So lassen wir die Neue Weltordnung scheitern!



Peter Orzechowski:
Durch Corona in die Neue Weltordnung
gebunden • 221 Seiten • Best.-Nr. 982 900 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

VENETIEN

Cortina contra Corona

Dolomitenort wird Austragungsort einer Geister-WM – Im Februar stellt sich dort die Ski-Elite ein



Idealer Skiort für die weltbesten Athleten: Blick über Cortina d'Ampezzo auf die Dolomitengipfel im Westen

Foto: www.bandion.it

VON JUDITH KUNZ

Vom 8. bis 21. Februar ist das venezianische Bergdorf Cortina d'Ampezzo Austragungsort der Alpinen Ski-WM. Dann ist der Sehnsuchtsort der Dolomiten, in dem schon zweimal die Alpinen Skiweltmeisterschaften und 1956 die Olympischen Winterspiele stattgefunden haben, erneut weltweit präsent. Wenigstens auf den TV-Bildschirmen. Denn dieses Mal wird es sich um eine „Geister-WM“ handeln, bei der Zuschauer wegen der Pandemie vor Ort nicht zugelassen sind.

Dabei könnte alles so schön gemütlich sein, wenn die Einheimischen ihre Kachelöfen anheizen und damit eine wohlige Wärme verströmen; wenn man die Terrasse vom Schnee der Nacht befreit; wenn der Chef oder die Chefin in der Küche nach dem Rechten schaut: Sind genügend Knödel geformt, wie sieht es eigentlich mit dem Ragout aus, und was macht die Polenta? Renata Ghedina ist solch eine Wirtin, die die Ruhe vor einem Besuchersturm allerdings schon seit Wochen nicht mehr richtig zelebrieren konnte. Dazu gehörte, mit einem Cappuccino in der Hand, der berausende Blick über das gesamte Ampezzaner Tal, aus dem die Spitzen von Croda da Lago (2715 Meter), Cristallo (3218 Meter) und Sorapiss (3205 Meter) markant hervorstechen.

In ihrem Rifugio Pomedes, einer hochgelegenen Berghütte, schaute vor 10 Uhr morgens selten jemand vorbei. Jetzt wegen Corona auch danach nicht. Jedenfalls nicht bis zur Ski-WM, denn für die Athleten ist das Rifugio geöffnet. Danach, so hofft Renata, ist der Viren-Albtraum hoffentlich bald vorbei, damit die Urlauber aus dem Norden wieder in ihre beliebte Hütte kommen. Sie wird dann wieder jeden einzeln begrüßen, der mit dem Dreier-Sessel-Lift kommt, der unmittelbar vor der Punta Anna hält, einem kleinen Gipfel im mächtigen Tofana-Massiv. „Es gibt keinen anderen Weg zu uns“, sagt Renata, die ihren Adlerhorst als „schönsten Ort der Welt“ beschreibt.

Den hat ihr Großvater Luigi gebaut – der legendäre Luigi Ghedina, der 1939 mit Freunden die Eichhörnchen-Gruppe gründete, in die nach wie vor nur die besten Kletterer aufgenommen werden und die weltweit für ihre Verdienste in der Vertikalen bewundert wird. Er war es übrigens auch, der eigenhändig die Punta Anna Ferrata als einen der bekanntesten Klettersteige der Dolomiten anlegte. Doch unmittelbar vor den Olympischen Winterspielen 1956 arbeitete er über Monate als sein eigener Packesel: Die Lifte waren noch nicht fertig, oben wurde für die Spiele aber unbedingt ein Restaurant gebraucht. So schleppte Luigi einen Großteil des Baumaterials auf dem Rücken hinauf auf 2340 Meter Höhe.

An Renata führt kein Weg vorbei

„Wir haben viel renoviert, aber bewusst den Charakter des schlichten Rifugios erhalten“, sagt Enkelin Renata. Dieses einzigartige Ambiente wissen alle zu schätzen. Auch die Funktionäre und Spitzensportler, die sich während der WM bei Renata aufwärmen. Woran man Deutsche erkennt? „Sie bestellen auch mittags noch Cappuccino“, so Renata, die nichts von Klischees hält, sie aber oft bestätigt sieht.

Zur Alpinen Ski-WM werden 600 Athleten aus 70 Nationen erwartet. Die Zu-

schauer werden die Wettkämpfe nur in den Übertragungen verfolgen. Man wird fast ein wenig neidisch auf Renata, die in der ersten Reihe sitzt. Denn bei ihr müssen die meisten „in echt“ vorbei: zur Olympia delle Tofane mit dem unverwechselbaren „TV-Felsen“, der aus den Frauen-Weltcup-Rennen bekannt ist und auf dem die Damen in Abfahrt, Super G und Riesenslalom antreten, und zur neu modellierten Vertigine-Piste, auf der die Herren in Abfahrt und Super G um Sekundenbruchteile kämpfen. Ein wenig weiter unten ist die Piste Labirinti für den Riesenslalom der Männer präpariert, während auf der Col Drusciè A beide Geschlechter im Slalom über die schwarze Piste sausen, auf der Toni Sailer anno 1956 sein drittes Gold holte.

Cortina d'Ampezzo liegt auf 1224 Metern Höhe mitten im UNESCO-Weltnaturerbe der Dolomiten und gehört zu den traditionsreichsten Wintersportorten Europas. Hier in Venetien, wo italienische Lebensart auf hochalpine Schönheit trifft, eröffnet sich Urlaubern nicht nur deshalb eine besondere Welt. Das einzigartige Flair hat auch viel zu tun mit den „Regole“, den Gesetzen der ersten Siedler, die noch heute das Leben bestimmen. Die Natur, oder mit anderen Worten: Wald und Weideflächen sind seit jeher für alle

da und müssen im Interesse des Gemeinwohls geschützt werden. Eine Verwurzelung in der Tradition, die sich längst als Plus in Sachen Verantwortung und Nachhaltigkeit herausgestellt hat.

So verwundert es nicht, dass im Zuge der Alpinen Ski-WM gerade mal eine zusätzliche Piste angelegt wurde und zwei Aufstiegshilfen neu sind. Augenmaß und Bedacht sind die Leitlinien in die Zukunft, auch im Hinblick auf die Olympischen Winterspiele, die 2026 in Cortina d'Ampezzo ausgetragen werden, dann hoffentlich wieder mit einem Publikum, dass im Zielbereich für Stimmung sorgt.

All das bedeutet keinen Stillstand, im Gegenteil: Man besinnt sich auf seine Stärken und optimiert mit Weitblick. So steht auch das alte Zeitmesshäuschen am unteren Ende der Olympia delle Tofane noch. Wo früher die Zeiten der Athleten mit der Hand genommen wurden, wartet inzwischen Michael Oberhammer auf seine Gäste – in einem noblen Restaurant mit modernem Ambiente. Es heißt jetzt Baita Piè Tofana und hat 700 erlesene Weine im Angebot, die fast noch wichtiger sind als die Speisekarte. Wenn das Reisen wieder möglich ist, kann man dort den Geist spüren, der den Sehnsuchtsort Cortina auszeichnet. Bei Renata, bei Michael, im gesamten Bergdorf.

Cortina und Corona im Überblick

Für die Einreise nach Italien ist eine Anmeldung beim örtlichen Gesundheitsamt und die Vorlage einer negativen Testbescheinigung verpflichtend, die nicht älter als 48 Stunden sein darf. Die Rückreise ist für Deutsche jederzeit möglich, allerdings muss man spätestens 48 Stunden nach Einreise einen negativen Corona-Test nachweisen. Weitere Infos dazu gibt es unter den Reise警告ungen des Auswärtigen Amtes.

Allgemein ist Italien in die Zonen Rot, Orange und Gelb eingeteilt. Cortina ist

wie die Region Venetien seit Anfang Februar Gelb, weshalb dort Restaurants und Bars bis 18 Uhr wieder geöffnet sind. Skilifte und -pisten sind nur für die Profisportler geöffnet. Bis mindestens Mitte Februar bleiben sie für das normale Wintersportpublikum geschlossen.

Um Cortina herum gibt es 120 Pistenkilometer, 36 Aufstiegsanlagen und viele Rifugios, in die man nach Ende des Lockdown wieder einkehren kann. Im Verbund Dolomiti Superski sind sogar zwölf Top-Skigebiete mit 1200 Pistenki-

lometern vereint. Erwachsene zahlen für den Tagesskipass 64 Euro, Jugendliche 45 in der Hochsaison.

Weitere Infos: Cortina Marketing Se. Am., Via Marconi, 15/B, I-32043 Cortina d'Ampezzo – Belluno, Telefon: (0039) 0436 86 90 86, infopoint@cortinamarketing.it cortina.dolomiti.org

Zur WM gibt es die Cortina-App mit den aktuellsten Hinweisen und Terminen: <https://apps.apple.com/us/app/cortina-2021-official-app/id1481321456>

KARIBIK

Kleiner Weg in alte Normalität

In den sozialen Medien ist zu sehen, wie sich VIPs trotz Reisebeschränkungen in der Karibik bereits ein Sonnenbad gönnen. Um langsam in die alte touristische Normalität zurückzukehren, hält die Dominikanische Republik rund 400.000 kostenlose Antigentests jetzt auch für alle Hotelurlauber bereit, die einen Test benötigen, um in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Bereits Ende Dezember 2020 wurde die kostenlose Covid-19-Versicherung, die im medizinischen Notfall einer Erkrankung umfassende Leistungen abdeckt, bis zum 31. März verlängert.

Das Gesundheitspersonal der Hotels führt die Antigen-Schnelltests kostenlos durch, die Ergebnisse werden im Anschluss vom Gesundheitsministerium zertifiziert. Dabei erhalten die Gäste bei der Koordination des Termins sowie bei der Zustellung der Testergebnisse Unterstützung. Außerdem werden PCR-Tests angeboten, die jedoch kostenpflichtig sind.

In normalen Zeiten zieht es jährlich weit über 200.000 Deutsche an die feinsandigen Strände der Insel. Die angenehmen Temperaturen – Luft durchschnittlich 27 Grad, Wasser zwischen 23 und 28 Grad – lassen besonders im Winter viele die mehrstündige Flugreise in Kauf nehmen.

Derzeit fliegt zum Beispiel Condor von Frankfurt aus direkt nach Punta Cana. Die Lufthansa plant ab 29. März dreimal wöchentlich Direktflüge. Die Einreise ist ohne Vorlage eines negativen Covid-19-Tests möglich, auch besteht keine Quarantäneregulation. Dafür erfolgen am Flughafen Tempera-



Wartet auf Gäste: Menschenleerer Traumstrand in Dominicana

turmessungen und stichprobenartige Atem-Schnelltests.

Zwar wird die A-H-A-Regel vor Ort penibel verfolgt, doch gibt es in den weiten Hotelanlagen reichlich Platz, da die Belegung nur bei 50 Prozent liegen darf. Restaurants haben wieder geöffnet, doch Selbstbedienung am Buffet ist momentan nicht möglich. Dazu kommt eine Ausgangssperre ab 19 Uhr in der Woche beziehungsweise 17 Uhr am Wochenende. Hotelanlagen sind davon jedoch nicht betroffen.

Da die Dominikanische Republik weiterhin als Risikogebiet eingestuft wird, besteht nach der Rückkehr eine zehntägige Quarantänepflicht (in den meisten Bundesländern), von der man sich frühestens ab dem fünften Tag durch einen negativen Covid-Test befreien lassen kann. Sollte die Bundesregierung zukünftig bei der Einreise aus einem Risikogebiet die Vorlage eines negativen Covid-Tests fordern, hätte die Dominikanische Republik bereits vorgesorgt. Helga Schmechagen

• www.GoDominicanRepublic.com/de; www.drtravelcenter.com

● FÜR SIE GELESEN

Konfus und unplausibel

Manche Erzählungen kommen auf lächerliche Weise plakativ daher. Das gilt auch für den Roman „Clan-Land“. Darin entwirft der Verfasser, der prominente Strafverteidiger Burkhard Benecken aus Marl, die Vision eines Deutschland im Jahre 2044, in dem die „Rechtsnationalen“ von der „Null-Toleranz-Partei“ mit eiserner Faust regieren und Muslime derart brutal diskriminieren, dass denen keine andere Wahl bleibt, als sich in zwei von arabischen Clans kontrollierte, abgeschottete „Autonome Zonen“ in Essen und Berlin zurückzuziehen.

Es ist müßig, im Detail auf die kuriosen Schutzbehauptungen einzugehen, mit denen Benecken seinen Lesern weismachen will, dass die Clans gar nicht so kriminell seien, sondern nur zu Sündenböcken abgestempelt würden. Der Autor, der in der Vergangenheit Mitglieder der „Großfamilien“ Rammo, Al-Zein, Miri, Omeirat und Mahmoud vor Gericht vertreten hat, wiederholt quasi seine real gehaltenen Plädoyers. Dabei gerät die Handlung des Buches zum Ende hin immer konfus. Benecken gelingt es nicht, seine an den Haaren herbeigezogene Story, in der gastfreundlich-edle Clan-Leute auf finster-hinterhältige deutsche Politiker und einen „kultursensiblen“ Anwalt treffen, zu einem auch nur ansatzweise plausiblen Schluss zu bringen.

Wolfgang Kaufmann



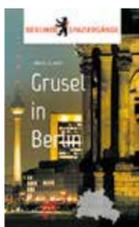
Burkhard Benecken: „Clan-Land“, Benevento-Verlag, Salzburg 2020, gebunden, 389 Seiten, 20 Euro

Unheimliche Spaziergänge

Der Berliner Armin Woy nimmt in seinem Stadtführer „Grusel in Berlin“ die Leser mit auf spannende Spaziergänge in die Berliner Vergangenheit. Los geht es am Alexanderplatz, wo sich ein Galgen befand, der in der ersten Geschichte eine wichtige Rolle spielt. Ganz in der Nähe, an der Franziskaner-Klosterkirche, die heute nur noch eine Ruine ist, spielt die nächste Geschichte. In einer weiteren Geschichte geht es um die grausame Hinrichtung des kurfürstlichen Kammerdieners Lippolt.

Der Autor führt in fünf Stadtbereichen von Mitte bis Kreuzberg, wobei in den Abschnitten jeweils verschiedene Spaziergänge beschrieben werden.

Zum Teil fällt es schwer, den Erzählungen Glauben zu schenken. Einmal, weil sie in märchenhafter Weise erzählt werden, zum anderen aber auch, weil man viele Details eher in der Fabel- und Sagenwelt vermuten würde. Sicher hat der Autor diese Beschreibungen aber auch mit einem Augenzwinkern geschrieben. Alles in allem ist es ein sehr informatives, spannendes und gruseliges Lesevergnügen. *Silvia Friedrich*



Armin Woy: „Grusel in Berlin“, Elsengold Verlag, Berlin 2020, Taschenbuch, 66 Seiten, 5 Euro

ROMAN DER WOCHE

Eine mutige Champagner-Frau

Wie die Witwe Clicquot Ponsardin zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Weinhandel ihres Mannes in ein weltbekanntes Unternehmen verwandelte



FOTO: SHUTTERSTOCK

Reims 1805 Im Alter von 28 Jahren beschließt die unerschrockene Witwe Barbe-Nicole Clicquot Ponsardin, die Weinhandlung ihres plötzlich verstorbenen Mannes François weiterzuführen. Da das Geschäft ziemlich schlecht läuft – es ist die Zeit der napoleonischen Kriege und der Handelsbeschränkungen –, muss sie dem Widerstand des Vaters und des Schwiegervaters trotzen, als Frau so etwas auf sich zu nehmen.

Mit etwas List und viel Geschick gelingt es ihr, selbst Napoleon auf ihren ausgezeichneten Schaumwein aufmerksam zu machen. Die Witwe wird nicht nur eine

erfolgreiche Geschäftsfrau, sondern entwickelt auch ein neues Herstellungsverfahren, das die Qualität des Champagners verbessert und dem Veuve Clicquot zum Durchbruch verhilft.

Die Publizistin Susanne Popp hat bisher Privatbiographien geschrieben. Mit ihrem Debütroman ergänzt sie phantasievoll und äußerst spannend die Lücken dessen, was bisher über das Leben der französischen Unternehmerin Clicquot bekannt ist. Ihr Porträt zielt bis heute den Korken einer jeden Flasche Champagner aus dem Hause Clicquot. **MRK**



Susanne Popp: „Madame Clicquot und das Glück der Champagne“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2020, Taschenbuch, 413 Seiten, 12,99 Euro

MEDIEN

Ein langsamer Entfremdungsprozess

Der DDR-stämmige Journalist Birk Meinhardt erlebt, wie Zensur im Westen funktioniert

VON BERND KALLINA

Mauerfall und deutsche Einheit im Gefolge von 1989: Voller Hoffnungen kam der Journalist Birk Meinhardt nach Diktaturerfahrung im SED-Staat und „Friedlicher Revolution“ aus der DDR als erster „Ossi“ 1992 zunächst ins Sportressort der – vor allem im linksliberalen Milieu – angesehenen „Süddeutschen Zeitung“ (SZ), arbeitete später dann als Reporter für sie und wurde vielfach wegen seiner fachlichen Kompetenz ausgezeichnet, unter anderem mit dem „Kisch-Preis“. 2012 kündigte er seinen Spitzenjob bei der „SZ“. Dem Schritt vorausgegangen war ein mehrjähriger Entfremdungsprozess im angeblich so liberalen Münchener Blatt. Die maßgeblichen Gründe dafür hat er in einer lesenswerten Schrift „Wie ich meine Zeitung verlor – Ein Jahrbuch“ überzeugend dargelegt.

Zensieren statt Redigieren

Hieß es in der DDR, wo Meinhardt im Jugendorgan der FDJ „Junge Welt“ als Redakteur tätig war, bei missliebigen Beiträgen, sie dürften nicht dem „Klassenfeind“ in die Hände arbeiten, funktionierten zensurähnliche Maßnahmen in der „SZ“ anders, aber ebenso wirksam. Immer wieder, das veranschaulicht Meinhardt an mehreren Beispielen deutlich, verhedderten sich von ihm gut recherchierte Beiträge im Gestrüpp innerredaktioneller Hürden. Sie wurden entweder nicht veröffentlicht oder gelangten nur stark verändert ins Blatt. Er sagte im „Zeit“-Interview

dazu: „Eine Zumutung wird es, wenn Redigieren in Zensieren umschlägt.“

Als es in einer Reportage um die Aufdeckung von vermeintlich „rechten Straftaten“ ging, die aber per Gerichtsentscheidung gar nicht von rechts kamen, und dies Meinhardt korrigierend darstellen wollte, kam die Reportage mit der Begründung nicht zustande, dass „Rechte“ sie als Beleg für ungerechte Verfolgung ausnützen könnten.

Zunehmendes Unwohlsein

Interessant sind weitere Ausschlussgründe oder Hemmnisse für Beiträge, die sich im Laufe seiner Zeit bei der „SZ“ immer mehr häuften. Sie trugen Schritt für Schritt zu seiner „Geschichte einer Entfremdung“ bei, liegen also nicht etwa in einem singulären Konfrontations-Knall begründet. Es habe auch keine großen Diskussionen um seine Texte gegeben, also engagiertes und diskursfreudiges Ringen, erzählt der Autor. Die kontinuierlich wiederkehrenden Knackpunkte waren ausschließlich „nicht genehme Inhalte“.

Eine Banken-Reportage scheiterte daran, dass der Wirtschaftsressortchef Einwände hatte, die aber aus Urlaubsgründen nicht ausgeräumt werden konnten und beim Autor ein schon vorhandenes und seitdem „zunehmendes Unwohlsein“ auslösten.

Die sich über Jahre verdichtenden negativen Erfahrungen führten bei Meinhardt in endlosen Fällen umstrittener Berichterstattung aus seiner Feder zu der schmerzlichen Erkenntnis, dass eine bestimmte Art von Haltungs-Journalismus

in der SZ dominierte, die ihm gegen den Strich ging. Seine verstörende Bilanz: „Kein offensichtliches Lügen, sondern das Verkürzen und Vernebeln von Sachverhalten, durch die die Leser letztlich in die Irre geführt würden.“

Auch der höflich-ausgrenzende Umgangsstil innerhalb der „SZ“-Redaktion trug dazu bei, dass ihm seine Erfahrungen als ehemaliger DDR-Journalist wieder hochkamen. Mit der verblüffenden Tendenz, dass er sich „das Rohe der einstigen Ablehnungen zurückwünschte“, spricht, die deutliche Ablehnungssprache, „jenes Unverblühte der Wortwahl, jenes Rabiate des Tons, jenes Feindselige der Blicke“, wie er schreibt. Die Retrospektive auf Zeiten im Ost-Journalismus, ausgebildet und geprägt von der roten Leipziger Schule, zeigte klare Unterschiede zum süddeutschen Wohlfühl-Journalismus. In den parteilichen Zeitungen des SED-Staates war man zwar gewiss machtlos, so Meinhardt, „aber man wusste genau, woran man war, jetzt sind die Vetos fast unkenntlich in ihrer Hülle aus Zivilisiertheit“.

Westlicher Haltungsjournalismus

Das Wahrnehmungsgefälle zwischen Ost und West zeigte sich auch unübersehbar in der von Kanzlerin Merkel durch Grenzöffnung zugelassenen Flüchtlingskrise seit 2015. Was durfte und darf im westlichen Haltungsjournalismus zur illegalen Masseneinwanderung thematisiert werden und was nicht? Ganz klar: Sogenannte Flüchtlinge mussten auch medial via freudiger Willkommenskultur inklusive gelungener Integrations-Stories begleitet

werden. Etwaige Verwerfungen und Konflikte seien ursächlich in rassistischen Abwehrreflexen der indigenen deutschen Bevölkerung zu suchen, Asylsuchende seien prinzipiell gut und Gewalt käme primär von rechten Ausländerfeinden.

Nicht nur dem Ex-„SZ“-Redakteur, inzwischen als Schriftsteller am Rande Berlins lebend, fiel schnell auf, dass gewisse Fragen am besten gar nicht gestellt, geschweige denn über sie berichtet werden sollten. Am Beispiel angezündeter Flüchtlingsunterkünfte wirft er dennoch den unkorrekten Satz in die Runde: „Von Rechten, die so etwas tun, weiß ich es ... darüber wird regelmäßig geschrieben, aber wie ist es mit den ausländischen Zündern?“

Das aufschlussreiche Werk, es kommt bescheiden ohne Farbumschlag als Taschenbuch im schlichten Schwarz-Weiß-Druck daher, endet mit einer originellen Schlussbegebenheit. Als Meinhardt sein „SZ“-Abo telefonisch kündigt, landet er bei einem jungen Mann, der ihm die übliche Frage stellt, welche Gründe er für seine Kündigung habe. „Ach“, sagt er wohl etwas resignativ, „ich glaube, das zu erklären würde jetzt bestimmt zu weit führen“.



Birk Meinhardt: „Wie ich meine Zeitung verlor – Ein Jahrbuch“, Das Neue Berlin, Berlin 2020, broschiert, 144 Seiten, 15 Euro



Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



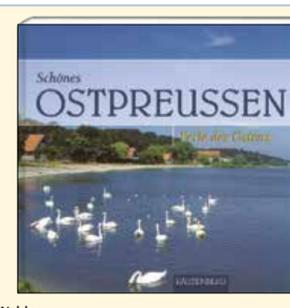
Rosa Labenski
Ich will doch nur zu meinen Kindern
Gefangen in Ostpreußen
1945 bis 1948 224 Seiten
Nr. P 533130 Geb. 14,95 €

Januar 1945: Auf der Flucht vor der heranrückenden russischen Front zieht Rosa Labenski mit ihren vier jüngsten Kindern durch Ostpreußen. So beginnt der Leidensweg der 54-Jährigen. Ort für Ort werden die Zivilisten weitergetrieben. Die Angst vor Übergriffen durch russische Soldaten ist immer mit dabei. Dann wird Rosa Labenski gefangen genommen und von ihren vier Kindern getrennt. Die Zeit ihrer Internierung wird von der Sehnsucht nach ihren Kindern beherrscht. Dieses Sehnen gibt ihr die Kraft, Schikane, Hunger und die Strapazen von Gefangenschaft und Arbeitslagern zu ertragen. Ein Wiedersehen mit ihren Kindern aber gibt es erst nach drei Jahren im hessischen Marburg. Die Schilderungen lassen die Ereignisse der letzten Kriegsmomente in Ostpreußen wieder lebendig werden.



Günter Emanuel Baltutis
Auf verlorenem Posten
Ostpreußen 1944/1945
222 Seiten
Nr. P 533117 Geb. 14,95 €

Ein bewegender Erlebnisbericht über die letzten Tagen in Ostpreußen: Ein junger Soldat, gerade einmal 18 Jahre alt, erlebt die letzten drei Monate an der Front in Ostpreußen. Schon die erste Nacht führt zu einer maßlosen Ermüderung und lässt ihn das ganze Grauen des Krieges spüren. Die Erfahrungen sind niederschmetternd – Kälte, Nässe, Schlafmangel, mangelhafte Ausrüstung und Ausbildung lassen die Zweifel an der politischen und militärischen Führung schnell wachsen. Der Autor Günter Emanuel Baltutis wurde 1926 geboren und erlebte als Freiwilliger die letzten Kriegsmomente in Ostpreußen. Als Verwundeter erlebt der Autor das unbeschreibliche Flüchtlingsleid beim Treck über die Kurische Nehrung.



Michael Welder
Schönes Ostpreußen
Ostpreußen ist mit seinen herrlichen Landschaften Städten und Dörfern eine Perle des Ostens. In den zahlreichen Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Ostpreußen porträtiert und der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 farbige Abb. 60 Seiten
Nr. P 1100 Gebunden 9,95 €



Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder
Band 1
456 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533155 14,95 €

Mit dem zweibändigen ostpreußischen Familienroman „Die Jeromin-Kinder“ verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bäuerlichen Familie in Masuren, zur Zeit der zwei Weltkriege. Erzählt wird die Geschichte der Familie Jeromin im Dorf Sowirog, vor allem das Schicksal von Jons Ehrenreich Jeromin, einem bescheidenen und tugendhaften Mann. Dieser erste Band behandelt Jons Kindheit und seine Schulzeit in der Stadt, die einen Gegenpol zu seinem Heimatdorf bildet. Nach dem Abitur wird Jons Soldat im Ersten Weltkrieg, bis er nach einer Verwundung ins Lazarett gebracht wird. Schließlich kehrt er für kurze Zeit ins Dorf zurück, mit dem festen Ziel, Landarbeit zu werden. Das Buch endet mit Jons Auszug in die weite Welt, in der er seinen Traum verwirklichen will.



Gerd Hardenberg
Reiseführer Polen
Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Durch das Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen
288 Seiten/Kartonierte
Nr. P 533176 14,95 €

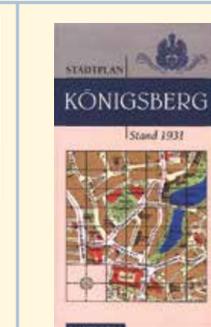
Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von Danzig über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch bei einer Reise unentbehrlich. Der Autor, vielen Ostpreußen unter seinem wahren Namen, Gerhard Prengel, bekannt, will dem Benutzer dieses Reiseführers – sei er Autofahrer, Radler, Wanderer oder Bootsfahrer – auch außerhalb der üblichen Touristenrouten Wege zeigen, die ihm die Schönheiten der Natur dieses Landes und seiner historischen Stätten erschließen.



Wolfgang Korall/Gunnar Strunz (Großbildbandformat 24 x 30 cm)
Die Burgen des Deutschen Ritterordens
Die Wehr- und Repräsentationsburgen, die der Deutsche Ritterorden der Nachwelt hinterließ, sind die markantesten Zeugen jener Zeit. Dieser Bildband berichtet fundiert u. a. über die noch heute eindrucksvollen Bauten, mächtigen Ruinen und verschwundene Burgen. 160 Seiten
Nr. P 533158 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiß
Alle Namen der Ortschaften jenseits von Oder und Neiß sind in deutscher, polnischer und russischer Sprache aufgeführt. 232 S.
Nr. P 5008 Geb. 16,95 €

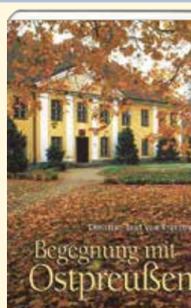


Stadtplan Königsberg
Historischer Stadtplan von 1931
Maßstab 1:15.000
Nr. P 5508 7,95 €



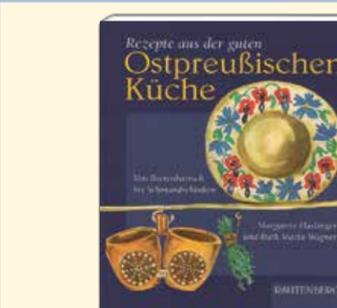
Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder
Band 2
408 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533156 14,95 €

Der zweite Band der „Jeromin-Kinder“ führt die Familienchronik der Jeromins und der zentralen Figur Jons Jeromin fort. Jons beginnt sein Medizinstudium, das er mit großem Erfolg absolviert. Sein Heimatdorf immer im Sinn, weiß er, dass er sich nur dort als Arzt niederlassen will. Mit 25 Jahren legt Jons das Examen ab und kehrt nach Sowirog zurück. Die „Jeromin-Kinder“ gilt als der bedeutendste und kraftvollste Roman Ernst Wiecherts. Er ist erfüllt vom Wissen und Leiden der Menschen, denn das verlorene Dorf Sowirog steht symbolisch für das Schicksal der Menschen in Masuren und Ostpreußen. Wiecherts Gesamtwerk ist geprägt von diesem Verlust der Heimat, vom Erleben des Ersten Weltkriegs als Offizier und den Repressalien im NS-Regime, die er am eigenen Leib erfahren hat.

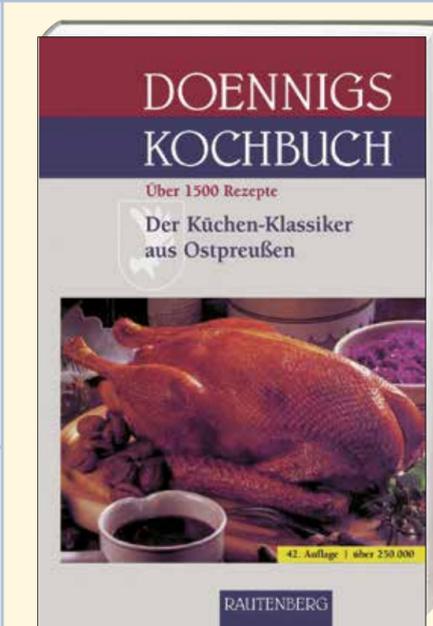


Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
30 S/W-Abbildungen. 320 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533144 14,95 €

In Begleitung von Alexander-Pascal Graf von Bellenhaus hat Christian Graf von Krockow Ostpreußen in den Achtziger Jahren zu den verschiedenen Jahreszeiten besucht und Vergangenes hinter Gegenwärtigem aufgespürt. In seinem persönlichen Erzählen wird die Schönheit der Landschaft, werden Menschen, Städte und Dörfer greifbar. Er berichtet von der Geschichte des Landes und beschreibt die beinahe versunkene Welt Ostpreußens. Der eindrucksvolle Text lädt ein zum Wiedersehen und Kennenlernen dieses herrlichen Landstrichs. Dr. phil. Dr. h.c. Christian Graf von Krockow, geboren am 26. Mai 1927 in Hinterpommern, wurde 1961 Professor für Politikwissenschaft. Ab 1969 arbeitete er als freier Wissenschaftler und Schriftsteller.



M. Haslinger/Ruth Maria Wagner
Rezepte aus der guten Ostpreußischen Küche
Von Beetenbartsch bis Schmandschinken
Mit vielen herzhaften Rezepten aus der ostpreußischen Küche, leckeren Vor- und Hauptspeisen, Backwerk, Marzipan uvm. 162 Seiten
Nr. P 1009 Gebunden 14,95 €

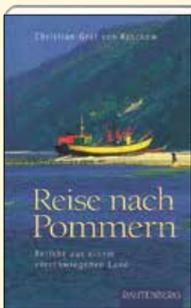


M. und E. Doennig/Gertrud Brostowski
Doennigs Kochbuch
Das ostpreußische Familien-Kochbuch
Im Jahr 1891 begründeten die Geschwister Doennig in Königsberg eine Kochschule. Sie arbeiteten drei Jahre lang mit solchem Erfolg, dass sie gezwungen waren, wesentlich größere Räume anzumieten, um die stetig wachsende Schülerinnenzahl aufnehmen zu können. Um das zeitraubende Diktieren von Rezepten zu vermeiden, entstand dieses Kochbuch, das als Standardwerk der Kochkunst in alle ostpreußischen Haushalte Einzug hielt. Das inzwischen in 43. Auflage erschienene Werk enthält über 1.500 Rezepte. 632 Seiten
Nr. P 1061 Gebunden 19,95 €



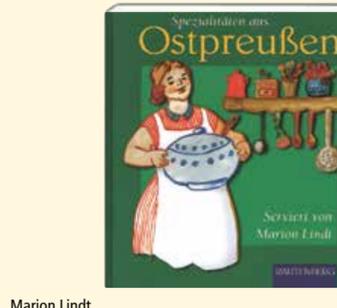
Helga Kutz-Bauer
Königsberger Schnittmuster
Von Glück und Not 1807-1923
Ostpreußischer Familienroman
Gebunden mit SU/385 Seiten
Nr. P 533140 14,95 €

Vier Generationen von Frauen werden in diesem spannenden, vielschichtigen Epos beschrieben. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Marketenderin Carine. Viele Jahre hat sie das Heer Napoleons begleitet. Jetzt ist sie den Krieg leid und beschließt ihr Kind in Königsberg aufzuziehen. Schnell bekommt sie Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Ihre Kenntnisse in der Heilkunde und ihre Begabung für Handarbeiten sichern ihren Lebensunterhalt und bringen ihr Freundschaften. Das Land wird Carine zur Heimat. Schnell ist ihr Sohn erwachsen und geht seiner Wege. Einige Jahre später vertraut er seiner Mutter seine Tochter Sophie zur Erziehung an. Mit dem Heranwachsen von Marias Kindern endet dieser erste Band.



Christian Graf von Krockow
Reise nach Pommern
Bericht aus einem verschwiegenen Land
35 S/W-Abbildungen. 278 S.
Nr. P 533146 14,95 €

Im Sommer 1984 reiste der Autor in seine Heimat Pommern, in der jahrhundertlang Generationen seiner Vorfahren lebten. In dem persönlichen Bericht werden die Geschichte, die Natur und die Menschen dieses Landstrichs greifbar. Die erzählerische Reise in die Vergangenheit zeigt uns, wie die Welt dort einmal war. Das Gutshaus der Grafen von Krockow, Städte und Dörfer, knorrige, liebenswerte und kauzige Gestalten erheben in der Phantasie des Lesers. Neben der vielfältigen Erinnerungen ist der Text auch ein Beitrag zur Aussöhnung von Deutschen und Polen, ein Zeugnis der Geschichte, das bis heute nichts von seiner Aktualität verloren hat. Ab 1969 arbeitete der Autor als freier Wissenschaftler und Schriftsteller und wurde mehrfach ausgezeichnet. Er verstarb am 17. März 2002 in Hamburg.



Marion Lindt
Spezialitäten aus Ostpreußen
gewürzt mit Anekdoten
Mit vielen ostpreußischen Spezialitäten wie Suppen, Fisch- und Fleischgerichte, Eintöpfe, Kartoffelgerichte, Mehl- und Eierspeisen, Süßes zum Nachtisch, Backwerk u. Seelenwärmer. 104 Seiten
Nr. P 1052 Gebunden 12,95 €



Elisabeth Schulz-Semrau
Suche nach Karalautschi
Report einer Kindheit in Königsberg
Gebunden mit Schutzumschlag. 221 Seiten
Nr. P 1076 4,95 €

Elisabeth Schulz-Semrau wurde am 14. Juli 1931 als Tochter eines Beamten, der bei ihrer Geburt fast 60 Jahre alt war, geboren. Ihre Mutter starb 1947 an einer schweren Krankheit. In Königsberg besuchte sie vier Jahre eine konfessionelle Grundschule und drei Jahre das Lyzeum, bis sie mit ihren Eltern 1945 nach Tangemünde in der Altmark flüchten musste. In ihrem Werk „Suche nach Karalautschi“ beschreibt Sie Ihre Kindheit in Königsberg. Die Autorin verstarb am 10. September 2015. Aus dem Inhalt: Die Plätze meiner Kindheit, die mir wichtig waren, finde ich in keinem Buch als Sehenswürdigkeit angepriesen. Dass ich mich des Königsberger Schlosses ziemlich genau erinnere, hat damit zu tun, dass mein Vater jeden nur möglichen Mittwoch ins Blutgericht zum Stammtisch ging ...



Helga Kutz-Bauer
Königsberger Kreuzwege
Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten 1923-1945
Ostpreußischer Familienroman
Gebunden mit SU/358 Seiten
Nr. P 533141 14,95 €

Die Fortsetzung des Romans Königsberger Schnittmuster schildert, wie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Diktatur und Krieg in das Leben der Menschen eingreifen. Im Mittelpunkt des 2. Bandes stehen Friede und Trude, die Töchter von Marie. Friede schafft es, eine Ausbildung in einer Handelsschule abzuschließen. Sie lernt den gutsituierten Otto kennen, heiratet ihn gegen den Widerstand seiner Mutter. Am Tag der Geburt seines ersten Kindes muss Otto als Sanitäter zum Wehrdienst einrücken. Trude bekommt zwei Kinder, bevor sie ihren Hans heiraten kann. Unter dramatischen Umständen fliehen beide Frauen am Ende des Krieges in den Westen. Dort treffen sie fast die gesamte Familie wieder.



E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußenroman
440 Seiten/Gebunden
Nr. P 533186 16,95 €

Elsa Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallinen Seen, gelblichen Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist.



Hildegard Rosin
Führt noch ein Weg zurück?
Als der Krieg vorbei war, noch drei Jahre in Königsberg
Gebunden mit Schutzumschlag
224 Seiten
Nr. P 5052 4,95 €

Beim Einmarsch der russischen Truppen lebten in Königsberg noch etwa 110.000 Frauen, Kinder und alte Leute. Als 1948 die Transporte im Frühjahr nach Westdeutschland begannen, waren es nur noch ungefähr 25.000, die diese grausame Zeit überlebt hatten. Die Autorin dieses Buches, Hildegard Rosin, ist eine dieser Überlebenden – sie verbrachte drei Jahre lang in Königsberg unter russischer Besatzung. In diesem Band erzählt sie anschaulich und klar von ihren Erlebnissen und Erinnerungen in der Zeit von 1945 bis 1948. Sie berichtet von allen Schwierigkeiten und Ängsten, die diese Zeit mit sich brachte und von ihrem Glück, diese Zeit überlebt zu haben.



Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
Jugendgedenken einer Ostpreußin
60 S/W-Abbildungen.
320 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533153 14,95 €

Edeltraut Wagner wurde 1923 in dem kleinen ostpreußischen Dörfchen Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap, geboren. Dort wuchs sie zusammen mit zwei Schwestern auf dem elterlichen Bauernhof auf. Am 19. Oktober 1944 setzte der Beginn einer abenteuerlichen Flucht vor den Russen der Idylle ein Ende. Hier hat Edeltraut Wagner ihre Kindheits- und Jugenderinnerungen aufgeschrieben. Sie handeln von ihrer Familie, ihrer Schulzeit in der kleinen Dorfschule und dem Leben mit den Tieren. Auf spannende und lebendige Weise berichtet die Autorin unter anderem von Ausflügen in die Rominter Heide, nach Trakehnen und an den Marinowo-See.



Bodo Steinberg
Der Weg
Schicksalsjahre in Masuren
Gebunden mit Schutzumschlag.
320 Seiten
Nr. P 533160 16,95 €

August 1944: Die Ereignisse des 2. Weltkriegs haben das abgelegene masurische Gut der Familie von Thumek am Haschner See noch nicht erreicht. Polnische Emteheifer, ein im See notgelandeter britischer Pilot, die Familie des Gutsbesitzers und die zum Gut gehörenden Angestellten feiern nach der eingebrachten Ernte ein letztes Mal zusammen. Olaf von Thumek, der jüngste Sohn des Grafen, muss nach seinem Genesungsurlaub wieder an die Front. Während der Feier gibt er die überraschende Verlobung mit Nadja Jablonski, einer jungen polnischen Emteheiferin bekannt. Doch der Krieg holt die Familie schneller ein als erwartet. Olaf und Nadja müssen sich trennen, russische Verbände dringen über die Grenze, besetzen das Gut und Olafs Eltern werden Opfer russischer Soldaten.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/46 58 89-12
Telefax 09 31/46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

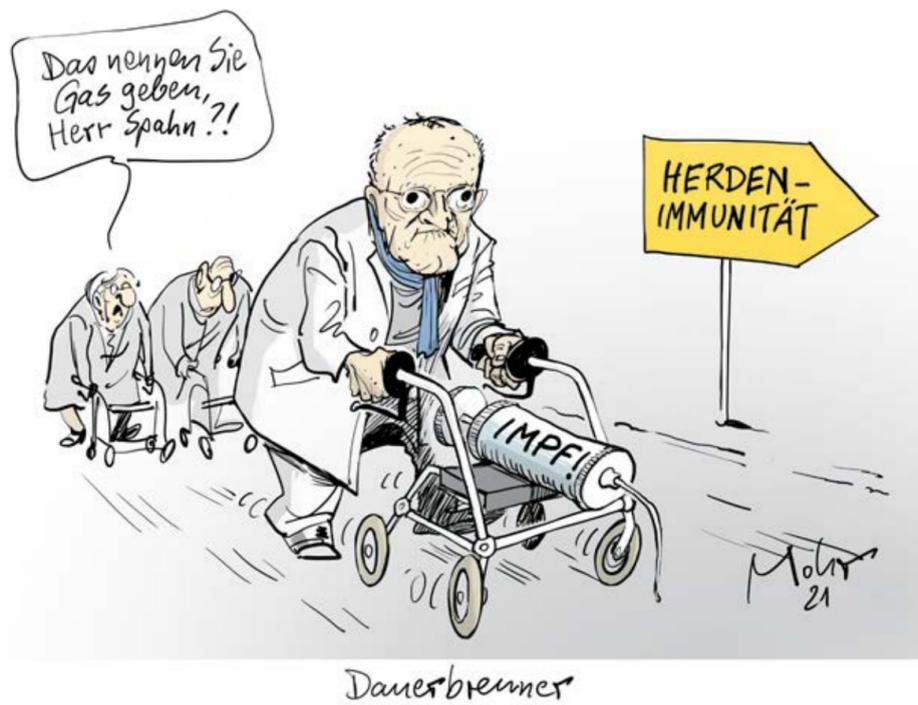
PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Die Umsetzung von Maßnahmen gegen die Corona-Ausbreitung treibt immer seltsamere Blüten. Die Dinge wachsen den Entscheidern sichtlich über den Kopf. Da bekanntermaßen Mangel an Impfstoff herrscht, wurden im Saarland unter etwa 47.000 Personen, die auf einer Warteliste eingetragen sind, Impftermine verlost, die in der ersten Februarhälfte zur Verfügung stehen. Es sind gerade einmal 2520. Dazu wurde die Liste laut Saar-Gesundheitsministerium „unter notarieller Aufsicht durchmisch“t. Schwer verständlich bleibt auch die Reaktion der Bundesregierung auf die – sehr naheliegende – Anfrage von Ulrike Schielke-Ziesing. Die AfD-Abgeordnete wollte wissen, warum millionenfach an Vorerkrankte und über 60-Jährige Berechtigungsscheine für FFP2-Masken versandt würden, die sie dann in der Apotheke abholen müssen, statt dem Empfängerkreis die Masken direkt auf dem Postwege zukommen zu lassen. Dies wäre, so die offizielle Antwort, „mit erheblichen Kosten verbunden“ und „nicht zielführend“.

E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Gabor Steingart rechnet bei „Focus Online“ (1. Februar) in bitterer Ironie mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) ab:

„Ursula von der Leyen wollte Europa transformieren. Sie sprach in Anspielung auf die ehrgeizigen Pläne von John F. Kennedy zu ihrer Amtseinführung vom ‚Man on the Moon Moment‘. Doch ihre Mission ähnelt immer mehr dem Katastrophenflug der Apollo 13. Der Sauerstofftank explodierte, die Rakete musste nach gut 300.000 Flugmeilen im All umkehren, die Mannschaft landete nicht auf dem Mond – sondern im Wasser des Pazifik.“

Der Ulmer Anwalt Markus Haintz, einer der bekanntesten Köpfe der Corona-Protestbewegung, prophezeit im Interview mit „reitschuster.de“ (31. Januar) für den Frühling ein Wiederaufflammen der regierungskritischen Demonstrationen:

„Ich gehe davon aus, dass es die großen Demos wieder gibt. Da wird im Frühjahr spätestens viel passieren. Weil einfach die wirtschaftlichen Folgen durchschlagen ... Da wird es für viele um die Existenz gehen, und ich gehe davon aus, dass da richtig viele Menschen auf die Straße gehen.“

Der Landrat des Kreises Heinsberg (NRW), Stephan Pusch (CDU), warnt in der „Welt“ (1. Februar) dringend vor einer Verlängerung des Lockdown bis Ostern:

„Wenn wir bis Ostern alles zumachen, brauchen wir nach Ostern auch vieles nicht mehr aufzumachen, weil es vieles nicht mehr geben wird ... Aus meiner Sicht können wir den bestehenden Zustand nicht bis Ostern durchziehen oder gar verschärfen. Dann halten sich die Leute vielleicht gar nicht mehr an Regeln, bei denen sie heute noch mitgehen.“

Im liberalen Magazin „Eigentümlich frei“ (27. Januar) lenkt Andreas Tögel den Blick auf ein weithin unterschätztes Problem, das durch den Lockdown massiv an Brisanz zunehmen werde:

„Die durch das Virus verursachten Gesundheitsschäden werden sich in der Rückschau als harmlos im Vergleich zu den nachhaltigen Störungen der internationalen Märkte erweisen. Armut war und ist nämlich allemal die größte Bedrohung für die Gesundheit. Und auf kollektive Armut steuert die ganze Welt – mit Ausnahme Chinas – zu.“

● WORT DER WOCHE

„Das ist schon absurd. Der deutsche Staat hat seit einem Jahr in der Pandemie-Bekämpfung in jeder Hinsicht versagt, funktioniert hat alleine der Markt.“

Rainer Zitelmann im Magazin „The European“ (1. Februar) zu Forderungen nach einer staatlichen Lenkung der Impfstoffproduktion

DER WOCHENRÜCKBLICK

Merkels Angebot

Was auf dem „Impfgipfel“ alles erreicht wurde, und was die Kanzlerin nicht gesagt hat

VON HANS HECKEL

Deutschlands historische Misere holt uns wieder ein. Unser Land ist immer entweder zu groß oder zu klein, sagen Historiker. Wir seien zu klein, um Europa zu dominieren, aber zu groß, um uns im Sammelsurium der europäischen Staaten heimlich wegzuducken. Dieses Dilemma fällt uns auch bei der Corona-Krise auf die Füße. Nur ganz anders diesmal.

Wenn Sie die Bundesregierung fragen, warum die USA beim Impfen so viel schneller sind als Deutschland, kriegen Sie zur Antwort: Die USA sind ja auch viel größer als wir. Doch wenn Sie wissen wollen, warum dann Israel das alles x-fach rascher hinkriegt als unsere Verantwortlichen, heißt es von derselben Ecke: Ja, das Land ist ja auch viel kleiner, da geht das eben zügiger. Und wieso ist das etwa gleich große Britannien dann ebenfalls schneller als wir? Weil ... lassen wir das.

Was soll man machen? Das wollte Kanzlerin Merkel auf dem großen „Impfgipfel“ klären. Was waren wir gespannt! So viele wichtige Leute, alle gleichzeitig zusammengeschaltet. Und das in einem Land, dessen Digitalisierung selbst nach zehn Jahren Merkel-Verprechungen zum Thema „Digitalisierung“ immer noch auf Schwellenland-Niveau festklebt. Das war ja an sich schon eine fabelhafte Leistung! Und es sollte auch die einzige bleiben, die beim „Impfgipfel“ errungen wurde, wenn man einigen Anwesenden glaubt. „Ein einziges Blabla, ich weiß nicht, was ich hier soll“, hat laut „Bild“-Zeitung sogar ein beteiligter Minister gemischt.

Das ist natürlich ungerecht, es gab schon sehr wichtige Anliegen, die voranzubringen waren. Allem voran die Suche nach einem Schuldigen, der weder Merkel noch Spahn oder von der Leyen heißt. Zwar hatte niemand die Chuzpe, die Pharma-Industrie ausdrücklich an den Pranger zu stellen. Mit so einem Kniff wäre die Verlogenheit der Politiker zu offensichtlich geworden, das wussten auch die Verlogenen in ihrer Verlogenheit.

Stattdessen hat man mit großer Geste einen „Nationalen Impfplan“ in Auftrag gegeben, den Spahn erarbeiten soll. Merkel war schlau genug, den Plan nicht als „Chefsache“ an sich zu reißen. Wenn dabei etwas schiefgeht, wäre die Kanzlerin nicht so sehr in der Schusslinie und könnte den Gesundheitsminister bei Bedarf ins Feuer werfen.

Manchen reicht der Plan aber nicht. Söder und Habeck würden die ganze Impfstoff-Herstellung lieber gleich in die Hände des zentral planenden Staates legen. Die umgetopfte SED erkennt die Signale und setzt die Krone drauf: Für die Impfstoffe solle der Patentschutz aufgehoben werden. Na, dann forschen die Unternehmen in Zukunft bestimmt noch viel eifriger an neuen Präparaten, wenn sie vorher schon wissen, dass ihnen der Großteil des wirtschaftlichen Erfolgs ihrer Leistung vom Staat abgeknöpft wird gegen eine lumpige „Entschädigung“.

Wie so etwas weitergeht, kennen wir aus der Geschichte: Nach und nach dösen alle ein, bis die wirtschaftliche Entwicklung vollends festgefroren ist, wie immer im Sozialismus. Welcher Partei sitzt Söder noch mal vor?

Bleiben wir sachlich: Von den Kommunisten abgesehen will in Wahrheit ja gar keiner die Impf-Planwirtschaft. In Wirklichkeit treibt die Politiker etwas anderes an: Ganz Deutschland hat ihnen dabei zugesehen, wie sie es vermasseln, indem sie sich zwischen das Problem und dessen Lösung drängen, als Merkel und von der Leyen die Impfstoff-Bestellungen vergangenen Sommer gestoppt haben. Nun will die hohe Politik auch mal dabei gesehen werden, wenn etwas gelingt.

Dabei gehen die Akteure recht ausgefuchst vor: Mit dem Verweis auf die „Lieferschwierigkeiten“ können sie künftige Verzögerungen listig auf die Hersteller schieben. Läuft dagegen alles so wie gedacht, war es ihr „Nationaler Impfplan“, der das Vaterland gerettet hat. So drängt man sich in den Vordergrund, ohne die Risiken mittragen zu müssen, die ein Platz in der vordersten Reihe normalerweise mit sich bringt.

Genau diese Masche ist es, die wir an Merkel in den bald 16 Jahren ihrer Kanzlerschaft so bewundert haben. Denn sollte es wider Erwarten nicht gelingen, alle Schuld für weitere Rückschläge bei den Pharma-Firmen abzuladen, kann – wie erwähnt – immer noch der Spahn weg.

Gefahr droht nur noch von Leuten, die „mehr Transparenz“ im Umgang mit dem Impfdesaster fordern, weil das angeblich „Vertrauen zurückbringt“. Sind die noch zu retten? Mehr „Transparenz“? Damit das ganze Versagen in allen seinen ekligen Details jedermann zur Ansicht überreicht wird? Was für eine unglaubliche Dummheit. Kommt gar nicht infrage. Das Gegenteil von „Transparenz“ tut jetzt Not, nämlich: Ablenkung. „Das

—
Nicht
„Transparenz“
tut jetzt Not,
wie manche
fordern.
Nach dem
Impfversagen ist
vor allem eines
wichtig:
Ablenkung!



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Virus ist der Feind!“, hat Minister Spahn auf dem Gipfel ausgerufen. Ja, das Virus, und eben nicht das Versagen der Politik und dessen Verantwortliche. Genauso würde jeder Arzt argumentieren, nachdem er seinen Patienten durch einen dämlichen Kunstfehler ins Jenseits befördert hat: „Die Krankheit war der Feind, der den Mann getötet hat! (Und nicht etwa meine Inkompetenz).“

Die zweite Standardphrase, die Politiker nach jedem Versagen sofort zur Hand haben, durfte ebenfalls nicht fehlen: Schuldzuweisungen bringen nichts, wir müssen jetzt nach vorne blicken! Machen wir.

Und was sehen wir da? Zunächst eine weitere Merkelsche Nebelbank. Ziel sei es, bis zum 21. September jedem ein „Impfangebot“ zu machen, so die Kanzlerin. Verstanden haben da wohl die meisten: Bis 21. September wird jeder geimpft, der es will. Richtig? Falsch! Das hat sie nämlich gar nicht gesagt. Hören wir noch einmal genau hin: „Impfangebot“ kann ebenso gut bedeuten, dass bis zu jenem Datum jeder lediglich einen Termin mitgeteilt bekommt, wann er sich irgendwann später piksen lassen darf. Wann dieser Termin sein könnte? Im November? Oder im Februar 2022? Wir werden sehen.

Haarspalterei? Nicht, wenn solche Worte von der Meisterin der nebulösen Andeutungen kommen, die ihre wahren Absichten in scheinbar unbedeutenden Nebensätzen verscharrt, wo sie (zunächst) kaum jemandem auffallen. Das Vorrecht eines Volkes auf sein Heimatland hat Merkel ja auch nicht mit lautem Trara in die Abseite verbannt. Sie ersetzte „die Deutschen“ einfach durch „die, die schon länger hier leben“, als wären wir hier bloß länger verweilende Reisende, ohne besondere Heimatrechte gegenüber Asylsuchern. Im Spätsommer 2015 wurde klar, wie ernst es Merkel damit meinte.

Aber wir brauchen nicht zu verzweifeln. Es ist noch nicht aller Tage Abend. Wenn es richtig kneift, kommt sogar der verpönte Nationalismus zu neuen Ehren. Auf der Flucht vor ihrer eigenen Unfähigkeit drischt Ursula von der Leyen EU-Ausfuhrbeschränkungen für Impfstoffe heraus, als könne es gar nicht genug EU-Impfnationalismus geben. Zum Glück juckt dieser Nationalismus das Ausland jenseits der EU kaum, weil die da draußen froh sind, nicht in der EU zu leben, wo wir noch auf ein „Angebot“ warten müssen, wenn Briten, US-Bürger oder Israelis die Pandemie längst hinter sich haben.